LANDTAG RHEINLAND-PFALZ
17. Wahlperiode

Drucksache 17/3209
06. 06. 2017

Unterrichtung

durch die Landesregierung

Budgetbericht der Landesregierung zum 31. Dezember 2016

Bericht der Landesregierung

gemäß § 20 a Abs. 2 Landeshaushaltsordnung
i. V. m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2016
über den Stand und Ergebnisse der Anwendung des § 6 Abs. 1 bis 3
und den allgemeinen Entwicklungsstand der Instrumente nach § 6 Abs. 5
sowie gemäß § 7 b Abs. 4 Landeshaushaltsordnung über die Erfüllung
der Leistungsaufträge, über den Projektfortschritt der KLR
und nach § 15 Abs. 2 Landeshaushaltsordnung über die
Selbstbewirtschaftungsmittel der Hochschulen

gemäß Beschluss des Landtags vom 18. März 2004
– Drucksache 14/2890 –

Dem Präsidenten des Landtags mit Schreiben des Chefs der Staatskanzlei vom 2. Juni 2017 übersandt.
Federführend ist die Ministerin der Finanzen.
Der Präsident des Landtags hat die Unterrichtung entsprechend § 65 GOLT an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie an die Fachausschüsse entsprechend ihrer Zuständigkeit zur Mitberatung mit der Maßgabe überwiesen, dass abweichend von § 83 Abs. 1 und 4 GOLT die mitberatenden Ausschüsse unmittelbar den Bericht beraten und nur den Haushalts- und Finanzausschuss über das Ergebnis ihrer Beratungen unterrichten.

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 7. Juni 2017

RheinlandPfalz
MINISTERIUM DER FINANZEN

BUDGETBERICHT

DER LANDESREGIERUNG

zum 31. Dezember 2016

Rechtsgrundlage:

§ 20a Abs. 2 Landeshaushaltsordnung (LHO) i.V.m.

§ 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz (LHG) 2016

Inhaltsübersicht:

Teil A: Bericht über die Ausgabenbudgets
(§ 6 Abs. 1 bis 3 und Abs. 5 LHG 2016)

Teil B: Bericht über die Leistungsaufträge
(§ 7b Abs. 4 LHO)

Teil C: Bericht über den Projektfortschritt der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR)
(Beschluss des Landtags vom 18. März 2004, vgl. Nr. IV der Lt-Drs. 14/2890)

Teil D: Bericht über die Verwendung der Selbstbewirtschaftungsmittel der Hochschulen
(vgl. § 15 Abs. 2 LHO)

A. Bericht über die Ausgabenbudgets ... 3
I. Entwicklungen im Personalbereich ... 3
1. Ausgabenentwicklung (Anlage 1-3) ... 3
2. Zahlfallentwicklung (Anlage 4) ... 3
II. Entwicklungen im Bereich der sächlichen Verwaltungsausgaben (Anlage 5) ... 3
III. Entwicklungen im Bereich der landeseigenen Bauinvestitionen (Anlage 6) ... 4
IV. Entwicklungen im Bereich der sächlichen Investitionsausgaben (Anlage 7) ... 4
V. Feststellungen der Ressorts (Anlage 8) ... 4

B. Bericht über die Leistungsaufträge ... 5
I. Ausgebrachte Leistungsaufträge ... 5
II. Entwicklung der Leistungsaufträge im Einzelnen ... 5
1. Vermessungs- und Katasterverwaltung (Anlage 9) ... 5
2. Steuerverwaltung (Anlage 10) ... 6
3. Arbeitsmarktpolitische Förderung (Anlage 11) ... 7
4. Schuldner- und Insolvenzberatung (Anlage 12) ... 8
5. Landesamt für Geologie und Bergbau (Anlage 13) ... 8
6. Projekt Erweiterte Selbständigkeit von Schulen – Vertretung von Unterricht (Anlage 14) ... 9
7. Pädagogisches Landesinstitut Rheinland-Pfalz (Anlage 15) ... 9
8. Landesforsten Rheinland-Pfalz (Anlage 16) ... 9
9. Dienstleistungszentren Ländlicher Raum (DLR) (Anlagen 17 bis 22) ... 10

C. Bericht zur Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) ... 11
I. Einführung der landesweit einheitlichen KLR-Software (Anlage 23) ... 11
II. Schulung und Weiterentwicklung bzgl. der KLR-Software ... 12
III. Länderübergreifende Entwicklung ... 12

D. Verwendung der Selbstbewirtschaftungsmittel ... 14
I. Berichtsgrundlage ... 14
II. Entwicklung der Selbstbewirtschaftungsmittel (Anlagen 24 bis 26) ... 14
III. Planung für das Haushaltsjahr 2017 ... 15

A. Bericht über die Ausgabenbudgets

I. Entwicklungen im Personalbereich

1. Ausgabenentwicklung (Anlage 1-3)

Infolge der Evaluation der Budgetierung wurden die Personalausgaben der Hauptgruppe 4 in steuerbare und nicht-steuerbare unterteilt. Bei den Personalausgaben insgesamt (Anlage 1) wurden im Haushaltsjahr 2016 über die Einzelpläne 01 bis 20 hinweg rd. 241,3 Mio. € Minderausgaben erzielt. Die Reste betrugen zu Beginn des Haushaltsjahres rd. 182,9 Mio. €, so dass das Ergebnis per Saldo rd. 58,4 Mio. € unter dem Soll 2016 liegt.

Die steuerbaren Personalausgaben (OGr. 42 ohne Titel 422 11 und Gr. 453 und 459, Anlage 2) entwickelten sich im Haushaltsjahr 2016 wie folgt (Anlage 2): Minderausgaben: rd. 211,5 Mio. €; Reste 2016: rd. 180,4; Ergebnis per Saldo: 31,1 Mio. €.

Die nicht-steuerbaren Personalausgaben (OGr. 41, 43, 44, Gr. 452 sowie Titel 422 11, Anlage 3) stellten sich im Haushaltsjahr 2016 wie folgt dar (Anlage 3): Minderausgaben: rd. 29,8 Mio. €; Reste aus 2016: rd. 2,5 Mio. €; Ergebnis per Saldo: rd. 27,3 Mio. €.

2. Zahlfallentwicklung (Anlage 4)

Im Jahresverlauf stiegen die Zahlfälle (ohne Berichtigung der Altersteilzeit) um rd. 409 Vollzeitäquivalente.

Dieser Zahlfallaufwuchs ist vor allem den Einzelplänen 03 (+180 VZÄ), 05 (+56 VZÄ), 07 (+59 VZÄ) und 09 (+271 VZÄ) zuzurechnen, während dagegen bei den Einzelplänen 04 (-87 VZÄ), 06 (-45 VZÄ) und 14 (-24 VZÄ) eine Verringerung der Zahlfälle vorliegt.

II. Entwicklungen im Bereich der sächlichen Verwaltungsausgaben (Anlage 5)

Alle Ressorts haben ihr Ausgabenbudget einhalten können. Insgesamt wurden im Bereich der sächlichen Verwaltungsausgaben (OGr. 51 bis 54 ohne die Gr. 529 und 531 und im Einzelplan 05 auch ohne die Gr. 532) Minderausgaben von rd. 153,4 Mio. € erzielt. Bei rd. 118,7 Mio. € Ausgaberesten bedeutet dies, dass die Ressorts rd. 34,7 Mio. € Minderausgaben gegenüber dem Soll 2016 getätigt haben.

III. Entwicklungen im Bereich der landeseigenen Bauinvestitionen (Anlage 6)

Im Bereich der landeseigenen Bauinvestitionen (HGr. 7) gab es Minderausgaben i.H.v. rd. 93,4 Mio. €. Die Ausgabereste, die zu Beginn des Haushaltsjahres bei rd. 89,3 Mio. € lagen, wurden per Saldo um rd. 4,1 Mio. € erhöht.

IV. Entwicklungen im Bereich der sächlichen Investitionsausgaben (Anlage 7)

Bei den sächlichen Investitionsausgaben (OGr. 81 und 82) beliefen sich die Minderausgaben auf rd. 85,8 Mio. €. Dem stehen Ausgabereste von rd. 75,4 Mio. € gegenüber, so dass sich netto die Ausgabereste um rd. 10,4 Mio. € erhöhten.

V. Feststellungen der Ressorts (Anlage 8)

Wie in der Vergangenheit führen die Ressorts ein fortlaufendes Controlling zur jeweiligen Ausgabenentwicklung durch und nutzen dabei unterschiedliche Steuerungsinstrumente. Wegen der Einzelheiten wird auf die Beiträge der Ressorts verwiesen, die in Anlage 8 zusammengefasst sind.

Die zum 18. Mai 2016 geänderte Anordnung über die Geschäftsverteilung der Landesregierung Rheinland-Pfalz ist entsprechend der Veranschlagung beim Haushalt 2016 nicht berücksichtigt, auch um über die Jahre vergleichbare Daten zu gewährleisten.
Für das Jahr 2017 (Ansätze und Prognose) wurde dies jedoch entsprechend der Veranschlagung im Doppelhaushalt 2017/2018 berücksichtigt.

B. Bericht über die Leistungsaufträge

I. Ausgebrachte Leistungsaufträge

Im Haushalt 2016 sind insgesamt 14 Leistungsaufträge ausgebracht (§ 7b LHO):

- Vermessungs- und Katasterverwaltung (Kap. 03 22),
- Steuerverwaltung (Kap. 04 04),
- arbeitsmarktpolitische Förderung (Kap. 06 02),
- Anerkennung und Förderung der Schuldner- und Insolvenzberatung (Kap. 06 02),
- Landesamt für Geologie und Bergbau (Kap. 08 03),
- Projekt Erweiterte Selbständigkeit an Schulen - PES (Kap. 09 19),
- Pädagogisches Landesinstitut Rheinland-Pfalz (Kap. 09 35),
- Landesforsten (Kap. 14 10) und
- Dienstleistungszentren Ländlicher Raum - DLR
    - Westerwald-Osteifel (Kap. 14 51),
    - Eifel (Kap. 14 52),
    - Rheinpfalz (Kap. 14 53),
    - Mosel (Kap. 14 54),
    - Rheinhessen-Nahe-Hunsrück (Kap. 14 55),
    - Westpfalz (Kap. 14 56).

II. Entwicklung der Leistungsaufträge im Einzelnen

1. Vermessungs- und Katasterverwaltung (Anlage 9)

Seit dem Jahr 2005 liegt neben der Liegenschaftsbeschreibung auch die Liegenschaftskarte landesweit flächendeckend als digitaler Datenbestand vor (Automatisierte Liegenschaftskarte - ALK). Auf wirtschaftliche Art und Weise soll im Laufe von 15 Jahren (2009 bis 2023) gemarkungsweise – vorrangig in den bebauten Bereichen und den landwirtschaftlich genutzten Flächen – die Qualität des Liegenschaftskatasters landesweit bzgl. der technischen und rechtlichen Anforderungen an Geobasisinformationen verbessert werden.

Das Ziel im Bereich „Strukturierte Qualitätsverbesserung des Liegenschaftskatasters“ ist es, von den landesweit rd. 3.000 Gemarkungen bis zum Ende des Jahres 2023 rd.

1.055 Gemarkungen zu bereinigen. Bis zum Jahr 2017 sollen jährlich 75 Gemarkungen bereinigt werden. Anschließend wird bis zum Jahr 2023 die Bereinigung von je 50 Gemarkungen pro Jahr angestrebt.

Dem geplanten Soll von 680 Gemarkungen stehen zum 30.06.2016 insgesamt 723 bereinigte Gemarkungen gegenüber.

Die Geobasisinformationen des amtlichen Vermessungswesens modellieren bisher grundsätzlich die dreidimensionale Ausformung der Erdoberfläche in Form eines gleichmäßigen Punktrasters mit Höheninformationen (Digitales Geländemodell - DGM). Differenzierte Fachanwendungen aus den Bereichen Raumordnung und Landesplanung, Bauleitplanung und städtebauliche Entwicklungsplanung oder Umwelt- und Hochwasserschutz erfordern zunehmend ein Digitales Oberflächenmodell (DOM), das präzise dreidimensionale Informationen über die höhenmäßige Ausformung der Erdoberfläche einschließlich der auf ihr befindlichen Gebäude und topographischen Objekte liefert. Das über Laserscanning-Verfahren erhobene DOM wird im Hochwasserschutz, in der Archäologie und der Denkmalpflege, für die Simulation von Immissionen (Lärm, Luft) und Bodenerosionen (Cross Compliance), in der Tourismusbranche und in der Wirtschaftsförderung, im Katastrophenschutz (Rettungsdienste), in der Navigationstechnik und in der Telekommunikation benötigt. Das DOM soll im Laufe von zehn Jahren (2009 bis 2019) sukzessive entsprechend den Anforderungen der Kunden flächendeckend aufgebaut werden. Bis zum Jahr 2019 sollen rd. 1.750 km² pro Jahr erreicht werden.

Im Bereich „Aufbau eines digitalen Oberflächenmodells für Rheinland-Pfalz“ liegt der aktuelle Ist-Wert weiterhin deutlich über dem aktuellen Soll-Wert.

2. Steuerverwaltung (Anlage 10)

Der Leistungsauftrag in der Steuerverwaltung basiert auf dem Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern, der sich an einem möglichst hohen Zielerreichungsgrad bei wichtigen Kennzahlen zur Aufgabenerfüllung, zur Wirtschaftlichkeit und zur Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit orientiert. Details sind in früheren Landtags-Vorlagen enthalten (u.a. LT-Drs. 14/3504 vom 17.08.2004).

Zwischen dem Landesamt für Steuern und dem Ministerium der Finanzen sowie zwischen dem Landesamt für Steuern und den Finanzämtern wurden für das Jahr 2016 Ziele zu ausgewählten Kennzahlen für folgende Aufgabenbereiche vereinbart:

- Arbeitnehmerstelle
- Allgemeine Veranlagungstelle (ESt, Feststellungen)
- Veranlagung für Personengesellschaften (Feststellungen)
- Körperschaftsteuerstelle
- Rechtsbehelfsstelle
- Betriebsprüfung
- Umsatzsteuer-Sonderprüfung
- Lohnsteueraußenprüfung

Zusätzlich wurden für das Jahr 2016 im Rahmen des § 21a Abs. 2 FVG zwischen dem Bundesministerium der Finanzen und dem Ministerium der Finanzen Rheinland-Pfalz Zielwerte für den Veranlagungsbereich, die Umsatzsteuer-Sonderprüfung und die Betriebsprüfung vereinbart.

Neben den Standard- und Zielvereinbarungsberichten für die genannten Bereiche werden im Rahmen des Leistungsvergleichs Standardberichte für folgende Aufgabenbereiche erstellt:

- Grunderwerbsteuerstellen
- Vollstreckungsstellen
- Erbschaft- und Schenkungssteuerstellen
- Bewertungsstellen

3. Arbeitsmarktpolitische Förderung (Anlage 11)

Aufgrund der Vielzahl der Aufgabenbereiche werden diese anhand ihrer Entwicklungen in überdurchschnittlich, stabil und unterdurchschnittlich unterteilt. Diese Einteilung folgt der Bewertung in der Spalte „Zielerreichung zum Berichtstag“, wobei im Berichtstext eine genaue Zielerreichung als „stabile Entwicklung“ eingestuft wird. Bei

der Bewertung im Text wird vorrangig auf die Zahl der erreichten Personen abgestellt.

Überdurchschnittlich entwickelten sich folgende Maßnahmenbereiche:
Konversion, Projekte für Langzeitleistungsbeziehende, Projekte für Flüchtlinge.

Stabil entwickelten sich folgende Maßnahmenbereiche:
Job-Füxe, Projekte der beruflichen Orientierung, Jugend-Scouts, Verbesserung der Ausbildungschancen für Jugendliche, Fit für den Job, Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen, Alphabetisierung von Beschäftigten, Entwicklung und Erprobung innovativer Ansätze.

Unterdurchschnittlich entwickelte sich folgender Maßnahmenbereich:
Zukunftsfähige Unternehmen und Beschäftigte.

4. Schuldner- und Insolvenzberatung (Anlage 12)

Im zweiten Halbjahr 2016 wurden die Prognosewerte zum 31.12.2016 im Bereich „Sicherstellung ausreichender Beratungskapazitäten“ eingehalten.

Die Zugriffe auf die Homepage des Schuldnerfachberatungszentrums lagen im Jahr 2016 nur geringfügig unterhalb der Prognose. Dagegen hat die Zahl der abschließend bearbeiteten Anfragen an das Schuldnerberatungszentrum die Prognose um 37,3 % übertroffen.

5. Landesamt für Geologie und Bergbau (Anlage 13)

Mit dem Landesamt für Geologie und Bergbau (LGB) - Kapitel 08 03 - wurde ein Leistungsauftrag zum Aufbau eines integrierten geowissenschaftlichen Informationssystems vereinbart. Die gleitende Bearbeitung von 28 geologischen Karten im Zeitraum von 15 Jahren ist darauf ausgerichtet, die Bearbeitung von durchschnittlich jährlich zwei geologische Karten mit ihrer Veröffentlichung abzuschließen.

Im Berichtszeitraum zum 31.12.2016 wurden zwei Karten (Blätter Neuwied und Otterberg) veröffentlicht. Die Zielerreichung liegt damit bei 100 Prozent. Es kann auch weiterhin von der Erfüllung des Leistungsauftrages ausgegangen werden. Die GÜK Grünstadt ist in der Endbearbeitung. An den für 2017 geplanten Blättern Grünstadt-

Ost sowie Bitburg wurden ebenfalls Arbeiten aufgenommen. Der Druck des Blattes Grünstadt-Ost ist vorgesehen.

Für das Berichtsjahr 2017 wird von einer Veröffentlichung von zwei weiteren Karten (Soll) ausgegangen.

6. Projekt Erweiterte Selbständigkeit von Schulen – Vertretung von Unterricht (Anlage 14)

Die Planzahl der teilnehmenden Schulen (827) wurde mit 829 um 2 übertroffen. Die Ist-Ausgaben lagen mit 9,65 Mio. € deutlich unter dem Ansatz. Dabei ist es gelungen, den temporären Unterrichtsausfall auf 2,2% zu senken; Ausgangspunkt waren 2,5-3%.

7. Pädagogisches Landesinstitut Rheinland-Pfalz (Anlage 15)

Die Ergebnisse bei Veranstaltungstagen, Veranstaltungen, Teilnehmer und Teilnehmerinnen haben die Planungen bei Weitem übertroffen. Gleiches gilt für die Beratungseinsätze für Einzelpersonen oder an Schulen. Das Budget wurde sparsam bewirtschaftet. Bei deutlich höheren Auslastungszahlen wurden rd. 199.200 € nicht verausgabt.

8. Landesforsten Rheinland-Pfalz (Anlage 16)

Bei der Holzverkaufsmenge wurde der Planwert zum 31.12.2016 um rd. 1,9 v.H. leicht unterschritten. Der Durchschnittserlös (€/fm) hingegen blieb im zweiten Halbjahr 2016 stabil und belief sich zum Stichtag 31.12.2016 auf 67 €/fm und lag somit über dem prognostizierten Planwert von 66 €/fm.

Im Bereich der Umweltbildung entwickelten sich die Werte trotz der ungünstigen Witterungslage und den damit verbundenen Absagen von geplanten Programmen im ersten Halbjahr 2016 zum Stichtag 31.12.2016 sowohl bei der Teilnehmerzahl als auch bei den Kosten und Erlösen positiv. Die Prognosewerte wurden übertroffen.

Die Ergebnisse der übrigen Produktbereiche des Landesbetriebs Landesforsten entsprachen hinsichtlich Menge, Kosten und Erlösen insgesamt den Prognosen und Erwartungen.

9. Dienstleistungszentren Ländlicher Raum (DLR) (Anlagen 17 bis 22)

Die DLR zeichnen sich durch unterschiedliche Fachgebiete, individuelle Aufgabenerledigung, aber auch durch klassische Verwaltungsstrukturen aus. Die DLR haben Arbeitsschwerpunkte in Bereichen der Aus- und Fortbildung, Weiterbildung, Informationsbereitstellung, aber auch Wissensgenerierung durch Versuchswesen und Forschung. Je nach Zuständigkeit in Region bzw. Fachgebiet variieren die Leistungsaufträge der einzelnen DLR.

In den Berufs- und Fachschulen Agrarwirtschaft werden in Rheinland-Pfalz insgesamt weiterhin leicht ansteigende Schüler- und Klassenzahlen verzeichnet.

Die in der Berichterstattung dargestellten klassischen Beratungsfelder werden bei gleichbleibendem bzw. abnehmendem Bestand an Beratungskräften zunehmend auf neue Beratungsfelder wie Natur- und Wasserschutzberatung verlagert. Tendenziell nimmt der Beratungsaufwand pro Betrieb wieder zu, was auf vermehrt individuelle und komplexe Fragestellungen zurückzuführen ist.

Die knapper werdenden personellen Ressourcen im Versuchswesen wirken sich deutlich kostenreduzierend aus. Dabei sind die DLR bestrebt, ihrem Versuchsauftrag gerecht zu werden und durch Effizienzsteigerung die Aufrechterhaltung der Versuchsfragen zu realisieren.

C. Bericht zur Kosten- und Leistungsrechnung (KLR)

I. Einführung der landesweit einheitlichen KLR-Software (Anlage 23)

An das KLR-System sind mittlerweile die nachfolgend aufgeführten Behörden angeschlossen:

- das Landesuntersuchungsamt,
- das Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation,
- das Landesamt für Mess- und Eichwesen,
- die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion,
- das Statistische Landesamt,
- das Landesamt für Geologie und Bergbau,
- die SGD-Nord,
- die Dienstleistungszentren Ländlicher Raum,
- die Landesschulen für Sinnesbehinderte in Neuwied und Trier.

In der ersten Jahreshälfte 2010 begann die Implementierungsphase bei der Justizvollzugsanstalt in Diez. Neben den für die Kosten- und Leistungsrechnung benötigten Lizenzen wurden auch Lizenzen für die Nutzung des Finanzbuchhaltungsmoduls erworben. Aufgrund von Neuorganisationsvorgaben wird die Zahlungsabwicklung der Arbeitsverwaltung (Ein- und Ausgaben) über die Landesjustizkasse (LJK) abgewickelt.
In der Pilotanstalt Diez wurde im August 2014 in der Finanzbuchhaltung mit dem Testbetrieb begonnen. Am 04. Januar 2016 konnte dort mit dem Echtbetrieb gestartet werden. Die JVA Koblenz befindet sich seit September 2016 im Echtbetrieb. Die Überführung in den Echtbetrieb in der JVA Frankenthal ist nahezu abgeschlossen. Der Roll-Out der Finanzbuchhaltung in der JVA Rohrbach hat begonnen.
Nach erfolgreichem Roll-Out auf die verbleibenden rheinland-pfälzischen Justizvollzugsanstalten werden ca. 1.500 Benutzer in der Software angelegt sein. Somit stellt die KLR-Implementierung bei den Justizvollzugsanstalten – aufgrund der Anzahl der Anwender und der genutzten Module – das bislang umfangreichste KLR-Projekt unter den vorgenannten Behörden dar.

Zwecks Ablösung der vorhandenen ERP Lösung und Erhöhung der Kostentransparenz begann Ende 2015 beim Pädagogischen Institut Rheinland-Pfalz die Implemen-

tierungsphase zur Einführung der Haushaltsabwicklung über MACH mit Schnittstelle zu IRMA@ in Kombination mit einer Kostenarten-, Kostenstellen- und Kostenträgerrechnung.

II. Schulung und Weiterentwicklung bzgl. der KLR-Software

Die das Landesmodell nutzenden Dienststellen werden in betriebswirtschaftlichen und anwendertechnischen Fragen im Rahmen eines First- und Second-Level-Supports intensiv betreut. Gleichzeitig wird das vorhandene Landesmodell kontinuierlich optimiert:

- Im Rahmen von Schulungen werden tiefergehende Theorie- und Software-Kenntnisse vermittelt.
- Nach Möglichkeit und Bedarf werden halbjährlich (zuletzt im Juni 2016) KLR-Anwendertreffen und „Treffen auf Arbeitsebene“ durchgeführt, die der engeren Vernetzung und dem Informationsaustausch der angeschlossenen Dienststellen dienen.
- Zwecks zur Verfügungstellung von Informationen und Dokumenten wird eine erweiterte separate Internet-Plattform beim Landesamt für Finanzen vorgehalten.
- Die Umstellung von der MACH-Software M1 auf M2 wurde geprüft und abgestimmt. M2 enthält alle Module incl. des Berichtswesens in einer webbasierten Software-Lösung und löst M1 ab.

Eine tabellarische Übersicht zum Umsetzungsstatus der KLR in den Landeseinrichtungen ist in der Anlage 23 abgebildet.

III. Länderübergreifende Entwicklung

Durch das Haushaltsgrundsätzemodernisierungsgesetz (HGrGMoG) wurde das Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) insoweit geändert, als gleichberechtigt neben der Kameralistik auch die kaufmännische Buchführung treten kann, wenn dabei eine Vergleichbarkeit der Daten sichergestellt wird.

Zur Gewährleistung dieser einheitlichen Verfahrens- und Datengrundlagen wurde von Bund und Ländern das Standardisierungsgremium nach § 49a Abs. 1 HGrG eingerichtet, das entsprechende Standards für kamerale und doppische Haushalte sowie Produkthaushalte erarbeitet und sicherstellen soll, dass die finanzstatistischen

Anforderungen berücksichtigt werden. Das Gremium hat dazu Ende 2010 die „Standards staatlicher Doppik“ sowie den „Verwaltungskontenrahmen“ (VKR) überprüft und beschlossen. Als Standard für den Produkthaushalt wurde der „Integrierte Produktrahmen“ (IPR) überprüft und beschlossen.

Diese werden – einschließlich der kameralen Standards – mindestens einmal jährlich überprüft und fortentwickelt.

D. Verwendung der Selbstbewirtschaftungsmittel

I. Berichtsgrundlage

Die am Ende eines Haushaltsjahres nicht in Anspruch genommenen Ausgabenermächtigungen können zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden (§ 15 Abs. 2 LHO i.V.m. Haushaltsvermerk bei Kapitel 09 13: Allgemeine Bewilligungen - Hochschulen und Klinikum, Forschung, Ausbildungsförderung). Die Landesregierung berichtet zusammen mit dem Jahresbudgetbericht über die zur Selbstbewirtschaftung zugewiesenen Mittel, die hieraus getätigten Investitionen und konsumtiven Ausgaben – strukturiert nach wesentlichen Schwerpunkten – sowie über die Höhe der noch verbleibenden Mittelreserve und die Zielsetzung ihrer geplanten Verwendung.

II. Entwicklung der Selbstbewirtschaftungsmittel (Anlagen 24 bis 26)

Seit dem Haushaltsjahr 2005 wird die Johannes Gutenberg-Universität nach kaufmännischen Kriterien geführt (§ 103 Hochschulgesetz). Zu diesem Zeitpunkt wurde sie aus dem kameralen Landeshaushalt ausgegliedert. Die Landesmittel werden nunmehr im Landeshaushalt nur noch als Zuführungen im Kap. 09 05 dargestellt. Die Selbstbewirtschaftungsmittel wurden ab dem 01. Januar 2005 in den Wirtschaftsplan der Hochschule aufgenommen. Die Selbstbewirtschaftung besteht damit nicht mehr.

Seit dem Haushaltsjahr 2007 wurden die Universitäten in Trier und Kaiserslautern sowie die Fachhochschulen in Kaiserslautern und Mainz ebenfalls aus dem kameralen Landeshaushalt ausgegliedert. Die Selbstbewirtschaftungsmittel wurden ab dem 01. Januar 2007 in den Wirtschaftsplan der entsprechenden Hochschule aufgenommen. Auch hier endete damit die Selbstbewirtschaftung.

Im Jahr 2016 entwickelten sich die Selbstbewirtschaftungsmittel in den wissenschaftlichen Hochschulen und den Fachhochschulen (Kap. 09 09, 09 10, 09 14, 09 61, 09 63, 09 64, 09 66, 09 67) in der Summe wie folgt:

Stand der Selbstbewirtschaftungsmittel am 01. Januar 2016	19.785.259,95 €
Zuführungen in die Selbstbewirtschaftung im Jahr 2016	1.855.722,37 €
Entnahmen aus der Selbstbewirtschaftung im Jahr 2016	-4.894,09 €
Stand der Selbstbewirtschaftungsmittel am 31. Dezember 2016	21.636.088,23 €

III. Planung für das Haushaltsjahr 2017

Weder im konsumtiven Bereich (Projekt- und Forschungsverpflichtungen) noch im investiven Bereich (Ersatzbeschaffung technischer Geräte) sind für das Haushaltsjahr 2017 Ausgaben geplant (Anlage 26).

Anlagen

§ 6 Abs. 1 i.V.m. Abs. 3 Landeshaushaltsgesetz 2016 - Hauptgruppe 4 - Personalausgaben - Ausgabenbezogene Ist-Ergebnisse im Verhältnis zu den Haushaltsermächtigungen sowie ausgabenbezogene Prognose über den voraussichtlichen weiteren Verlauf im Haushaltsjahr 2016

Epl.	Soll 2015 einschl. Ausgabereste und Rücklagen, tarifl. bedingte Mehrausgaben und evtl. sonst. Veränderungen	Ist 2015	Ist 2015 zum Soll 2015	Ansatz 2016	PVM 2016 Tarifbedingte Personalmehr-ausgaben	Zuführungen von Ausgaberesten	Zuführungen Nachrichtlich: davon für die Jahre 2017 ff. bewilligte Ausgabereste	Zuführungen z.B. aufgrund von Kopplungs-vermerken, Umsetzungen, Deckungsfähig-keiten, üpl., apl.	In Abgang-stellung z.B. aufgrund von Umsetzungen, Deckungs-fähigkeiten	Einsparungen z.B. Erfüllung von Einsparauflagen	Soll 2016 zum 31.12.
	in €	in €	in v.H.	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €
01	31.236.690	29.885.364	95,7%	31.757.800	0	1.051.026	0	162.875	51.899	0	32.919.802
02	19.776.001	19.205.295	97,1%	19.305.200	0	395.820	0	275.614	53.639	0	19.922.996
03 [1]	979.006.852	969.119.650	99,0%	1.008.860.600	0	8.071.800	0	6.109.129	1.900.806	83.983	1.021.056.740
04	389.999.374	389.826.517	100,0%	428.960.000	0	146.900	0	7.166.745	3.996.612	0	432.277.033
05	529.598.372	521.180.484	98,4%	534.818.800	0	7.972.212	2.139.645	0	20.000	0	542.771.012
06	109.694.552	97.481.956	88,9%	101.531.500	0	8.923.038	0	224.318	550.621	0	110.128.236
07	13.761.200	13.656.249	99,2%	23.617.300	0	768.341	0	0	11.550	2.114.000	22.260.091
08	94.366.878	89.403.296	94,7%	89.439.000	0	4.672.465	0	1.858.447	125.246	0	95.844.666
09	3.465.593.685	3.432.785.258	99,1%	3.530.024.900	0	30.776.790	0	58.033.431	52.667.697	0	3.566.167.424
10 [2]	18.767.755	17.629.076	93,9%	19.747.100	0	0	0	13.730	146.891	13.730	19.600.209
14	188.620.627	181.227.320	96,1%	190.528.200	0	5.701.397	0	2.798.655	548.789	0	198.479.463
15											
Gesamt-ergebnis	5.840.421.987	5.761.400.465	**98,6%**	5.978.590.400	0	68.479.789	2.139.645	76.642.944	60.073.750	2.211.713	6.061.427.671
20	152.516.100	0	0,0%	20.800.000	0	114.387.000	0	0	0	0	135.187.000
Gesamt-ergebnis	5.992.938.087	5.761.400.465	**96,1%**	5.999.390.400	0	182.866.789	2.139.645	76.642.944	60.073.750	2.211.713	6.196.614.671

Anmerkungen:

1) Epl. 03 einschließlich Kapitel 03 09.

2) Die in Abgangstellung in Höhe von 146.891 € nach Hauptgruppen 5 und 8 erfolgt auch zur Erbringung der Bewirtschaftungsvorgabe nach Nr. 2.1 der VV über die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Landesverwaltung im HHJ 2016 auf freiwilliger Basis (siehe auch Anlagen 5 und 7).

§ 6 Abs. 1 i.V.m. Abs. 3 Landeshaushaltsgesetz 2016 - Hauptgruppe 4 - Personalausgaben - Ausgabenbezogene Ist-Ergebnisse im Verhältnis zu den Haushaltsermächtigungen sowie ausgabenbezogene Prognose über den voraussichtlichen weiteren Verlauf im Haushaltsjahr 2016

EPl.	Soll 2016 zum 30.06.	30.06.2016						Soll 2016 zum 31.12.	31.12.2016				Mehr-/ Minderausgaben	Stand nach Umressortierung		
		geplantes Soll zum 30.06.	Ist zum 30.06.	Abweichung zum geplanten Soll	Ist zum Soll 2016	Prognose zum 31.12.2016			geplantes Soll zum 31.12.	Ist zum 31.12.	Abweichung zum geplanten Soll	Ist zum Soll 2016	Differenz Soll 2016 zum Ist	Ansatz 2017	Prognose zum 30.06.2017	
	in €	in €	in €	in v.H.	in v.H.	in €	in v.H. zum Soll 2016	in €	in €	in €	in v.H.	in v.H.	in €	in €	in €	in v.H.
01	32.808.826	16.512.016	16.512.015	0,0%	50,3%	32.669.292	99,6%	32.919.802	32.669.292	31.110.607	-4,8%	94,5%	-1.809.195	34.839.200	12.110.196	34,8%
02	19.701.020	9.652.600	10.230.796	6,0%	51,9%	19.477.900	98,9%	19.922.996	19.477.900	19.151.819	-1,7%	96,1%	-771.177	20.555.200	10.277.500	50,0%
03	1.016.932.400	558.221.217	558.221.217	0,0%	54,9%	1.008.364.174	99,2%	1.021.056.740	1.008.364.174	1.001.181.230	-0,7%	98,1%	-19.875.510	1.041.565.900	567.577.818	54,5%
04	429.662.060	242.004.344	232.185.308	-4,1%	54,0%	418.730.247	97,5%	432.277.033	428.960.000	421.435.241	-1,8%	97,5%	-10.841.792	430.718.600	244.743.505	56,8%
05	542.791.012	297.685.925	299.177.618	0,5%	55,1%	539.491.693	99,4%	542.771.012	539.491.693	533.801.738	-1,1%	98,3%	-8.969.274	530.173.500	295.929.700	55,8%
06	110.454.538	51.560.000	51.474.289	-0,2%	46,6%	101.457.200	91,9%	110.128.236	101.457.200	97.493.458	-3,9%	88,5%	-12.634.778	100.408.200	52.365.000	52,2%
07	24.385.641	9.208.732	9.208.732	0,0%	37,8%	22.321.423	91,5%	22.260.091	20.411.655	18.790.108	-7,9%	84,4%	-3.469.983	20.292.600	9.154.962	45,1%
08	94.111.465	71.133.280	50.348.633	-29,2%	53,5%	90.270.251	95,9%	95.844.666	90.270.251	91.286.855	1,1%	95,2%	-4.557.811	147.354.400	81.832.045	55,5%
09	3.576.891.363	1.978.188.370	1.978.188.170	0,0%	55,3%	3.562.486.522	99,6%	3.566.167.424	3.527.818.052	3.538.537.175	0,3%	99,2%	-27.630.248	3.398.719.900	1.886.296.201	55,5%
10	19.514.428	10.450.000	9.978.700	-4,5%	51,1%	17.980.000	92,1%	19.600.209	17.980.000	17.645.708	-1,9%	90,0%	-1.954.501	19.975.000	10.395.000	52,0%
14	196.274.597	100.235.500	98.902.260	-1,3%	50,4%	186.317.600	94,9%	198.479.463	186.317.600	184.875.562	-0,8%	93,1%	-13.603.901	150.242.800	82.423.600	54,9%
15														278.046.600	137.934.670	49,6%
Gesamtergebnis	6.063.527.349	3.344.851.984	3.314.427.738	-0,9%	**54,7%**	5.999.566.302	**98,9%**	6.061.427.671	5.973.217.817	5.955.309.501	-0,3%	**98,2%**	-106.118.170	6.172.891.900	3.391.040.197	**54,9%**
20	135.187.000	0	0		0,0%	0	0,0%	135.187.000	0	0		0,0%	-135.187.000	129.100.000	0	0,0%
Gesamtergebnis	6.198.714.349	3.344.851.984	3.314.427.738	-0,9%	**53,5%**	5.999.566.302	**96,8%**	6.196.614.671	5.973.217.817	5.955.309.501	-0,3%	**96,1%**	-241.305.170	6.301.991.900	3.391.040.197	**53,8%**

§ 6 Abs. 1 i.V.m. Abs. 3 Landeshaushaltsgesetz 2016 - Hauptgruppe 4 - steuerbare PA - Ausgabenbezogene Ist-Ergebnisse im Verhältnis zu den Haushaltsermächtigungen sowie ausgabenbezogene Prognose über den voraussichtlichen weiteren Verlauf im Haushaltsjahr 2016

EPl.	Ansatz 2016	PVM 2016	Zuführungen			In Abgang-stellung	Einsparungen	Soll 2016 zum 31.12.
		Tarifbedingte Personalmehr-ausgaben	von Ausgaberesten	Nachrichtlich: davon für die Jahre 2017 ff. bewilligte Ausgabereste	z.B. aufgrund von Kopplungs-vermerken, Umsetzungen, Deckungsfähig-keiten, üpl., apl.	z.B. aufgrund von Umsetzungen, Deckungs-fähigkeiten	z.B. Erfüllung von Einsparauflagen	
	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €
01	14.439.500		672.026			51.899		15.059.627
02	15.543.300		395.820		38.933	30.966		15.947.088
03 [1]	671.860.600		8.071.800		3.312.913	1.900.806	83.983	681.260.524
04	287.405.600		146.900		7.166.745	3.796.612		290.922.633
05	359.179.600		7.972.212	2.139.645		20.000		367.131.812
06	74.044.400		8.923.038		224.318	326.303		82.865.454
07	22.981.400		603.391			11.550	2.114.000	21.459.241
08	39.766.700		4.672.465		349.883	125.246		44.663.802
09	2.186.547.400		28.833.433		57.967.838	48.165.150		2.225.183.521
10 [2]	11.970.000					146.891		11.823.109
14	131.944.300		5.698.804		2.332.667			139.975.771
15								
Gesamt-ergebnis	3.815.682.800	0	65.989.890	2.139.645	71.393.297	54.575.423	2.197.983	3.896.292.581
20	20.800.000		114.387.000					135.187.000
Gesamt-ergebnis	3.836.482.800	0	180.376.890	2.139.645	71.393.297	54.575.423	2.197.983	4.031.479.581

Anmerkungen:

1) Epl. 03 einschließlich Kapitel 03 09.

2) Die in Abgangstellung in Höhe von 146.891 € nach Hauptgruppen 5 und 8 erfolgt auch zur Erbringung der Bewirtschaftungsvorgabe nach Nr. 2.1 der VV über die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Landesverwaltung im HHJ 2016 auf freiwilliger Basis (siehe auch Anlagen 5 und 7).

§ 6 Abs. 1 i.V.m. Abs. 3 Landeshaushaltsgesetz 2016 - Hauptgruppe 4 - steuerbare PA - Ausgabenbezogene Ist-Ergebnisse im Verhältnis zu den Haushaltsermächtigungen sowie ausgabenbezogene Prognose über den voraussichtlichen weiteren Verlauf im Haushaltsjahr 2016

EPl.	Soll 2016 zum 30.06.	30.06.2016						Soll 2016 zum 31.12.	31.12.2016				Mehr-/ Minderaus-gaben	Stand nach Umressortierung		
		geplantes Soll zum 30.06.	Ist zum 30.06.	Ab-weichung zum geplanten Soll	Ist zum Soll 2016	Prognose zum 31.12.2016			geplantes Soll zum 31.12.	Ist zum 31.12.	Ab-weichung zum geplanten Soll	Ist zum Soll 2016	Differenz Soll 2016 zum Ist	Ansatz 2017	Prognose zum 30.06.2017	
	in €	in €	in €	in v.H.	in v.H.	in €	in v.H. zum Soll 2016	in €	in €	in €	in v.H.	in v.H.	in €	in €	in €	in v.H.
01	15.111.526	6.789.622	6.789.621	0,0%	44,9%	14.413.665	95,4%	15.059.627	14.413.665	13.526.075	-6,2%	89,8%	-1.533.552	16.236.200	9.990.696	61,5%
02	15.939.120	7.771.650	7.893.093	1,6%	49,5%	15.481.300	97,1%	15.947.088	15.481.300	15.175.911	-2,0%	95,2%	-771.177	16.162.000	8.081.000	50,0%
03	679.932.400	369.032.085	369.032.085	0,0%	54,3%	667.987.174	98,2%	681.260.524	667.987.174	661.454.914	-1,0%	97,1%	-19.805.610	682.380.100	372.336.046	54,6%
04	288.107.660	163.113.311	155.722.494	-4,5%	54,1%	279.456.525	97,0%	290.922.633	287.405.600	283.101.768	-1,5%	97,3%	-7.820.865	282.939.500	162.690.213	57,5%
05	367.151.812	200.794.732	201.514.947	0,4%	54,9%	362.004.986	98,6%	367.131.812	362.004.986	358.305.094	-1,0%	97,6%	-8.826.718	348.910.100	195.026.700	55,9%
06	82.967.438	36.450.000	36.409.235	-0,1%	43,9%	74.187.200	89,4%	82.865.454	74.187.200	70.720.483	-4,7%	85,3%	-12.144.971	72.408.200	37.069.000	51,2%
07	23.584.791	9.006.178	9.006.178	0,0%	38,2%	21.838.802	92,6%	21.459.241	19.644.086	18.192.803	-7,4%	84,8%	-3.266.438	19.809.000	8.926.137	45,1%
08	44.439.165	21.128.780	21.348.193	1,0%	48,0%	40.576.419	91,3%	44.663.802	40.576.419	40.105.991	-1,2%	89,8%	-4.557.811	93.081.900	51.455.795	55,3%
09	2.231.470.506	1.241.241.577	1.241.239.744	0,0%	55,6%	2.229.287.521	99,9%	2.225.183.521	2.210.839.125	2.221.558.248	0,5%	99,8%	-3.625.273	2.071.073.500	1.149.584.319	55,5%
10	11.737.328	5.850.000	5.786.502	-1,1%	49,3%	10.270.000	87,5%	11.823.109	10.270.000	10.154.123	-1,1%	85,9%	-1.668.986	12.387.900	5.930.000	47,9%
14	137.688.104	68.322.200	67.052.466	-1,9%	48,7%	129.506.800	94,1%	139.975.771	129.506.800	127.672.614	-1,4%	91,2%	-12.303.157	90.657.100	48.816.600	53,8%
15														229.419.200	108.426.540	47,3%
Gesamt-ergebnis	3.898.129.850	2.129.500.135	2.121.794.558	-0,4%	**54,4%**	3.845.010.392	**98,6%**	3.896.292.581	3.832.316.355	3.819.968.024	-0,3%	**98,0%**	-76.324.556	3.935.464.700	2.158.333.046	**54,8%**
20	135.187.000	0	0	0,0%	0,0%	0	0,0%	135.187.000			0,0%	0,0%	-135.187.000	129.100.000	0	0,0%
Gesamt-ergebnis	4.033.316.850	2.129.500.135	2.121.794.558	-0,4%	**52,6%**	3.845.010.392	**95,3%**	4.031.479.581	3.832.316.355	3.819.968.024	-0,3%	**94,8%**	-211.511.556	4.064.564.700	2.158.333.046	**53,1%**

§ 6 Abs. 1 i.V.m. Abs. 3 Landeshaushaltsgesetz 2016 - Hauptgruppe 4 - nicht-steuerbare PA - Ausgabenbezogene Ist-Ergebnisse im Verhältnis zu den Haushaltsermächtigungen sowie ausgabenbezogene Prognose über den voraussichtlichen weiteren Verlauf im Haushaltsjahr 2016

EPl.	Ansatz 2016	PVM 2016	Zuführungen			In Abgang-stellung	Einsparungen	Soll 2016 zum 31.12.
		Tarifbedingte Personalmehr-ausgaben	von Ausgabe-resten	Nachrichtlich: davon für die Jahre 2017 ff. bewilligte Ausgabereste	z.B. aufgrund von Kopplungs-vermerken, Umsetzungen, Deckungsfähig-keiten, üpl., apl.	z.B. aufgrund von Umsetzungen, Deckungs-fähigkeiten	z.B. Erfüllung von Einsparauflagen	
	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €
01	17.318.300		379.000		162.875			17.860.175
02	3.761.900				236.681	22.673		3.975.908
03 [1]	337.000.000				2.796.216			339.796.216
04	141.554.400					200.000		141.354.400
05	175.639.200							175.639.200
06	27.487.100					224.318		27.262.782
07	635.900		164.950					800.850
08	49.672.300				1.508.564			51.180.864
09	1.343.477.500		1.943.357		65.593	4.502.547		1.340.983.903
10	7.777.100				13.730		13.730	7.777.100
14	58.583.900		2.593		465.988	548.789		58.503.692
15								
Gesamt-ergebnis	2.162.907.600	0	2.489.900	0	5.249.647	5.498.327	13.730	2.165.135.090

Anmerkungen:

1) Epl. 03 einschließlich Kapitel 03 09.

§ 6 Abs. 1 i.V.m. Abs. 3 Landeshaushaltsgesetz 2016 - Hauptgruppe 4 - nicht-steuerbare PA - Ausgabenbezogene Ist-Ergebnisse im Verhältnis zu den Haushaltsermächtigungen sowie ausgabenbezogene Prognose über den voraussichtlichen weiteren Verlauf im Haushaltsjahr 2016

EPl.	Soll 2016 zum 30.06.	30.06.2016						Soll 2016 zum 31.12..	31.12.2016				Mehr-/ Minderausgaben	Stand nach Umressortierung		
		geplantes Soll zum 30.06.	Ist zum 30.06.	Abweichung zum geplanten Soll	Ist zum Soll 2016	Prognose zum 31.12.2016			geplantes Soll zum 31.12.	Ist zum 31.12.	Abweichung zum geplanten Soll	Ist zum Soll 2016	Differenz Soll 2016 zum Ist	Ansatz 2017	Prognose zum 30.06.2017	
	in €	in €	in €	in v.H.	in v.H.	in €	in v.H. zum Soll 2016	in €	in €	in €	in v.H.	in v.H.	in €	in €	in €	in v.H.
01	17.697.300	9.722.394	9.722.394	0,0%	54,9%	18.255.627	103,2%	17.860.175	18.255.627	17.584.532	-3,7%	98,5%	-275.643	18.603.000	2.119.500	11,4%
02	3.761.900	1.880.950	2.337.703	24,3%	62,1%	3.996.600	106,2%	3.975.908	3.996.600	3.975.908	-0,5%	100,0%	0	4.393.200	2.196.500	50,0%
03	337.000.000	189.189.132	189.189.132	0,0%	56,1%	340.377.000	101,0%	339.796.216	340.377.000	339.726.316	-0,2%	100,0%	-69.900	359.185.800	195.241.772	54,4%
04	141.554.400	78.891.033	76.462.813	-3,1%	54,0%	139.273.722	98,4%	141.354.400	141.554.400	138.333.473	-2,3%	97,9%	-3.020.927	147.779.100	82.053.292	55,5%
05	175.639.200	96.891.193	97.662.671	0,8%	55,6%	177.486.707	101,1%	175.639.200	177.486.707	175.496.643	-1,1%	99,9%	-142.557	181.263.400	100.903.000	55,7%
06	27.487.100	15.110.000	15.065.054	-0,3%	54,8%	27.270.000	99,2%	27.262.782	27.270.000	26.772.975	-1,8%	98,2%	-489.807	28.000.000	15.296.000	54,6%
07	800.850	202.554	202.554	0,0%	25,3%	482.621	60,3%	800.850	767.569	597.305	-22,2%	74,6%	-203.545	483.600	228.825	47,3%
08	49.672.300	50.004.500	29.000.440	-42,0%	58,4%	49.693.832	100,0%	51.180.864	49.693.832	51.180.864	3,0%	100,0%	0	54.272.500	30.376.250	56,0%
09	1.345.420.857	736.946.793	736.948.426	0,0%	54,8%	1.333.199.001	99,1%	1.340.983.903	1.316.978.927	1.316.978.927	0,0%	98,2%	-24.004.976	1.327.646.400	736.711.882	55,5%
10	7.777.100	4.600.000	4.192.198	-8,9%	53,9%	7.710.000	99,1%	7.777.100	7.710.000	7.491.585	-2,8%	96,3%	-285.515	7.587.100	4.465.000	58,8%
14	58.586.493	31.913.300	31.849.794	-0,2%	54,4%	56.810.800	97,0%	58.503.692	56.810.800	57.202.948	0,7%	97,8%	-1.300.744	59.585.700	33.607.000	56,4%
15														48.627.400	29.508.130	60,7%
Gesamt-ergebnis	2.165.397.500	1.215.351.849	1.192.633.180	-1,9%	**55,1%**	2.154.555.910	**99,5%**	2.165.135.090	2.140.901.462	2.135.341.476	-0,3%	**98,6%**	-29.793.613	2.237.427.200	1.232.707.151	**55,1%**

§ 6 LHG 2016
Personalentwicklung in den budgetierten Personalausgabenbereichen sowie personalbezogene Prognose über den vorauss. weiteren Jahresverlauf
- Haushaltsjahr 2016 -
nach Beamten und Beschäftigten

Epl.	Ausgaben-gruppe	Stand zum Dezember 2015 [1) 2) 3)]	Zuzügl. Vollzeitanteil derjenigen in Altersteilzeit, die im Block-modell in der Arbeitsphase sind [4)]	Abzügl. Vollzeitanteil derjenigen in Altersteilzeit, die im Block- modell in der Freistellungs-phase sind [4)]	Stand zum Dezember mit Berichtigung Altersteilzeit (Blockmodell) [1) 2) 4)]	Prognose für Juni 2016 ohne Berichtigung Altersteilzeit (Blockmodell) 1)	Stand zum Juni 2016 [1) 2) 3)]	Zuzügl. Vollzeitanteil derjenigen in Altersteilzeit, die im Blockmodell in der Arbeitsphase sind [4)]	Abzügl. Vollzeitanteil derjenigen in Altersteilzeit, die im Blockmodell in der Freistellungs-phase sind [4)]	Stand zum Juni mit Berichtig- ung Alters- teilzeit (Blockmodell) [1) 2) 4)]	Differenz zum Dezember ohne Berichtigung Altersteilzeit (Blockmodell) [1) 2)]	Differenz zum Dezember mit Berichtigung Altersteilzeit (Blockmodell) [1) 2)]	Prognose für Dezember 2016 ohne Berichtigung Altersteilzeit (Blockmodell) [1) 2)]
		Anzahl in VZ	Anzahl in VZ	Anzahl in VZ	Anzahl in VZ	Anzahl in VZ	Anzahl in VZ	Anzahl in VZ	Anzahl in VZ	Anzahl in VZ	Anzahl in VZ	Anzahl in VZ	Anzahl in VZ
01	422	61			61	61	62			62	0,5	0,5	65
	428	89		0,5	89	87	83			83	-5,8	-5,4	85
	Gesamt	**151**		**0,5**	**150**	**148**	**145**			**145**	**-5,3**	**-4,8**	**150**
02	422	78	0,5		79	78	77		0,5	76	-1,6	-2,6	76
	428	146		3,6	142	145	141		3,6	138	-4,7	-4,7	144
	Gesamt	**225**	**0,5**	**3,6**	**221**	**223**	**218**		**4,1**	**214**	**-6,2**	**-7,2**	**220**
03	422	12.234	12,2	24,5	12.222	12.365	12.218	8,9	21,3	12.205	-16,4	-16,4	12.215
	428	2.419	0,8	54,9	2.365	2.467	2.486	0,3	44,3	2.443	67,7	77,9	2.482
	Gesamt	**14.653**	**12,9**	**79,4**	**14.586**	**14.831**	**14.704**	**9,2**	**65,5**	**14.648**	**51,3**	**61,5**	**14.697**
04	422	5.889	36,6	81,4	5.844	5.833	5.707	26,8	72,3	5.662	-181,8	-182,6	5.842
	428	1.070	1,7	52,3	1.019	1.066	1.059	1,9	45,0	1.016	-11,0	-3,6	1.016
	Gesamt	**6.959**	**38,3**	**133,7**	**6.864**	**6.899**	**6.766**	**28,7**	**117,3**	**6.677**	**-192,8**	**-186,1**	**6.857**
05	422	5.788	8,3	18,2	5.778	5.778	5.740	4,8	20,7	5.724	-48,1	-54,1	5.825
	428	1.996		7,9	1.988	2.022	2.021		5,0	2.016	25,5	28,4	2.066
	Gesamt	**7.784**	**8,3**	**26,0**	**7.766**	**7.800**	**7.761**	**4,8**	**25,6**	**7.740**	**-22,7**	**-25,8**	**7.891**
06	422	657	4,2	6,5	655	659	636	3,7	6,5	633	-21,2	-21,7	647
	428	705	1,0	8,7	697	703	692	1,3	8,0	686	-12,8	-11,8	695
	Gesamt	**1.362**	**5,2**	**15,2**	**1.352**	**1.362**	**1.328**	**4,9**	**14,5**	**1.319**	**-34,0**	**-33,5**	**1.342**
07	422	83	0,9	0,5	84	87	95	0,9	0,5	95	11,2	11,2	97
	428	192		0,9	191	220	246		0,9	245	53,8	53,8	270
	Gesamt	**276**	**0,9**	**1,4**	**275**	**307**	**341**	**0,9**	**1,4**	**340**	**65,0**	**65,0**	**367**
08	422	353	0,8	1,5	352	356	358	0,3	2,0	356	5,0	4,0	354
	428	288		4,8	283	292	288		3,8	285	0,3	1,3	292
	Gesamt	**641**	**0,8**	**6,3**	**636**	**648**	**646**	**0,3**	**5,8**	**641**	**5,3**	**5,3**	**646**
09	422	31.614	596,6	747,0	31.463	31.676	31.614	520,6	819,1	31.315	0,1	-147,9	32.000
	428	5.788	3,7	97,6	5.694	5.790	5.804	4,9	82,3	5.727	16,8	33,2	5.785
	Gesamt	**37.401**	**600,2**	**844,6**	**37.157**	**37.465**	**37.418**	**525,5**	**901,4**	**37.042**	**16,9**	**-114,6**	**37.785**
10	422	131	1,0	2,0	130	138	133		2,5	131	2,0	0,5	135
	428	27		0,3	26	29	27		0,3	26			27
	Gesamt	**158**	**1,0**	**2,3**	**156**	**167**	**160**		**2,8**	**157**	**2,0**	**0,5**	**162**
14	422	1.208	2,5	21,8	1.189	1.207	1.189	2,0	17,8	1.174	-19,0	-15,5	1.187
	428	1.008	0,2	33,2	975	1.024	997	0,4	30,4	967	-11,2	-8,2	1.002
	Gesamt	**2.216**	**2,7**	**55,0**	**2.164**	**2.231**	**2.186**	**2,4**	**48,3**	**2.140**	**-30,1**	**-23,7**	**2.189**
15	422												
	428												
	Gesamt												
Insgesamt	422	58.098	663,4	903,4	57.858	58.237	57.829	567,9	963,1	57.433	-269,2	-424,4	58.442
	428	13.727	7,4	264,5	13.470	13.844	13.846	8,7	223,5	13.631	118,6	161,0	13.863
	Gesamt	**71.825**	**670,8**	**1.167,9**	**71.328**	**72.081**	**71.674**	**576,6**	**1.186,5**	**71.064**	**-150,6**	**-263,5**	**72.306**

Anmerkungen:

1) Zahlfälle sind in Vollzeit umgerechnet und wurden gerundet (Quelle: Landesamt für Finanzen).

2) Zahlfälle sind nur die auf etatisierten Planstellen/Stellen (Gruppen 422 und 428) geführten Landesbediensteten.
Unberücksichtigt bleiben danach Zahlfälle, die zwar auf Stellen im Landeshaushalt zu führen sind, die aber aus verschiedenen Gründen nicht aus dem Landeshaushalt finanziert werden.
Ferner gehen in die Zahlfallermittlungen nicht diejenigen ein, für die in dem entsprechenden Monat kein Grundgehalt bzw. -entgelt gezahlt wurde.
Zahlungen, die lediglich die Zusatzversorgung beitrags- oder umlagefrei weiterführen oder lediglich das Kindergeld beinhalten, stellen im Rahmen der Personalausgabenbudgetierung keine Zahlfälle dar.

3) Die Summen "Gesamt" ergeben sich aufgrund der Addition der ungerundeten Werte und werden dann erst gerundet.

4) Unter Berichtigung der in Altersteilzeit (Blockmodell) befindlichen Mitarbeiter, die aufgrund der/des reduzierten Grundbezüge/-entgeltes nur noch mit der Hälfte ihres bisherigen Vollzeitäquivalentes erfasst werden (Quelle: Landesamt für Finanzen).

§ 6 LHG 2016
Personalentwicklung in den budgetierten Personalausgabenbereichen sowie personalbezogene Prognose über den vorauss. weiteren Jahresverlauf
- Haushaltsjahr 2016 -
nach Beamten und Beschäftigten

EPl.	Ausgaben-gruppe	Stand zum Dezember 2016 [1) 2)]	Zuzügl. Vollzeitanteil derjenigen in Altersteilzeit, die im Blockmodell in der Arbeitsphase sind [3)]	Abzügl. Vollzeitanteil derjenigen in Altersteilzeit, die im Blockmodell in der Freistellungs-phase sind [3)]	Stand zum Dezember mit Berichtigung Altersteilzeit (Blockmodell) [1) 3)]	Differenz zum Dezember Vorjahr ohne Berichtigung Altersteilzeit (Blockmodell) [1)]	Differenz zum Dezember Vorjahr mit Berichtigung Altersteilzeit (Blockmodell) [1)]	Prognose für Juni 2017 ohne Berichtigung Altersteilzeit (Blockmodell) [1)]
		Anzahl in VZ	Anzahl in VZ	Anzahl in VZ	Anzahl in VZ	Anzahl in VZ	Anzahl in VZ	Anzahl in VZ
01	422	62			62	0,6	0,6	70
	428	85			85	-4,2	-3,7	93
	Gesamt	**147**			**147**	**-3,7**	**-3,2**	**163**
02	422	73		0,5	72	-5,5	-6,5	76
	428	145		3,2	142	-1,1	-0,7	146
	Gesamt	**218**		**3,7**	**214**	**-6,6**	**-7,1**	**222**
03	422	12.298	4,8	21,1	12.282	64,0	60,0	12.338
	428	2.534		39,5	2.495	115,7	130,3	2.617
	Gesamt	**14.833**	**4,8**	**60,6**	**14.777**	**179,7**	**190,3**	**14.955**
04	422	5.813	19,1	66,4	5.766	-76,2	-78,7	5.762
	428	1.059	2,4	37,5	1.024	-11,0	4,5	1.068
	Gesamt	**6.872**	**21,5**	**103,9**	**6.789**	**-87,2**	**-74,2**	**6.830**
05	422	5.788	2,5	22,2	5.768	-0,4	-10,2	5.716
	428	2.052		2,4	2.050	56,6	62,0	1.948
	Gesamt	**7.840**	**2,5**	**24,6**	**7.818**	**56,1**	**51,8**	**7.664**
06	422	624	2,2	7,5	619	-33,0	-36,0	624
	428	694		8,6	685	-11,6	-12,4	692
	Gesamt	**1.318**	**2,2**	**16,1**	**1.304**	**-44,6**	**-48,4**	**1.316**
07	422	91	0,9	0,5	91	7,7	7,7	95
	428	244		0,5	243	51,6	52,0	247
	Gesamt	**335**	**0,9**	**1,0**	**335**	**59,3**	**59,7**	**342**
08	422	355		2,3	353	2,0	0,5	957
	428	295		3,3	292	6,8	8,3	722
	Gesamt	**650**		**5,5**	**645**	**8,8**	**8,8**	**1.679**
09	422	31.681	538,5	787,2	31.433	67,7	-30,5	30.795
	428	5.991	3,2	65,0	5.929	203,2	235,3	4.510
	Gesamt	**37.672**	**541,7**	**852,2**	**37.361**	**270,9**	**204,7**	**35.306**
10	422	133		2,5	130	1,9	0,4	138
	428	26		0,3	25	-1,0	-1,0	26
	Gesamt	**159**		**2,8**	**156**	**0,9**	**-0,6**	**164**
14	422	1.186	1,0	14,3	1.173	-22,4	-16,4	700
	428	1.006	1,0	24,6	982	-2,1	7,3	766
	Gesamt	**2.192**	**2,0**	**38,9**	**2.155**	**-24,4**	**-9,1**	**1.466**
15	422							932
	428							1.556
	Gesamt							**2.488**
Insgesamt	422	58.104	569,0	924,4	57.749	6,3	-109,1	58.203
	428	14.130	6,6	184,9	13.952	402,9	481,7	14.390
	Gesamt	**72.234**	**575,5**	**1.109,3**	**71.700**	**409,3**	**372,6**	**72.594**

§ 6 Abs. 1 i.V.m. Abs. 3 Landeshaushaltsgesetz 2016 - Obergruppen 51 bis 54 (ohne die Gruppen 529 und 531) - Ausgabenbezogene Ist-Ergebnisse im Verhältnis zu den Haushaltsermächtigungen sowie ausgabenbezogene Prognose über den voraussichtlichen weiteren Verlauf im Haushaltsjahr 2016

Epl.	Soll 2015 einschl. Ausgabereste, Rücklage und evtl. sonst. Veränderungen	Ist 2015	Ist 2015 zum Soll 2015	Ansatz 2016	Zuführungen				In Abgang-stellung z.B. aufgrund von Umsetzungen, Deckungs-fähigkeiten	Einsparungen z.B. Erfüllung von Einsparauflagen	Soll 2016 zum 31.12.
					von Ausgabe-resten	Nachrichtlich: davon für die Jahre 2017 ff. bewilligte Ausgabereste	aus Deckungs-mitteln nach § 6 LHG	z.B. aufgrund von Kopplungs-vermerken, Umsetzungen, Deckungsfähig-keiten, üpl., apl.			
	in €	in €	in v.H.	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €
01	5.226.491	3.562.515	68,2%	5.848.800	1.251.733					2.000	7.098.533
02	11.685.319	9.972.938	85,3%	8.648.700	1.589.099	115.000		356.237	31.658		10.562.377
03 [1)2)]	340.304.974	325.194.736	95,6%	369.509.400	11.704.452			1.883.383	4.574.822	2.661.200	375.861.213
04 [3)]	52.815.759	45.904.252	86,9%	49.364.400	5.542.200		2.750.414	646.127	150.974		58.152.167
05 [4)]	108.507.455	99.865.533	92,0%	104.653.400	8.282.544	4.313.488		1.094.562	159.694		113.870.813
06	21.944.938	21.249.460	96,8%	20.438.400	424.878		233.710		5.071		21.091.917
07 [5)]	50.295.357	50.230.224	99,9%	90.304.100	87.633			13.730.951		191.388	103.931.296
08 [6)]	17.602.521	14.160.253	80,4%	14.204.300	2.011.597			1.514.554	455.200	999.578	16.275.673
09 [7)]	165.241.694	131.020.066	79,3%	111.061.000	32.241.803		385.071	29.952.558	2.088.205	2.445.827	169.106.400
10 [8)]	1.236.932	1.236.932	100,0%	1.111.800				146.141			1.257.941
12 [9)]	88.883.254	55.437.660	62,4%	57.695.200	25.073.470				874.300	2.307.808	79.586.562
14 [10)]	79.954.077	43.942.959	55,0%	47.142.400	26.965.834			6.474.373	3.813.500	3.172.800	73.596.307
15 [11)]											
20	10.726.877	6.792.311	63,3%	5.588.500	3.545.410			424.491	877		9.557.524
Gesamt-ergebnis	954.425.647	808.569.838	**84,7%**	885.570.400	118.720.653	4.428.488	3.369.195	56.223.377	12.154.301	11.780.601	1.039.948.723

Anmerkungen:

1) Epl. 03 einschließlich Kapitel 03 09.

2) Ohne Berücksichtigung der globalen Minderausgabe beim Ansatz 2016 i.H.v. 10.900.000 € und beim Ansatz 2017 i.H.v. 2.158.000 €..

3) Ohne Berücksichtigung der globalen Minderausgabe beim Ansatz 2016 i.H.v. 3.321.200 €.

4) Ab dem Haushaltsjahr 2005 ohne Berücksichtigung der Ausgaben bei der Gruppe 532.

5) Ohne Berücksichtigung der globalen Minderausgabe beim Ansatz 2016 i.H.v. 3.259.200 € und beim Ansatz 2017 i.H.v. 2.944.400 €.
Nachtrag und üpl 2015 im Bereich 07 82 - TG 73 und TG 76; Deckung im Rahmen der DF / Kopplung bei 07 02 TG 74 und TG 75, sowie 07 82 - TG 73 und TG 76.

6) Ohne Berücksichtigung der globalen Minderausgabe beim Ansatz 2016 i.H.v. 4.400.000 € und beim Ansatz 2017 i.H.v. 12.500.000 €.

7) Ohne Berücksichtigung der globalen Minderausgabe beim Ansatz 2016 i.H.v. 5.600.000 € und beim Ansatz 2017 i.H.v. 2.000.000 €.

8) Die Zuführung erfolgt in anteiliger Höhe von 44.472 € auch zur Erbringung der Bewirtschaftungsvorgabe nach Nr. 2.1 der VV über die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Landesverwaltung im HHJ 2016 auf freiwilliger Basis.

9) Ohne Berücksichtigung der globalen Minderausgabe beim Ansatz 2017 i.H.v. 2.500.000 €.

10) Ohne Berücksichtigung der globalen Minderausgabe beim Ansatz 2016 i.H.v. 9.600.000 € und im Ansatz 2017 i.H.v. 3.500.000 €. Die Prognosewerte beruhen mangels verlässlicher Datengrundlage aufgrund der Umressortiruerung auf Schätzungen.

11) Ohne Berücksichtigung der globalen Minderausgabe beim Ansatz 2017 i.H.v. 5.832.200 €.

§ 6 Abs. 1 i.V.m. Abs. 3 Landeshaushaltsgesetz 2016 - Obergruppen 51 bis 54 (ohne die Gruppen 529 und 531) - Ausgabenbezogene Ist-Ergebnisse im Verhältnis zu den Haushaltsermächtigungen sowie ausgabenbezogene Prognose über den voraussichtlichen weiteren Verlauf im Haushaltsjahr 2016

EPl.	Soll 2016 zum 30.06.	30.06.2016						Soll 2016 zum 31.12.	31.12.2016				Mehr-/ Minderausgaben	Stand nach Umressortierung		
		geplantes Soll zum 30.06.	Ist zum 30.06.	Abweichung zum geplanten Soll	Ist zum Soll 2016	Prognose zum 31.12.2016			geplantes Soll zum 31.12.	Ist zum 31.12.	Abweichung zum geplanten Soll	Ist zum Soll 2016	Differenz Soll 2016 zum Ist	Ansatz 2017	Prognose zum 30.06.2017	
	in €	in €	in €	in v.H.	in v.H.	in €	in v.H. zum Soll 2016	in €	in €	in €	in v.H.	in v.H.	in €	in €	in €	in v.H.
01	7.100.533	2.924.400	2.458.645	-15,9%	34,6%	6.959.704	98,0%	7.098.533	6.959.704	5.450.465	-21,7%	76,8%	-1.648.068	6.429.500	3.163.250	49,2%
02	10.241.851	4.326.376	4.102.941	-5,2%	40,1%	8.603.686	84,0%	10.562.377	8.603.686	8.215.403	-4,5%	77,8%	-2.346.974	11.805.500	5.902.750	50,0%
03	381.213.852	182.907.153	176.160.511	-3,7%	46,2%	369.092.000	96,8%	375.861.213	369.092.000	360.119.498	-2,4%	95,8%	-15.741.715	152.266.500	58.974.200	38,7%
04	53.200.516	26.554.858	19.951.111	-24,9%	37,5%	49.949.456	93,9%	58.152.167	46.043.200	44.793.613	-2,7%	77,0%	-13.358.554	46.021.100	23.010.550	50,0%
05	112.935.944	51.171.988	53.326.026	4,2%	47,2%	106.627.484	94,4%	113.870.813	106.627.484	102.044.949	-4,3%	89,6%	-11.825.864	102.374.900	52.832.000	51,6%
06	20.863.278	10.540.000	10.512.478	-0,3%	50,4%	20.800.000	99,7%	21.091.917	20.800.000	20.500.333	-1,4%	97,2%	-591.584	21.115.200	10.725.000	50,8%
07	90.391.733	45.152.050	62.108.050	37,6%	68,7%	90.304.100	99,9%	103.931.296	103.931.296	100.702.840	-3,1%	96,9%	-3.228.456	63.655.600	31.827.800	50,0%
08	16.831.934	7.430.999	5.249.027	-29,4%	31,2%	14.970.191	88,9%	16.275.673	14.970.191	13.111.991	-12,4%	80,6%	-3.163.682	353.708.500	189.821.008	53,7%
09	143.316.658	62.927.597	62.927.597	0,0%	43,9%	118.423.210	82,6%	169.106.400	129.820.061	129.820.061	0,0%	76,8%	-39.286.339	27.964.100	12.785.799	45,7%
10	1.344.472	685.000	653.560	-4,6%	48,6%	1.300.000	96,7%	1.257.941	1.300.000	1.213.469	-6,7%	96,5%	-44.472	1.149.700	735.000	63,9%
12	80.134.062	18.029.216	18.029.216	0,0%	22,5%	52.000.000	64,9%	79.586.562	51.063.156	51.063.156	0,0%	64,2%	-28.523.406	53.733.000	23.000.000	42,8%
14	72.324.481	20.748.000	17.877.432	-13,8%	24,7%	49.290.000	68,2%	73.596.307	49.290.000	44.308.670	-10,1%	60,2%	-29.287.637	38.612.200	16.228.000	42,0%
15														97.375.600	54.272.043	55,7%
20	9.150.518	4.566.955	1.801.603	-60,6%	19,7%	4.500.000	49,2%	9.557.524	9.133.910	5.203.885	-43,0%	54,4%	-4.353.639	5.622.000	2.811.000	50,0%
Gesamtergebnis	999.049.832	437.964.592	435.158.198	-0,6%	**43,6%**	892.819.831	**89,4%**	1.039.948.723	917.634.688	886.548.333	-3,4%	**85,2%**	-153.400.390	981.833.400	486.088.400	**49,5%**

§ 6 Abs. 1 i.V.m. Abs. 3 Landeshaushaltsgesetz 2016 - Hauptgruppe 7 -
Ausgabenbezogene Ist-Ergebnisse im Verhältnis zu den Haushaltsermächtigungen sowie ausgabenbezogene Prognose über den voraussichtlichen weiteren Verlauf im Haushaltsjahr 2016

Epl.	Soll 2015 einschl. Ausgabereste, Rücklage und evtl. sonst. Veränderungen [1]	Ist 2015	Ist 2015 zum Soll 2015	Ansatz 2016	Zuführungen				In Abgang-stellung z.B. aufgrund von Umsetzungen, Deckungs-fähigkeiten	Einsparungen z.B. Erfüllung von Einsparauflagen	Soll 2016 zum 31.12.
					von Ausgabe-resten	Nachrichtlich: davon für die Jahre 2017 ff. bewilligte Ausgabereste	aus Deckungs-mitteln nach § 6 LHG	z.B. aufgrund von Kopplungs-vermerken, Umsetzungen, Deckungsfähig-keiten, üpl., apl.			
	in €	in €	in v.H.	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €
04	101.400	56.370	55,6%	49.000	45.000						94.000
07 [1]	19.232.402	19.232.402	100,0%	8.560.000							8.560.000
08	1.257.195	290.143	23,1%	180.000	967.053						1.147.053
09	222.981	222.981	100,0%	795.600					625.221		170.379
12	51.345.250	18.242.386	35,5%	19.038.400	33.102.700			750.000	100.000	761.536	52.029.564
14 [2]	68.527.141	13.361.055	19,5%	21.395.000	55.166.086			436.817	3.330.000	1.078.400	72.589.503
15											
Gesamt-ergebnis	140.686.369	51.405.337	**36,5%**	50.018.000	89.280.839	0	0	1.186.817	4.055.221	1.839.936	134.590.499

Anmerkungen:

1) Nachtrag und üpl 2015 im Bereich 07 82 - TG 73 und TG 76; Deckung im Rahmen der DF / Kopplung bei 07 02 TG 74 und TG 75, sowie 07 82 - TG 73 und TG 76.

2) Die Prognosewerte beruhen mangels verlässlicher Datengrundlage aufgrund der Umressortiruerung auf Schätzungen.

§ 6 Abs. 1 i.V.m. Abs. 3 Landeshaushaltsgesetz 2016 - Hauptgruppe 7 -
Ausgabenbezogene Ist-Ergebnisse im Verhältnis zu den Haushaltsermächtigungen sowie ausgabenbezogene Prognose über den voraussichtlichen weiteren Verlauf im Haushaltsjahr 2016

Epl.	Soll 2016 zum 30.06.	30.06.2016						Soll 2016 zum 31.12.	31.12.2016				Mehr-/ Minderaus-gaben	Stand nach Umressortierung		
		geplantes Soll zum 30.06.	Ist zum 30.06.	Ab-weichung zum geplanten Soll	Ist zum Soll 2016	Prognose zum 31.12.2016			geplantes Soll zum 31.12.	Ist zum 31.12.	Ab-weichung zum geplanten Soll	Ist zum Soll 2016	Differenz Soll 2016 zum Ist	Ansatz 2017	Prognose zum 30.06.2017	
	in €	in €	in €	in v.H.	in v.H.	in €	in v.H. zum Soll 2016	in €	in €	in €	in v.H.	in v.H.	in €	in €	in €	in v.H.
04	94.000	7.500	7.844	4,6%	8,3%	94.000	100,0%	94.000	94.000	77.366	-17,7%	82,3%	-16.634	49.000	30.000	61,2%
07	8.560.000	8.560.000	7.371.315	-13,9%	86,1%	8.560.000	100,0%	8.560.000	8.560.000	10.739.268	25,5%	125,5%	2.179.268	2.600.000	1.300.000	50,0%
08	967.053	270.000	0	-100,0%	0,0%	673.000	69,6%	1.147.053	673.000	422.639	-37,2%	36,8%	-724.414	10.130.000	5.000.000	49,4%
09	795.600	-143.425	-143.425	0,0%	-18,0%	795.600	100,0%	170.379	170.379	170.379	0,0%	100,0%	0	0	0	
12	51.379.564	6.622.913	6.622.913	0,0%	12,9%	19.000.000	37,0%	52.029.564	15.111.293	15.111.293	0,0%	29,0%	-36.918.271	22.924.700	10.000.000	43,6%
14	75.482.686	8.020.000	4.302.527	-46,4%	5,7%	19.200.000	25,4%	72.589.503	19.200.000	14.684.778	-23,5%	20,2%	-57.904.725	13.222.000	16.040.000	121,3%
15														779.700	150.000	19,2%
Gesamt-ergebnis	137.278.903	23.336.988	18.161.174	-22,2%	**13,2%**	48.322.600	**35,2%**	134.590.499	43.808.672	41.205.723	-5,9%	**30,6%**	-93.384.776	49.705.400	32.520.000	**65,4%**

§ 6 Abs. 1 i.V.m. Abs. 3 Landeshaushaltsgesetz 2016 - Obergruppen 81 und 82 - Ausgabenbezogene Ist-Ergebnisse im Verhältnis zu den Haushaltsermächtigungen sowie ausgabenbezogene Prognose über den voraussichtlichen weiteren Verlauf im Haushaltsjahr 2016

Epl.	Soll 2015 einschl. Ausgabereste, Rücklage und evtl. sonst. Veränderungen	Ist 2015	Ist 2015 zum Soll 2015	Ansatz 2016	Zuführungen				In Abgang-stellung z.B. aufgrund von Umsetzungen, Deckungs-fähigkeiten	Einsparungen z.B. Erfüllung von Einsparauflagen	Soll 2016 zum 31.12.
					von Ausgaberesten	Nachrichtlich: davon für die Jahre 2017 ff. bewilligte Ausgabereste	aus Deckungs-mitteln nach § 6 LHG	z.B. aufgrund von Kopplungs-vermerken, Umsetzungen, Deckungsfähig-keiten, üpl., apl.			
	in €	in €	in v.H.	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €
01	821.058	365.711	44,5%	461.000	455.344			38.068			954.412
02	52.458	25.658	48,9%	32.000	26.800			31.658			90.458
03 [1]	46.238.064	27.070.016	58,5%	26.241.300	21.417.245		8.894	4.378.288	1.827.634		50.218.093
04	10.287.633	5.952.212	57,9%	5.001.600	4.335.070			6.990.167			16.326.837
05	6.513.992	4.081.614	62,7%	3.897.000	2.432.378	969.021			56.727		6.272.651
06	2.439.337	1.841.737	75,5%	1.085.400	997.600		97.663				2.180.663
07 [2]	7.611.101	7.611.101	100,0%	3.055.500							3.055.500
08	2.343.973	703.788	30,0%	612.700	1.430.188			247.681		41	2.290.528
09	29.113.004	14.224.131	48,9%	16.111.500	14.861.437			2.315.264	4.943.586	840.667	27.503.948
10 [3]	57.600	19.621	34,1%	58.800			750				59.550
12	23.375.550	102.743	0,4%	6.440.000	23.225.550				100.000	257.600	29.307.950
14 [4]	12.994.193	6.763.297	52,0%	8.513.100	6.230.896			2.505.853	870.000	515.000	15.864.849
15											
Gesamt-ergebnis	141.847.963	68.761.631	**48,5%**	71.509.900	75.412.508	969.021	107.307	16.506.979	7.797.947	1.613.308	154.125.439

Anmerkungen:

1) Epl. 03 einschließlich Kapitel 03 09.

2) Nachtrag und üpl 2015 im Bereich 07 82 - TG 73 und TG 76; Deckung im Rahmen der DF / Kopplung bei 07 02 TG 74 und TG 75, sowie 07 82 - TG 73 und TG 76.

3) Die Zuführung erfolgt zur Erbringung der Bewirtschaftungsvorgabe nach Nr. 2.1 der VV über die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Landesverwaltung im HHJ 2016 auf freiwilliger Basis.

4) Die Prognosewerte beruhen mangels verlässlicher Datengrundlage aufgrund der Umressortirueurng auf Schätzungen.

§ 6 Abs. 1 i.V.m. Abs. 3 Landeshaushaltsgesetz 2016 - Obergruppen 81 und 82 - Ausgabenbezogene Ist-Ergebnisse im Verhältnis zu den Haushaltsermächtigungen sowie ausgabenbezogene Prognose über den voraussichtlichen weiteren Verlauf im Haushaltsjahr 2016

Epl.	Soll 2016 zum 30.06.	30.06.2016						Soll 2016 zum 31.12.	31.12.2016				Mehr-/ Minderausgaben	Stand nach Umressortierung		
		geplantes Soll zum 30.06.	Ist zum 30.06.	Abweichung zum geplanten Soll	Ist zum Soll 2016	Prognose zum 31.12.2016			geplantes Soll zum 31.12.	Ist zum 31.12.	Abweichung zum geplanten Soll	Ist zum Soll 2016	Differenz Soll 2016 zum Ist	Ansatz 2017	Prognose zum 30.06.2017	
	in €	in €	in €	in v.H.	in v.H.	in €	in v.H. zum Soll 2016	in €	in €	in €	in v.H.	in v.H.	in €	in €	in €	in v.H.
01	916.344	230.500	358.094	55,4%	39,1%	915.400	99,9%	954.412	915.400	618.892	-32,4%	64,8%	-335.520	568.400	284.200	50,0%
02	57.520	15.360	23.550	53,3%	40,9%	30.720	53,4%	90.458	30.720	86.128	180,4%	95,2%	-4.330	223.100	55.775	25,0%
03	47.658.545	9.499.351	6.897.748	-27,4%	14,5%	26.521.000	55,6%	50.218.093	26.521.000	26.405.602	-0,4%	52,6%	-23.812.491	48.189.700	27.056.926	56,1%
04	9.136.606	4.769.618	2.286.034	-52,1%	25,0%	9.136.606	100,0%	16.326.837	5.001.600	7.014.533	40,2%	43,0%	-9.312.304	3.520.600	2.053.683	58,3%
05	6.329.378	888.928	1.070.643	20,4%	16,9%	4.951.659	78,2%	6.272.651	4.951.659	3.862.062	-22,0%	61,6%	-2.410.589	3.553.600	1.355.000	38,1%
06	2.083.000	240.000	232.992	-2,9%	11,2%	1.800.000	86,4%	2.180.663	1.800.000	1.104.283	-38,7%	50,6%	-1.076.380	1.823.700	239.000	13,1%
07	3.905.912	3.052.750	3.900.412	27,8%	99,9%	3.905.912	100,0%	3.055.500	3.055.500	4.026.887	31,8%	131,8%	971.387	1.233.000	616.500	50,0%
08	1.960.108	252.474	116.114	-54,0%	5,9%	671.000	34,2%	2.290.528	671.000	941.554	40,3%	41,1%	-1.348.974	2.407.000	1.184.100	49,2%
09	30.972.937	2.772.220	2.772.220	0,0%	9,0%	9.017.943	29,1%	27.503.948	11.215.915	11.215.915	0,0%	40,8%	-16.288.033	2.998.300	585.787	19,5%
10	58.800	35.000	28.019	-19,9%	47,7%	56.000	95,2%	59.550	56.000	57.198	2,1%	96,1%	-2.352	52.500	30.000	57,1%
12	29.307.950	0	0		0,0%	6.400.000	21,8%	29.307.950	5.100.000	5.100.000	0,0%	17,4%	-24.207.950	5.100.000	5.000.000	98,0%
14	14.332.242	2.674.000	3.234.607	21,0%	22,6%	6.769.000	47,2%	15.864.849	6.769.000	7.881.999	16,4%	49,7%	-7.982.850	9.043.100	5.098.500	56,4%
15														17.944.700	5.489.100	30,6%
Gesamtergebnis	146.719.342	24.430.201	20.920.434	-14,4%	**14,3%**	70.175.240	**47,8%**	154.125.439	66.087.794	68.315.053	3,4%	**44,3%**	-85.810.386	96.657.700	49.048.571	**50,7%**

Anlage 8

Anmerkungen der Ressorts zur Budgetierung

§ 6 LHG 2016

Berichtstermin: 31. Dezember 2016

Einzelplan 01 - Landtag

Personalausgaben und Personalentwicklung:
Das Soll der Hauptgruppe 4 wurde im Personalbereich, d. h. in der Landtagsverwaltung, im Büro des Bürgerbeauftragten und des Beauftragten für die Landespolizei Rheinland-Pfalz sowie beim Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit insgesamt eingehalten.

Sächliche Verwaltungs- und Investitionsausgaben:
Das Soll der Obergruppen 51 bis 54 sowie der Obergruppen 81 und 82 wurde nicht überschritten.

Maßnahmen zur Budgeteinhaltung und eingesetzte Steuerungsinstrumente:
Die Personalausgabenentwicklung wird monatlich ermittelt und überwacht. Die entsprechenden Daten sind Grundlage für die weitere Personalplanung.
Die Ist-Ausgaben der Obergruppen 51 bis 54 – sächliche Verwaltungsausgaben – und der Obergruppen 81 und 82 – Investitionen – werden ebenfalls monatlich ermittelt und überwacht. Bei Bedarf wird steuernd eingegriffen.

Einzelplan 02 - Staatskanzlei und Ministerpräsident

Personalausgaben:
Das Personalausgabenbudget der Staatskanzlei wurde eingehalten. Diese Entwicklung wird weitestgehend durch eine restriktive und ausgabenorientierte Personal- und Ausgabenbewirtschaftung erreicht.

Maßnahmen zur Budgeteinhaltung und eingesetzte Steuerungsinstrumente:
Die Überwachung der Personalausgaben erfolgt monatlich. Dazu wurden folgende Übersichten erstellt:

- Hochrechnung der monatlichen Ist-Ausgaben unter ständiger Aktualisierung der Vorgaben und der Aufgaben- und Personalentwicklung.
- Überwachung der Ist-Ausgaben mittels Budgetierungsmodul.
- Monatliche Erfassung und Vergleich der Entwicklung der Zahlen für das aktive Personal und die Versorgungsempfänger.

Die so ermittelten Daten sind Grundlage für weitere Personalplanungen.

Einzelplan 03 – Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur

(ab 18.05.2016: Ministerium des Innern und für Sport)

Personalausgaben und Personalentwicklung:
Das dem Ministerium des Innern und für Sport im Einzelplan 03 zur Verfügung stehende Personalausgabenbudget war im Haushaltsjahr 2016 zur Finanzierung der Personalausgaben ausreichend bemessen. Zum Jahresende 2016 konnte bei den Personalausgaben für das abgelaufene Haushaltsjahr eine Minderausgabe in Höhe von rd. 19,9 Mio. € ausgewiesen werden.
Die auf Vollzeit umgerechnete Zahl der Beschäftigten (VZÄ) des Einzelplanes 03 belief sich im Dezember 2016 auf rd.14.833. Gegenüber Dezember 2015 (rd. 14.653 VZÄ) entspricht dies einer Erhöhung um rd. 180 VZÄ. Ursächlich hierfür sind zum einen die Zahlfallerhöhungen im Bereich des Kapitels 03 06 - Statistisches Landesamt - in Höhe von rd. 52 VZÄ, die aufgrund einer geänderten Haushaltssystematik in die Gruppe "428" überführt wurden, sowie zum anderen ein Zahlfallanstieg im Polizeibereich in Höhe von rd. 122 VZÄ.
Bei einer gesonderten Betrachtung der VZÄ im Polizeibereich ist zu erkennen, dass diese von rd. 12.048 (31.12.2015) auf rd. 12.170 (31.12.2016) um rd. 122 VZÄ angestiegen sind. Diese Steigerung steht in Zusammenhang mit einem Anstieg im Bereich der Beschäftigten um 67 VZÄ sowie mit den die

Zahl der Ruhestandsfälle bei den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten übersteigenden Einstellungen von Polizeianwärtern/-innen.
Bei den übrigen Kapiteln ist in der Summe ein Rückgang in Höhe von rd. 6 VZÄ zu verzeichnen.

Sächliche Verwaltungs- und Investitionsausgaben:
Im Sach- und Investitionsausgabenbereich wurden die in den einzelnen Kapiteln der Obergruppen 51 bis 54 sowie 81 und 82 zur Verfügung stehenden Mittelkontingente infolge eines konsequenten und strengen Ausgabenverhaltens nicht überschritten.

Maßnahmen zur Budgeteinhaltung und eingesetzte Steuerungsinstrumente:
Das Ministerium des Innern und für Sport hatte im Zuge der Haushalts- und Wirtschaftsführung 2016 den nachgeordneten Dienststellen mitgeteilt, dass neben den im Rahmen der Kassenanschläge zugewiesenen Haushaltsmitteln im Jahresverlauf keine weiteren Mittel mehr zur Verfügung gestellt werden können.
Für die Einhaltung der Einzelbudgets waren somit die jeweiligen personal- bzw. mittelbewirtschaftenden Stellen selbst verantwortlich. Die Dienststellen hatten im Rahmen ihrer Eigenverantwortlichkeit durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass die zugewiesenen Budgets nicht überschritten wurden.
Zur Ergänzung der Überwachungsmechanismen vor Ort wurden den Dienststellen in Bezug auf das monatliche Personalausgabencontrolling das vom Ministerium der Finanzen bereitgestellte Personalausgabenbudgetierungsmodul (PAB) sowie die Personalausgabendatenbestände „RP Budget“ zur Verfügung gestellt.
Die Dienststellen waren angehalten, sich abzeichnende oder eingetretene Budgetüberschreitungen unverzüglich dem Ministerium des Innern und für Sport mitzuteilen.
Im Bereich der Personalausgaben erfolgte vom Ministerium des Innern und für Sport zusätzlich eine monatliche Kontrolle der sich bei den Dienststellen abzeichnenden Ausgabenentwicklungen.

Einzelplan 04 – Ministerium der Finanzen

Die dem Einzelplan 04 zur Verfügung stehenden Budgets je Hauptgruppe zur Finanzierung der Personal-, Sach- und Investitionsausgaben wurden in 2016 eingehalten.

Personalausgaben:
Die Ausschöpfung des Personalausgabenbudgets 2016, den nicht-steuerbaren Bereich betreffend, liegt bei rd. 97,9 %. Die Gesamtausgaben beziffern sich auf rd. 138,3 Mio. €.
Bei dem steuerbaren Personalausgabenbudget beträgt unter Ausnutzung der vorhandenen Deckungs- und Kopplungsvermerke der Ausschöpfungsgrad rd. 97,3 %. Das Jahres-Ist beläuft sich dabei auf rd. 283,1 Mio. € (Soll: 290,9 Mio. €).

Personalentwicklung:
Die Zahl der Beschäftigten in Vollzeit ist von 6.959 (ohne Berichtigung Altersteilzeit) im Dezember 2015 um 87 VZÄ auf 6.872 (ohne Berichtigung Altersteilzeit) im Dezember 2016 gesunken.

Sächliche Verwaltungs- und Investitionsausgaben:
Durch sparsame Haushalts- und Wirtschaftsführung werden bei den Sachausgabenbudgets rd. 13,4 Mio. € (Vorjahr rd. 6,9 Mio. €) nicht verausgabt. Darin enthalten sind 2 Mio. €, die bereits auf das Jahr 2017 und 2018 vorgetragen sind.
Die Budgets der investiven Ausgaben (Hauptgruppe 7 und Obergruppen 81 und 82) werden ebenfalls eingehalten und dabei durch sparsamsten Haushaltsvollzug Minderausgaben in Höhe von rd. 9,3 Mio. € (Vorjahr: 4,4 Mio. €) erwirtschaftet.

Maßnahmen zur Budgeteinhaltung:
Die Ist-Ausgaben der einzelnen Ausgabearten im Rahmen der deckungsfähigen Budgets werden monatlich auf die voraussichtlichen Jahresergebnisse hochgerechnet. Das Ergebnis wird mit den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln (Budgets) abgeglichen.

Anlage 8

Einzelplan 05 – Ministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

(ab 18.05.2016: Ministerium der Justiz)

Personalausgaben:
Das im Einzelplan 05 für das Haushaltsjahr 2016 verfügbare Personalausgabenbudget der Hauptgruppe 4 konnte sowohl bei den steuerbaren, als auch bei den nicht-steuerbaren Personalausgaben eingehalten werden.
Die steuerbaren Personalausgaben blieben unter Einbeziehung der Soll-Ansätze und der aus dem Jahr 2015 übertragenen Bonusreste (ca. 8 Mio. €) rd. 8,8 Mio. € unter der Ausgabenermächtigung von 367,1 Mio. €.
Bei den nicht-steuerbaren Personalausgaben wurde das Gesamtbudget von ca. 175,6 Mio. € um knapp 0,2 Mio. € unterschritten.

Sächliche Verwaltungs- und Investitionsausgaben:
Das Gesamtbudget in den Obergruppen 51 bis 54 musste ebenfalls nicht in vollem Umfang in Anspruch genommen werden. Die um Bonusreste aus 2015 in Höhe von rd. 8,3 Mio. € verstärkten Gesamtansätze von insgesamt rd. 113,9 Mio. € konnten bei Ist-Ausgaben von rd. 102 Mio. € um rd. 11,9 Mio. € unterschritten werden. Auch die Ansätze der innerhalb der Hauptgruppe 5 von der Budgetierung ausgenommenen Auslagen in Rechtssachen mit einem Gesamtansatz von rd. 148,9 Mio. € wurden im abgelaufenen Haushaltjahr um rd. 1,6 Mio. € unterschritten.
Der verfügbare Ansatz in den Obergruppen 81 und 82 ist ebenfalls nicht vollständig ausgeschöpft worden. Unter Einbeziehung der Soll-Ansätze und der aus dem Jahr 2015 übertragenen Haushaltsreste (rd. 2,4 Mio. €) betrug die Ausgabenermächtigung rd. 6,3 Mio. €. Sie wurde mit Ist-Ausgaben von rd. 3,9 Mio. € um rd. 2,4 Mio. € unterschritten. Diese Mittel werden zur Fortsetzung nicht abgeschlossener Investitionsmaßnahmen - insbesondere zur Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Akte, im Bereich des Strafvollzugs und für das in Bau befindliche Justizzentrum Bad Kreuznach - benötigt und werden daher für das Haushaltsjahr 2017 als Ausgabenreste 2016 angemeldet werden.
Eine globale Minderausgabe war im Einzelplan 05 im Haushaltsjahr 2017 nicht ausgebracht. Die Bewirtschaftungsauflage konnte insbesondere unter Einbeziehung der nicht budgetierten Ausgaben erfüllt werden.

Maßnahmen zur Budgeteinhaltung:
Die Ausgabenbudgets werden durch monatliche Kontrollen der Ausgabenentwicklung und Hochrechnungen überwacht, die auf der Basis der jeweiligen Ist-Ausgaben und unter Berücksichtigung des zu erwartenden weiteren Ausgabenverlaufs erstellt werden.

Einzelplan 06 – Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie

Personalausgaben und Personalentwicklung:
1) steuerbarer Bereich
Gegenüber dem Dezember 2015 sind die Zahlfälle – wie ausgeführt – gesunken. Die Summe der Personalausgaben der Gruppen 422 und 428 (aktive Beschäftigte) liegen trotz Besoldungs- und Tarif-/Entgelterhöhungen um rd. 0,2 % unter der Summe im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Die Ausgaben liegen im prognostizierten und finanzierten Rahmen.
2) nicht-steuerbarer Bereich
Im Versorgungsbereich liegt die Veränderung bei nahezu gleichbleibenden Zahlfällen bei +1,8 %, wohingegen die Ausgaben für Beihilfen 1,1 % unter dem Wert für den vergleichbaren Vorjahreszeitraum liegen. Die Ausgaben liegen im prognostizierten und finanzierten Rahmen.
Insgesamt zeigen die geschilderten Entwicklungen, dass das MSAGD das Personalausgabenbudget bedarfsgerecht, sparsam und effizient bewirtschaftet.

Sächliche Verwaltungsausgaben:
Die Budgets der Obergruppen 51 bis 54 konnten – z. T. unter Inanspruchnahme der Deckungsfähigkeit nach § 6 LHG – eingehalten werden. Die Ausgaben der vorgenannten Obergruppen sind insgesamt gegenüber den vergleichbaren Ausgaben im Vorjahreszeitraum um 0,7 Mio. € gesunken und bewegen sich im vorgesehenen haushaltssicheren Trend.

Investitionsausgaben:
Die Ausgaben bewegen sich im vorgesehenen haushaltssicheren Trend. Die Budgets der Obergruppen 81 und 82 konnten – z. T. unter Inanspruchnahme der Deckungsfähigkeit nach § 6 LHG – eingehalten werden.
Insgesamt haben sich die Instrumente der flexiblen Haushalts- und Wirtschaftsführung zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit bewährt.

Maßnahmen zur Budgeteinhaltung und eingesetzte Steuerungsinstrumente:
Die Praxis der Zuteilung dezentraler Einzel-Budgets an die örtlichen Dienststellen zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung mit der Verpflichtung zur Einhaltung des Budgetrahmens und zur Vorsorge für erwartete oder unvorhergesehene finanzielle Belastungen (z. B. strukturell bedingte Mehraufwendungen, Beihilfen) wurde in 2016 fortgeführt.
Die Eigenverantwortung für die Mittelbewirtschaftung, die eingeräumten Steuerungsmöglichkeiten und die Vollzugskompetenz haben die Bewirtschafter vor Ort motiviert, die gesetzten Budgetziele einzuhalten. Gleichzeitig hat es ihnen das dezentrale Management ermöglicht, mit und aus den verfügbaren Mitteln die fachlich optimalen Ergebnisse zu erzielen.
Die unter vorstehenden Punkten beschriebenen Ist-Ergebnisse belegen die Richtigkeit und Zielgerichtetheit des dezentralen Ausgabenmanagements.

Die in den bisherigen Berichten genannten Steuerungsmaßnahmen werden weitergeführt. Hierzu zählen zweimonatliche Analysen und Hochrechnungen auf der Grundlage der Ist-Ausgaben und Bedarfsabschätzungen unter Heranziehung von Vorjahresvergleichen und unter Berücksichtigung der aktuellen Entwicklung und des Jahres-Ausgabenvolumens.

Einzelplan 07 – Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen (ab 18.05.2016: Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz)

Personalausgaben und Personalentwicklung:
Das Personalausgabenbudget wird eingehalten. Zu berücksichtigende Faktoren für die Höhe der Personalausgaben sind die drittfinanzierten Stellen der Titelgruppen (TG) 74 und 75 im Kapitel 07 02 und die ebenfalls durch Kopplungsvermerk gedeckten Personalausgaben in der Titelgruppe 75 im Kapitel 07 05. Darüber hinaus wurden im Haushaltsplan 2016 weitere Stellen im Bereich des Kapitels 07 82 (Aufnahmeeinrichtungen für Asylbegehrende (AfA)) geschaffen.
Durch den zusätzlichen Personalbedarf zur Bewältigung der Aufgaben, die mit den in 2015 erheblich gestiegenen Asylbewerber- und Flüchtlingszahlen bei den AfA einhergehen, stiegen die Zahlfälle im Jahr 2016 zunächst weiter an. Im zweiten Halbjahr 2016 ist ein leichter Rückgang zu verbuchen. Die Stelleneinsparungen werden sich jedoch erst zum Ende des Jahres 2017 abbilden. Für das Personal, das von Standortschließungen bzw. Stellenabbau betroffen ist, werden neue Verwendungsmöglichkeiten in der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion und in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes erschlossen. Eine Prognose für Juni 2017 gestaltet sich daher äußerst schwierig.

Sächliche Verwaltungs- und Investitionsausgaben:
Das Soll der Obergruppen 51 bis 54 wurde unter Berücksichtigung von Deckungsfähigkeiten, insbesondere im Bereich der TG 73 (Aufnahmeeinrichtungen für Asylbegehrende) im Kapitel 07 82, sowie durch Mehreinnahmen zur Deckung der Ausgaben bei drittfinanzierten Titelgruppen in den Kapiteln 07 02 und 07 05 eingehalten.

Die Mittel in der Hauptgruppe. 7 wurden für den Umbau / Erweiterung / Rückbau der Aufnahmeeinrichtung(en) für Asylbegehrende aufgrund der im Vorjahr gestiegenen Asylbewerberzahlen verausgabt. Allerdings erstattet der Bund die für Bundesliegenschaften seit 2015 verausgabten Baukosten größtenteils nach Vorlage der letzten Rechnung.

Das Soll zum 31.12.2016 der Obergruppen 81 und 82 wurde ebenfalls unter Berücksichtigung der Deckungsfähigkeiten der TG 73 und 76 des Kapitels 07 82 eingehalten.

Maßnahmen zur Budgeteinhaltung und eingesetzte Steuerungsinstrumente:
Der Einsatz von besonderen Steuerungsinstrumenten war für den Einzelplan 07 (allgemein) bisher nicht erforderlich. Die zur Verfügung stehenden Auswertungsmöglichkeiten (z. B. FMKasse; PAB, IPEMA) reichen bisher aus.

Für den Bereich des „Flüchtlingswesens“ wurde eine landesweite internetbasierte Informationsplattform (sharepoint) eingerichtet zu der die beteiligten Ressorts und Behörden Zugriff haben. Hier werden z.B. die Kapazitäten der Aufnahmeeinrichtungen, die Ist-Ausgaben und die wichtigsten Rahmenbedingung (Verträge, Ansprechpartner usw.) dargestellt. Zudem wurde ein entsprechendes Controlling in Zusammenarbeit mit dem FM eingerichtet.

Einzelplan 08 – Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung (ab 18.05.2016: Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau)

Personalausgaben und Personalentwicklung:
1) steuerbare Personalausgaben
Das Personalausgabenbudget (Ansatz) beträgt im Haushaltsjahr 2016 rd. 39,8 Mio. €. In den Vorjahren sind aufgrund von zeitlich verzögerten Nachbesetzungen Ausgabereste entstanden. Unter Berücksichtigung der Ausgabereste ergibt sich eine Gesamtermächtigung (Soll) von rd. 44,7 Mio. €. Demgegenüber betragen die Ausgaben (Ist) zum 31.12.2016 rd. 40,1 Mio. €.
2) nicht-steuerbare Personalausgaben
Im Einzelplan 08 sind die nicht-steuerbaren Personalausgaben in Kapitel 08 12 zentral veranschlagt. Hierunter zählen im Wesentlichen Versorgungsbezüge und Beihilfen an Beamtinnen und Beamte sowie an Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger. Die nicht-steuerbaren Personalausgaben sind schwer kalkulierbar und unterliegen starken Schwankungen. Das Budget wird seitens des Ministeriums der Finanzen ermittelt und zugewiesen. Der Ansatz beläuft sich im Haushaltsjahr 2016 auf 49,7 Mio. €, das Haushaltssoll auf insgesamt 51,2 Mio. €. Demgegenüber stehen in gleicher Höhe Ist-Ausgaben von insgesamt 51,2 Mio. €. Der Mehrbedarf ist insbesondere im Bereich der Beihilfen mit rd. 0,9 Mio. € und im Bereich der Versorgung mit rd. 0,6 Mio. € aufgrund gestiegener Kosten und allgemein höhere Fallzahlen entstanden (gedeckt durch Minderausgaben bei den nicht-steuerbaren Personalausgaben des Einzelplans 09). Der Anstieg dieser zwangsläufigen Ausgaben ist im Vorfeld nicht kalkulierbar.

Sächliche Verwaltungsausgaben:
Für Sachausgaben sind im Einzelplan 08 insgesamt rd. 14,2 Mio. € veranschlagt. Unter Berücksichtigung vor allem von Ausgaberesten aus Vorjahren, Kopplungseinahmen und Verstärkungen beläuft sich die Gesamtermächtigung auf rd. 16,3 Mio. €. Tatsächlich wurden Ausgaben von rd. 13,1 Mio. €, bei einer Prognose von 15 Mio. €, geleistet. Das zur Verfügung stehende Gesamtbudget konnte eingehalten werden.

Investitionsausgaben:
1) Bauinvestitionen - Hauptgruppe 7
Im Einzelplan 08 ist ausschließlich die Sanierung der landeseigenen ehemaligen Industriemülldeponie Prael, Sprendlingen etatisiert. Die Sanierung und Instandhaltung der Deponie ist eine Daueraufgabe des Landes. Im Haushaltsjahr 2016 stehen neben dem Haushaltsansatz von 0,2 Mio. € Ausgabereste aus Vorjahren in Höhe von rd. 1 Mio. € zur Verfügung, mithin eine Gesamtermächtigung in Höhe von rd. 1,2 Mio. €. Für Baumaßnahmen, Gutachterleistungen, Ingenieurleistungen sowie die 3D-Modellierung der geologischen Verhältnisse wurden Investitionen von rd. 0,4 Mio. € getätigt. Die noch verfügbaren Haushaltsmittel in Höhe von rd. 0,7 Mio. € werden weiterhin für investive Maßnahmen betreffend der Sicherung der Industriemülldeponie benötigt.
2) Sächliche Verwaltungsinvestitionen - Hauptgruppe 8 (OGr. 81 und 82)
Neben dem Haushaltsansatz in Höhe von rd. 0,6 Mio. €, der Ausgabereste aus Vorjahren von rd. 1,4 Mio. € und unter Berücksichtigung von Kopplungseinnahmen und Verstärkungsmittel von rd. 0,25 Mio. € beläuft sich die Gesamtermächtigung somit auf rd. 2,3 Mio. €. Tatsächlich wurden im Haushaltsjahr 2016 Ausgaben i. H. v. rd. 1 Mio. € geleistet. Die danach verbleibenden Ausgabereste in Höhe von rd. 1,4 Mio. € werden im Rahmen der Bonusreglung zur Übertragung in das Haushaltsjahr 2017 angemeldet und könnten für notwendige Ersatzbeschaffungen u. ä. Ausgaben in Anspruch genommen werden.

Maßnahmen zur Budgeteinhaltung und eingesetzte Steuerungsinstrumente:
1) Hauptqruppe 4:
Die kapitelweise Budgeteinhaltung wird durch entsprechende Bewirtschaftungsmaßnahmen sichergestellt. Hierzu werden freiwerdende Stellen wenn möglich nicht oder wenn eine Besetzung zwingend erforderlich ist, zeitlich verzögert nachbesetzt.
Im Ministerium wird als Instrument zur Steuerung, Optimierung und Kontrolle des Mitteleinsatzes ein mit Excel entwickeltes DV-Verfahren eingesetzt. Basierend auf den Ist-Ausgaben wird damit die Mittelkontrolle sichergestellt und die Erstellung von Prognosen durchgeführt. Bis zum 30.06.2017 werden steuerbare Personalausgaben in Höhe von rd. 51,5 Mio. € und nicht-steuerbare Personalausgaben in Höhe von 30,4 Mio. € prognostiziert. Insgesamt werden voraussichtlich mit Personalausgaben in Höhe von 81,9 Mio. € gerechnet.

2) Hauptqruppen 5-8
Wesentliche, das Budget beeinflussende Faktoren, sind bereits unter der Ziffer 1 dargestellt. Vor dem Hintergrund immer knapper werdender Haushaltsmittel wird den Haushaltsgrundsätzen der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Notwendigkeit eine immer größer werdende Bedeutung im Haushaltsvollzug beigemessen. Dies zeigt sich deutlich bei der Bildung neuer Ausgabereste. Neu- und Ersatzbeschaffungen insbesondere in der Obergruppe 81 werden so weit wie möglich in die Zukunft verlagert.
Die Dienststellen bekommen Haushaltsmittel, der Hautgruppen 5 bis 8, zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung zu Beginn eines jeden Haushaltsjahres zugewiesen (Kassenanschlag). Dieses Verfahren hat sich in der Vergangenheit sehr bewährt und trägt den Grundsätzen einer wirtschaftlichen und sparsamen Mittelverwendung Rechnung. Ferner stellt diese Methode eine flexible Haushalts- und Wirtschaftsführung sicher. Die Dienststellen können auf unvorhergesehene Entwicklungen reagieren und Maßnahmen zur Budgeteinhaltung ergreifen.

Einzelplan 09 – Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur (ab 18.05.2016: Ministerium für Bildung)

Anmerkungen
Die Haushaltsansätze der Hauptgruppe 4 der Schulkapitel 09 19 bis 09 35 sind gem. verbindlichem Haushaltsvermerk gegenseitig deckungsfähig, mit Ausnahme der im Kapitel 09 19 für den Schulbereich zentral veranschlagten Ausgaben für Versorgung und Beihilfen, die ihrerseits mit den im Kapitel 09 02 etatisierten Ausgaben für Versorgung und Beihilfe für deckungsfähig erklärt worden sind. Ebenso sind die diesbezüglichen Ausgaben der Kapitel 09 02 und 09 10 gegenseitig deckungsfähig.
Die Darstellung des Berichtes erfasst nicht die Hochschulen mit Globalhaushalt, lediglich die kameral buchenden Hochschulen.
Im Unterschied zum Bericht zum 30.06.2016 sind nunmehr alle Deckungsmöglichkeiten und Kopplungen im Rechenwerk enthalten.

Personalausgaben:
Dem Haushaltssoll in Höhe von 3.566,2 Mio. € steht unter Berücksichtigung von Zuführungen (z. B. Deckungsfähigkeiten, Kopplungen) und Inabgangstellungen und übertragenen Haushaltsresten aus 2015 eine Ist-Ausgabe in Höhe von 3.538,5 Mio. € gegenüber. Damit wurde die Ausgabeermächtigung um rd. 27,6 Mio. € bzw. 0,8 % unterschritten.

Steuerbare Personalausgaben:
Gegenüber dem Haushaltssolls in Höhe von 2.225,2 Mio. € stehen Ist-Ausgaben von rd. 2.221,6 Mio. €. Damit wurden 3,6 Mio. € weniger verausgabt (0,2 %). Im Zuge der Umressortierung wurden bei Kapitel 15 01 außerplanmäßig bewilligte Mittel in Höhe von 181.730 € (für die Leitungsebene des neuen Ministeriums für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur) in Anspruch genommen.

Nicht-steuerbare Personalausgaben:
Hier wurden mit rd. 1.317 Mio. € 1,8 % weniger verausgabt, als das Haushaltssoll in Höhe von 1.341 Mio. € zugelassen hätte. Das sind rd. 24 Mio. €.

Personalentwicklung:
Das Zahlfallergebnis zum 31.12.2016 zeigt, dass die Ende Juni 2016 vorgenommene Prognose um rd. 113 Vollzeitzahlfälle (=0,3 %) zu hoch war. Im Wesentlichen wird dies durch das Kapitel 09 25 bedingt, denn es sind 96,54 Vollzeitzahlfälle weniger im System als prognostiziert und 27,12 Vollzeitzahlfälle im gesamten Schulbereich. Insgesamt ist damit ein gutes Prognoseergebnis erzielt worden.

Der große Personalbestand „Schule“ unterliegt vor allem folgenden Bewegungen:

- ausscheidende Fälle zum Schulhalbjahresende,
- Nachbesetzungen zum Schulhalbjahresbeginn,
- Nachbesetzungen auch für die in die Freistellungsphase der Altersteilzeit gewechselten Lehrkräfte,
- Aufwuchs bei den Studienseminaren durch weitere Ausschöpfung der Kapazitäten. Die Zahlfallprognose zeigt hier einen Aufwuchs,
- neue Altersteilzeitfälle,
- weiterer Aufbau des Ganztagsschulprogramms (Nutzung demografischer Gewinne) sowie
- Ausbau der Inklusion und
- Nachbesetzungen und Neubesetzungen bei der ADD und dem pädagogischen Landesinstitut werden nur dann vorgenommen, wenn sie sachlich geboten sind. In den Bereichen Hochschule und Kultur erfolgt die Besetzung der Stellen im Rahmen des vorgegebenen Budgets unter Berücksichtigung der Hochschulspezifika.

Entwicklung Schulbereich:
Oberstes Ziel ist es, eine gute Unterrichtsversorgung zu sichern. Auf der Grundlage der Erkenntnisse des Jahres 2015 war zu erwarten, dass die Schülerzahl steigen wird. Deshalb wurden zum Schuljahresbeginn 2016/2017 zusätzlich 270 Planstellen geschaffen. Damit konnte der Bedarf aufgrund zusätzlicher Oberstufen bei den Integrierten Gesamtschulen, Inklusion, Ausbau Ganztagsschulen und Sprachförderung gedeckt werden. Der zum 01.08.2016 ursprünglich geplante Ausbau des Vertretungspools wurde auf den 01.02.2017 verschoben. Der Ausbau hat mittlerweile stattgefunden. Er wird finanziert durch den Abbau von Vertretungsmitteln. Für die zusätzlichen 270 Stellen wurde im Doppelhaushalt 2017/2018 Vorsorge getroffen. Der zur Finanzierung in 2016 gestellte üpl.- Antrag in Höhe von 4,9 Mio. € musste wegen des günstigen Budgetverlaufs nicht in Anspruch genommen werden.
Auch weiterhin ist die Schülerzahlentwicklung nicht sicher zu prognostizieren. Insbesondere Langfristprognosen sind unmöglich.

Sächliche Verwaltungsausgaben:
Unter Berücksichtigung von Zuführungen und Inabgangstellungen ergab sich ein Haushaltssoll in Höhe von 169,1 Mio. €. Das Ist beträgt am 31.12.2016 insgesamt 129,8 Mio. €. Das Ausgabensoll wurde um 23,2 % oder 39,3 Mio. € unterschritten.

Sächliche Investitionsausgaben:
Unter Berücksichtig von Zuführungen und Inabgangstellungen betrug die Ausgabenermächtigung 27,5 Mio.€. Das Ist am 31.12.2016 belief sich auf 11,2 Mio. €. Das Ausgabensoll wurde nur zu 40,8 % in Anspruch genommen; 16,3 Mio. € wurden nicht verausgabt.
Die investiven Mittel der Hauptgruppe 7 mit einem Ansatzvolumen von 0,8 Mio. € wurden durch Inabgangstellung von 0,6 Mio. € nach Kapitel 09 41 auf 0,2 Mio. € reduziert. Das verbliebene Volumen wurde komplett verausgabt.

Maßnahmen zur Budgeteinhaltung und eingesetzte Steuerungsinstrumente:
Das überarbeitete Budgetierungsmodul wird für den Einzelplan 09, den größten Personalkörper des Landes, als Kontroll- und Vergleichsinstrument zu den eigenen Berechnungen teilweise eingesetzt.
Seitens des Ressorts wurden u.a. Dateien entwickelt, die notwendiges Zahlenmaterial, wie Haushaltssoll und aktuelle Ist-Ausgaben, aus der vom Finanzministerium bereitgestellten Datei FMKasse beziehen. Derzeit werden folgende Dateien genutzt:

- Datei FMKasse.XLS,
- Datei Personal.XLS,
- Budgetierungsdatensatz,
- Stellenbewirtschaftungsprogramm Schule,
- eigene Zahlfall- und Ausgabenanalysen 1996-2016,
- Kontrollrechnungen mittels PAB (für einzelne Bereiche).

Einzelplan 10 – Rechnungshof

Personalausgaben und Personalentwicklung:
Im Haushaltsjahr 2016 wurden bei den steuerbaren Personalausgaben rd. 1,7 Mio. € und bei den nicht-steuerbaren rd. 0,3 Mio. € des Budgets nicht in Anspruch genommen.
Dem Abgang von sechs Bediensteten standen im Berichtszeitraum vier Personalzugänge gegenüber. In der ersten Hälfte des Jahres 2017 wird sich der Stellenbesetzungsgrad aufgrund von bereits feststehenden Neueinstellungen und weiteren Ausschreibungen voraussichtlich wieder erhöhen.

Sächliche Verwaltungs- und Investitionsausgaben:
Entsprechend der bisherigen Praxis hat sich der Rechnungshof Rheinland-Pfalz auch in diesem Jahr auf freiwilliger Basis an der Bewirtschaftungsvorgabe für die Ausgaben der Hauptgruppen 5 bis 8 nach Nr. 2.1 der Verwaltungsvorschrift zur Haushalts- und Wirtschaftsführung der Landesverwaltung im Haushaltsjahr 2016 beteiligt.
Gegenüber dem Ansatz 2016 sind Mehrausgaben entstanden insbesondere beim Geschäftsbedarf, bei der Aus- und Fortbildung, im IT-Bereich sowie bei der Haftung für Schadenersatz. Die Mehrausgaben, die über die zur Bewirtschaftung freigegebenen bereinigten Ausgaben hinausgehen, können durch die Minderausgaben bei der Hauptgruppe 4 gedeckt werden.

Maßnahmen zur Budgeteinhaltung und eingesetzte Steuerungsinstrumente:
Über die sparsame und wirtschaftliche Inanspruchnahme der erteilten Ausgabeermächtigungen hinausgehende besondere Organisations- und Bewirtschaftungsmaßnahmen sowie Instrumente zur Steuerung, Optimierung und Kontrolle des Mitteleinsatzes der Obergruppen 51 bis 54 (ohne Gruppen 529 und 531) sowie 81 und 82 sind im Haushaltsjahr 2016 nicht erforderlich geworden. Die Steuerung der Ausgaben der Hauptgruppe 4 erfolgt über eine mittelfristige Personalplanung mit entsprechenden Modellrechnungen auch mit Hilfe des Moduls zur Personalausgabenbudgetierung.

Einzelplan 14 – Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten (ab 18.05.2016: Ministerium für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten)

Personalausgaben und Personalentwicklung:

Die Personalausgaben zum 31.12.2016 stellen sich bezogen auf den Haushaltsansatz und die Ist-Ausgaben 2016 wie folgt dar (in Mio. €, gerundet):

Bereich	Haushaltsansatz 2016	Ist 2016	Abweichung	Inanspruchnahme
steuerbare PA	131,9	127,7	- 4,2	96,8 %
Nicht-steuerbare PA	58,6	57,2	- 1,4	97,6 %
Gesamt	190,5	184,9	- 5,6	97 %

Die Abweichungen bei den steuerbaren Personalausgaben sind u.a. bedingt durch

- teilweise noch nicht nachgewiesene Ausgaben in Nachbesetzungsverfahren sowie
- restriktive Personalbewirtschaftung auf Grund veränderter Vorgaben zum Zahlfall- und Stellenabbau 2016 bis 2020 in der Landesverwaltung.

Die Abweichung bei den nicht-steuerbaren Personalausgaben (insbesondere Versorgungsausgaben, Beihilfen) liegt in der üblichen Bandbreite. Insbesondere die Ausgabenentwicklung im Bereich der Beihilfen (Gruppen 441 und 446) ist bei der Veranschlagung nur mit relativ hohen Unsicherheiten prognostizierbar.

Zum 30.06.2017 werden Personalausgaben in Höhe von insgesamt rd. 82,4 Mio. € prognostiziert, davon

- 48,8 Mio. € steuerbare Personalausgaben und
- 33,6 Mio. € nicht-steuerbare Personalausgaben.

Zum 30.06.2017 wird sich die Anzahl der Zahlfälle im Einzelplan 14 gegenüber Dezember 2016 auf voraussichtlich rd. 1.466 Vollzeitäquivalente (VZÄ) verringern. Maßgeblich hierfür ist die Neuorganisation der Landesregierung.
Umgesetzt wurden

- Rd. 1.175 VZÄ (Landwirtschaftsverwaltung) in den Einzelplan (EPL) 08,
- Rd. 190 VZÄ (Klimaschutz, Umwelttechnologie, Kreislaufwirtschaft) aus dem EPL 08 in den EPL 14,
- rd. 260 VZÄ (gesundheitlicher Verbraucherschutz) aus dem EPL 05 in den EPL 14.

Die Prognoserechnungen zu Budget und Zahlfällen zum 30.06.2017 können nur auf einer vorläufigen Datenbasis erfolgen, da die bis zum 01.01.2017 eingetretenen Auswirkungen aus der Neuorganisation noch nicht in den vom Landesamt der Finanzen bereitgestellten Daten berücksichtigt sind. Insofern können Abweichungen von den geschätzten Werten nicht ausgeschlossen werden.

Sächliche Verwaltungsausgaben:
Die Ist-Ausgaben belaufen sich zum 31.12.2016 auf rd. 44,3 Mio. € und liegen somit unter der Prognose von rd. 49,3 Mio. €. Die 2016 veranschlagten Ansätze wurden fast vollständig in Anspruch genommen.
Teilweise ist die Haushaltsermächtigung 2016 auf zweckgebundene Einnahmen zurückzuführen, die nur Zug um Zug entsprechend den Projektabläufen in Anspruch genommen werden. Weitere Ausgabereste ergeben sich aus verzögerten Mittelabflüssen bei komplexen, mehrjährigen Maßnahmen. Die nicht kassenwirksam gewordenen Mittel werden im Rahmen der sog. Bonusregelung beim Ministerium der Finanzen zur Übertragung in das Haushaltsjahr 2017 angemeldet.

Der Ansatz in den Obergruppen 51bis 54 (ohne die Gruppen 529 und 531) beläuft sich im Haushaltsplan 2017 nach neuem Ressortzuschnitt auf rd. 38,6 Mio. € (ohne Berücksichtigung der globalen Minderausgaben). Zum 30.06.2017 werden die Sachausgaben auf insgesamt rd. 16,2 Mio. € prognostiziert.

Investitionsausgaben:
Bauinvestitionen
Die Ist-Ausgaben zum 31.12.2016 beliefen sich in der Hauptgruppe 7 des Einzelplans 14 auf rd. 14,6 Mio. €.
Im Vordergrund stehen/standen hierbei der Bau von Retentionsräumen sowie die Verstärkung von Deichen an Gewässern I. Ordnung. Somit wurden die Ansätze der Hauptgruppe 7 nahezu komplett in Anspruch genommen. Die Abweichung der Ist-Ausgaben in Bezug auf das Soll i.H.v. rd. 57,9 Mio. € ist zurückzuführen auf Verzögerungen bei der Realisierung der Baumaßnahmen sowie teilweise verzögerte Abrechnungen der Baumaßnahmen. Nicht im Haushaltsjahr 2016 abgeflossene Mittel sind in der weiteren Projektfinanzierung gebunden und werden ebenso im Rahmen der Resteübertragung beim Ministerium der Finanzen angemeldet.
Bis zum Stichtag 30.06.2017 werden Ausgaben i.H.v. rd. 16 Mio. € prognostiziert. Zusätzlich zu der erschwerten Erstellung der Prognosen aufgrund der Umressortierung ist der Mittelabfluss bei den Baumaßnahmen der Hauptgruppe 7 nur schwer prognostizierbar und insbesondere abhängig von Faktoren wie z.B. Erteilung von Baurecht, Rechtschutzverfahren, die den Baufortschritt verzögern Fortschritt der Maßnahmen, Mittelabrufe der beauftragten Unternehmen einschl. Prüfung der Anforderungen und auch von nicht vorhersehbaren Witterungseinflüssen.

Sonstige Investitionen
Zum 31.12.2016 betrugen die Ist-Ausgaben rd. 7,9 Mio. €. Die Ansätze für das Haushaltsjahr 2016 wurden somit weitgehend in Anspruch genommen.
Die Veranschlagung innerhalb der Obergruppen 81 und 82 erfolgte entsprechend der regulären Nutzungsdauer der jeweiligen Investitionsgüter. Soweit es sachlich vertretbar ist, werden die Ausstattungsgegenstände über die übliche Nutzungsdauer hinaus genutzt. Vor dem Hintergrund dieser effizienten Wirtschaftsweise entstehen Ausgabereste. Diese werden ebenso im Rahmen der Bonusregelung zur Übertragung ins Haushaltsjahr 2017 angemeldet.
Zum Stichtag 30.06.2017 wird nach neuer Ressortzuständigkeit voraussichtlich mit einem Ausgabevolumen von rd. 5,1 Mio. € prognostiziert.

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2016
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 03 22 im Haushaltsjahr 2016
Aufgabenbereich: Vermessungs- und Katasterverwaltung

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2015[1)]	Planwert zum 30.06.2016[1)]	Istwert zum 30.06.2016[1)]	Abweichung[1)]	Abweichung [%][1)]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2016[1)]	Istwert zum 31.12.2016[1)]	Abweichung[1)]	Abweichung [%][1)]	Prognosewert zum 30.06.2017[1)]	Zielerreichung zum Berichtstag[2)] ▲►▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Strukturierte Qualitätsverbesserung des Liegenschaftskatasters

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Seit dem Jahr 2005 liegt neben der Liegenschaftsbeschreibung auch die Liegenschaftskarte landesweit flächendeckend als digitaler Datenbestand vor (Automatisierte Liegenschaftskarte - ALK). Mit der zunehmenden Verwendung dieser Geobasisinformationen in graphischen Informationssystemen anderer Fachdisziplinen steigen die Anforderungen an deren inhaltliche und geometrische Qualität. Zunehmend wird dabei jedoch festgestellt, dass das Liegenschaftskataster diesen gesteigerten Erwartungen in Teilbereichen nicht entspricht. Unzulänglichkeiten werden insbesondere dann sichtbar, wenn die aus der Liegenschaftskarte ermittelte Flurstücksfläche nicht mit der "amtlichen Fläche" in der Liegenschaftsbeschreibung übereinstimmt. Ursache sind dabei größtenteils historisch bedingte Mängel einer in Teilen fast 200 Jahre alten Vermessungsgrundlage. Auf wirtschaftliche Art und Weise sollen in den nächsten 15 Jahren gemarkungsweise - vorrangig in den bebauten Bereichen und den landwirtschaftlich genutzten Flächen - die Ursachen für die Mängel untersucht und bereinigt werden. Die Qualität des Liegenschaftskatasters soll mit diesem Leistungsauftrag landesweit an den technischen und rechtlichen Anspruch der Kunden an die Geobasisinformationen herangeführt werden. Von 2009 bis zum Jahr 2023 sollen 1.055 der ca. 3.000 Gemarkungen des Landes untersucht und bereinigt werden. Eine jährliche Leistung von 100 Gemarkungen bis 2013, 75 Gemarkungen daran anschließend bis 2017 und 50 Gemarkungen daran anschließend bis 2023 wird angestrebt.

Ziel:	Zielgröße(n)		Zeit	Beginn	Ende	Soll	Stand
	Gemarkungen	rd. 1.055	15 Jahre	01.01.2009	31.12.2023	680	723

Mengen											
Bereinigte Gemarkungen Haushalt 2010	610	645	655	10	1,6%	680	723	43	6,3%	718	▲

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Aufbau eines digitalen Oberflächenmodells für Rheinland-Pfalz

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Die Geobasisinformationen des amtlichen Vermessungswesens modellieren bisher grundsätzlich die dreidimensionale Ausformung der Erdoberfläche in Form eines gleichmäßigen Punktrasters mit Höheninformationen (Digitales Geländemodell - DGM). Differenzierte Fachanwendungen aus den Bereichen Raumordnung und Landesplanung, Bauleitplanung und städtebauliche Entwicklungsplanung oder Umwelt- und Hochwasserschutz erfordern zunehmend ein Digitales Oberflächenmodell (DOM), das präzise dreidimensionale Informationen über die höhenmäßige Ausformung der Erdoberfläche einschließlich der auf ihr befindlichen Gebäude und topographischen Objekte liefert. Das über Laserscanning-Verfahren erhobene DOM wird im Hochwasserschutz, in der Archäologie und der Denkmalpflege, für die Simulation von Immissionen (Lärm, Luft) und Bodenerosionen (Cross Compliance), in der Tourismusbranche und in der Wirtschaftsförderung, im Katastrophenschutz (Rettungsdienste), in der Navigationstechnik und in der Telekommunikation benötigt. Das DOM soll in den kommenden zehn Jahren sukzessive entsprechend den Anforderungen der Kunden flächendeckend aufgebaut werden. Der Aufbau des DOM soll von 2009 bis zum Jahr 2019 erfolgen. Eine jährliche Leistung von 2.000 km² bis zum Jahr 2011 und anschließend von 1.750 km² wird angestrebt.

Ziel:	Zielgröße(n)		Zeit	Beginn	Ende	Soll	Stand
	km²	ca. 20.000	11 Jahre	01.01.2009	31.12.2019	14.750	18.478

Mengen											
Fertiggestelltes DOM in km²	16.873	13.875	17.674	3.799	27,4%	14.750	18.478	3.728	25,3%	15.625	▲

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲
bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ►
bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2016
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 04 04 im Haushaltsjahr 2016
Aufgabenbereich: Steuerverwaltung

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2015	Planwert zum 30.06.2016	Istwert zum 30.06.2016	Abweichung	Abweichung [%]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2016	Istwert zum 31.12.2016	Abweichung	Abweichung [%]	Prognosewert zum 30.06.2017	Zielerreichung zum Berichtstag [1] ▲ ► ▼
Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs: Finanzämter in Rheinland-Pfalz (derzeit noch nicht alle Aufgabenbereiche erfasst)											
Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen: Kennzahlen aus dem Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern											
Arbeitnehmerstelle											
Abweichungsquote (Mehrergebnis) ohne Fälle unter 100 €	14,1%	-	14,1%	-	-	13,0%	14,5%	1,5%	11,5%	-	▲
Durchschn. Mehrergebnis pro Erstveranlagung in € [2]	*103 €*	-	*95 €*	-	-	-	*100 €*	-	-	-	-
Durchschn. Laufzeit einer Veranlagung in Tagen (Eingang bis Absendung)	38,5	-	36,9	-	-	42,0	37,3	4,7	11,2%	-	▲
Erledigungsquote der eingegangenen Erklärungen letzter Veranlagungszeitraum	97,9%	-	84,9%	-	-	98,0%	98,3%	0,3%	0,3%	-	▲
Erledigungsquote der zu erwartenden Pflichtveranlagungen	87,5%	-	44,3%	-	-	86,0%	89,1%	3,1%	3,6%	-	▲
Einspruchsquote	*3,2%*	-	*2,3%*	-	-	-	*2,9%*	-	-	-	-
Altfallquote Einsprüche (ANSt) > 3 Monate [3]	37,1%	-	29,0%	-	-	25,0%	24,4%	0,6%	2,4%	-	▲
Gesamtpersonaleinsatz in Minuten pro Einkommensteuerbescheid [2]	*69,4*	-	-	-	-	-	*66*	-	-	-	-
Gesamtkosten in € pro Einkommensteuerbescheid [2]	*48 €*	-	-	-	-	-	*49 €*	-	-	-	-
Allgemeine Veranlagungsstelle (AVSt)											
Abweichungsquote (Mehrergebnis) ESt ohne Fälle unter 100 €	18,1%	-	18,3%	-	-	17,0%	18,8%	1,8%	10,6%	-	▲
Durchschn. Mehrergebnis pro ESt-Erstveranl. in € [2]	*216 €*	-	*208 €*	-	-	-	*215 €*	-	-	-	-
Durchschn. Laufzeit einer ESt-Veranlagung in Tagen (Eingang bis Absendung)	53,2	-	49,8	-	-	54,0	50,7	3,3	6,1%	-	▲
Erledigungsquote der zu erwartenden ESt-Veranlagungen letzter Veranlagungszeitraum	57,9%	-	19,2%	-	-	56,0%	59,9%	3,9%	7,0%	-	▲
Erledigungsquote der zu erwartenden ESt-Veranlagungen vorletzter Veranlagungszeitraum	98,4%	-	90,6%	-	-	98,5%	98,5%	0,0%	0,0%	-	▲
Einspruchsquote [3]	*4,2%*	-	*3,6%*	-	-	-	*4,2%*	-	-	-	-
Altfallquote Einsprüche (Veranlagung) > 12 Monate [3]	22,7%	-	19,1%	-	-	25,0%	15,7%	9,3%	37,2%	-	▲
Erledigungsquote der zu erwartenden Feststellungen letzter Feststellungszeitraum	49,6%	-	14,0%	-	-	49,0%	51,2%	2,2%	4,5%	-	▲
Erledigungsquote der zu erwartenden Feststellungen vorletzter Feststellungszeitraum	97,7%	-	87,9%	-	-	97,5%	97,9%	0,4%	0,4%	-	▲
Gesamtpersonaleinsatz in Minuten pro Einkommensteuer-/ Feststellungsbescheid [2]	*176*	-	-	-	-	-	*170*	-	-	-	-
Gesamtkosten in € pro Einkommensteuer-/ Feststellungsbescheid [2]	*125 €*	-	-	-	-	-	*129 €*	-	-	-	-
Personengesellschaften (Feststellung)											
Erledigungsquote der zu erwartenden Feststellungen letzter Feststellungszeitraum	40,2%	-	6,1%	-	-	42,0%	45,3%	3,3%	7,9%	-	▲
Erledigungsquote der zu erwartenden Feststellungen vorletzter Feststellungszeitraum	97,1%	-	86,6%	-	-	97,5%	97,6%	0,1%	0,1%	-	▲
Veranlagungsstelle für Körperschaften											
Durchschn. Laufzeit einer KSt-Veranlagung in Tagen (Eingang bis Absendung)	57,7	-	60,7	-	-	56,0	58,0	-2,0	-3,6%	-	►
Erledigungsquote der zu erwartenden KSt-Veranlagungen letzter Veranlagungszeitraum	47,0%	-	9,6%	-	-	47,0%	48,6%	1,6%	3,4%	-	▲
Erledigungsquote der zu erwartenden KSt-Veranlagungen vorletzter Veranlagungszeitraum	98,6%	-	92,4%	-	-	98,0%	98,6%	0,6%	0,6%	-	▲
Altfallquote Einsprüche (KSt) > 12 Monate [3]	29,8%	-	24,3%	-	-	25,0%	24,5%	0,5%	2,0%	-	▲
Rechtsbehelfsstelle											
Altfallquote Einsprüche (Abgabe an RbSt > 12 Mon.) [3]	19,8%	-	19,4%	-	-	20,0%	17,5%	2,5%	12,5%	-	▲
Umsatzsteuer-Sonderprüfung											
Durchschn. Fallzahl USt-Sonderprüfungen pro vorhandenem Prüfer	54,9	-	28,4	-	-	57,0	55,6	-1,4	-2,5%	-	►
Nullfallquote	22,2%	-	23,2%	-	-	25,0%	22,7%	2,3%	9,2%	-	▲
Bagatellquote (Mehrergebnisse > 0 bis 500 €)	9,3%	-	9,0%	-	-	10,0%	8,8%	1,2%	12,0%	-	▲
Durchschnittlicher Prüfungszeitraum	9,2	-	9,7	-	-	11,0	9,6	1,4	12,7%	-	▲
Nachschauen	21,9%		22,8%	-	-	15-30%	25,9%	0,0%	0,0%	-	▲

Anlage 10

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2016
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 04 04 im Haushaltsjahr 2016
Aufgabenbereich: Steuerverwaltung

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2015	Planwert zum 30.06.2016	Istwert zum 30.06.2016	Abweichung	Abweichung [%]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2016	Istwert zum 31.12.2016	Abweichung	Abweichung [%]	Prognosewert zum 30.06.2017	Zielerreichung zum Berichtstag [1] ▲ ► ▼
Betriebsprüfung											
Null- und Bagatellfallquote											
G3-Betriebe, von Großbetriebsprüfern geprüft (≥ 0 ≤5.000 €)	32,8%	-	33,3%	-	-	34,0%	34,2%	0,2%	0,6%	-	►
M-Betriebe (≥ 0 ≤ 2.500 €)	35,8%	-	34,8%	-	-	35,0%	34,6%	-0,4%	-1,1%	-	►
K-Betriebe (≥ 0 ≤ 2.500 €)	41,0%	-	37,5%	-	-	40,0%	38,2%	-1,8%	-4,5%	-	►
Kst-Betriebe (≥ 0 ≤ 2.500 €)	44,9%	-	42,7%	-	-	45,0%	43,3%	-1,7%	-3,8%	-	►
Prüfungsturnus (in Jahren)											
G3-Betriebe	4,4	-	5,2	-	-	5,0	4,7	-0,3	-5,8%	-	►
M-Betriebe	12,2	-	12,3	-	-	12,5	11,8	-0,7	-5,8%	-	►
K-Betriebe	22,8	-	25,0	-	-	25,0	24,1	-0,9	-3,7%	-	►
Prüfquote				-	-						
Stpfl. mit bedeutenden Einkünften	9,84%	-	3,7%	-	-	8,0%	10,8%	2,8%	34,5%	-	▲
Durchschnittlich letztes Prüfungsjahr											
G1-Betriebe	2.012,09	-	2.012,78	-	-	2.013,10	2.013,10	0,0	0,0%	-	▲
G2-Betriebe	2.012,64	-	2.013,35	-	-	2.013,50	2.013,48	0,0	0,0%	-	▲
Lohnsteueraußenprüfung											
A1-Betriebe Prüfquote (in %)	25,4%	-	24,4%	-	-	22,5%	25,1%	2,6%	11,6%	-	▲
A2-Betriebe Prüfquote (in %)	20,0%	-	23,3%	-	-	21,3%	22,5%	1,2%	5,6%	-	▲
Finanzamt -alle Bereiche- [2]											
Kundenzufriedenheit / Befragung der Besucher im Finanzamt 2008	*1,53*	-	*1,53*	-	-	-	*1,53*	-	-	-	-
Kundenzufriedenheit / Postalische Befragung Steuerberater und Lohnsteuerhilfevereine 2009	*2,45*	-	*2,45*	-	-	-	*2,45*	-	-	-	-
Mitarbeiterzufriedenheit aller Beschäftigten im Finanzamt 2010 / 2016	*2,78*	-	*2,89*	-	-	-	*2,89*	-	-	-	-
Fortbildung der Bediensteten [2]											
Zahl der Veranstaltungen	*775*	-	*370*	-	-	-	*759*	-	-	-	-
davon Fortbildung in Kommunikation / Serviceorientierung	*138*	-	*65*	-	-	-	*120*	-	-	-	-
davon Fremdsprachliche Fortbildung	*3*	-	*2*	-	-	-	*4*	-	-	-	-
Zahl der Teilnehmer/-innen	*9.394*	-	*4.668*	-	-	-	*9.363*	-	-	-	-
davon Fortbildung in Kommunikation / Serviceorientierung	*783*	-	*511*	-	-	-	*933*	-	-	-	-
davon Fremdsprachliche Fortbildung	*10*	-	*2*	-	-	-	*5*	-	-	-	-
Anzahl der Fortbildungstage	*17.169*	-	*7.894*	-	-	-	*16.539*	-	-	-	-
davon Fortbildung in Kommunikation / Serviceorientierung	*1.739*	-	*784*	-	-	-	*1.601*	-	-	-	-
davon Fremdsprachliche Fortbildung	*127*	-	*30*	-	-	-	*53*	-	-	-	-

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Veranlagungsstelle für Körperschaften: Der Zielwert zur durchschn. Laufzeit von max. 56 Tagen wird mit 58 Tagen wie im Vorjahr nicht erreicht (Auswirkung der Finanzämterfusion 2015)

1) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲
bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ►
bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

2) Keine Zielvereinbarungskennzahl

3) Die Altfallquoten Einsprüche enthalten auch Masseneinspruchsverfahren.

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2016
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 06 02 im Haushaltsjahr 2016
Aufgabenbereich: Arbeitsmarktpolitische Förderung

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2015 [1]	Planwert zum 30.06.2016 [1]	Istwert zum 30.06.2016 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2016 [1]	Istwert zum 31.12.2016 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 30.06.2017 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Das Land fördert Projekte zur Anpassung der Unternehmen und ihrer Beschäftigten an den fortschreitenden Wandel der Arbeitswelt insbesondere aufgrund der demografischen und technologischen Entwicklung. Dabei werden Maßnahmen zur Stärkung von kleinen und mittleren Unternehmen und ihren Beschäftigten unterstützt, die auf eine Sensibilisierung insbesondere beim Kompetenzerhalt und -entwicklung, bei Betrieblichem Gesundheitsmanagement, der Arbeitsorganisation, bei Führung und Kommunikation sowie bei der Personalgewinnung und Arbeitgeberattraktivität abzielen. Dazu gehören desweiteren Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Präventiver Ansatz zur Anpassung der Arbeitskräfte und Unternehmen an den Wandel.

Zukunftsfähige Unternehmen und Beschäftigte											
Zahl der Projekte	35	31	30	-1	-3%	30	27	-3	-10%	24	►
Zahl zu erreichender Personen / KMU	ca. 910	ca. 470	ca. 470	0	0%	ca. 470	ca. 370	-100	-21%	ca. 310	▼

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Das Projekt "Nachqualifizierung in der Pfalz" der Handwerkskammer der Pfalz konnte aufgrund personeller Besetzungsprobleme nicht durchgeführt werden; bei zwei Projekten verkürzte sich die Laufzeit aufgrund von personellen Wechseln und nicht möglicher Nachbesetzung für die Restlaufzeit der Projekte. Die restlichen Projekte wurden wie geplant umgesetzt.

ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 1.647.889,52 €; Landesmittel: 2.035.527,54 €

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Zentrale Aufgabe der Beschäftigungskonversion ist es, den unmittelbar und mittelbar vom Truppenabbau betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern der US-Streitkräfte und der Bundeswehr Chancen zur Wiedereingliederung auf dem zivilen Arbeitsmarkt zu eröffnen. Zentrale Instrumente sind Outplacement-Beratung, Arbeitsvermittlung, Bildungsmanagement und Organisationsentwicklungsmaßnahmen an den Standorten. Darüber hinaus werden Weiterbildungsangebote entwickelt und durchgeführt, die darauf abzielen, die Vermittlungsfähigkeit dieser Personen auf den zivilen Arbeitsmärkten zu erhöhen.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Unterstützung bei der Integration von der Konversion Betroffener in den Arbeitsmarkt.

Konversion											
Zahl der Projekte	3	3	3	0	0%	3	3	0	0%	3	▲
Zahl zu erreichender Personen	ca. 4.464	ca. 4.485	ca. 4.567	82	2%	ca. 4.587	ca. 4.609	22	0%	ca. 2.300	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Das Programm konnte wie geplant durchgeführt werden.

Konversionsmittel: 1.215.666,35 €

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Die Projekte dienen der Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit von arbeitslosen und/oder nicht erwerbstätigen Langzeitleistungsbeziehenden als besonders benachteiligte Zielgruppe. Damit sollen mittel- bis langfristig auch die Chancen auf eine Vermittlung in Arbeit erhöht und das Armutsrisiko vermindert werden. Weiterhin richten sich die Maßnahmen an Personen im Langzeitleistungsbezug des SGB II, die bislang nicht über die erforderlichen Voraussetzungen für die Ausbildung im Rahmen der Altenpflegehilfe verfügen. Durch die Maßnahmen soll neben der gezielten Gewinnung von Fachkräften in der Pflege zudem der Verfestigung der Arbeitslosigkeit im Bereich des SGB II entgegengewirkt werden.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Aktive Inklusion durch die Förderung der Beschäftigungsfähigkeit.

Projekte für Langzeitleistungsbeziehende											
Zahl der Projekte	62	54	56	2	4%	54	53	-1	-2%	39	►
Zahl zu erreichender Personen	ca. 1943	ca. 1.421	ca. 1.439	18	1%	ca. 1.413	ca. 1.743	330	23%	ca. 1.328	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Ein Projekt ("Vorbereitung auf die Altenpflegehilfeprüfung Ludwigshafen" des Trägers Arbeitskreis für Aus- und Weiterbildung e. V.) konnte mangels Teilnehmender nicht umgesetzt werden, das Programm konnte ansonsten wie geplant durchgeführt werden.

ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 4.732.161,33 €; Landesmittel: 1.305.392,00 €

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Die Job-Füxe unterstützen Schülerinnen und Schüler in Schulen mit dem Bildungsgang "Berufsreife" im Übergang zwischen Schul- und Berufssystem und helfen, den Einstieg in ein qualifiziertes Berufsleben zu bewältigen. Damit fördern sie die dauerhafte berufliche und soziale Integration von jungen Menschen frühzeitig und ermöglichen ihnen langfristig den selbständigen Erwerb ihres Lebensunterhalts durch eine berufliche Tätigkeit. Die Job-Füxe sind besonders in den Abgangsklassen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für Schülerinnen und Schüler, deren Eltern, die Schule sowie für Ausbildungsbetriebe.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Begleitung des Übergangs von Schulen mit Bildungsgang Berufsreife in den Beruf; Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.

Job-Füxe											
Zahl der Job-Füxe	29	29	28	-1	-3%	30	30	0	0%	30	▲
Zahl zu erreichender Schülerinnen und Schüler	ca. 4550	ca. 4.550	ca. 4.428	-122	-3%	ca. 2.839	ca. 2.742	-97	-3%	ca. 2.742	►

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Das Programm konnte wie geplant durchgeführt werden. Die leichte Abweichung im Bereich der Teilnehmendenzahlen ist auf Prognosewerte zurückzuführen.

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2016
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 06 02 im Haushaltsjahr 2016
Aufgabenbereich: Arbeitsmarktpolitische Förderung

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2015 [1]	Planwert zum 30.06.2016 [1]	Istwert zum 30.06.2016 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2016 [1]	Istwert zum 31.12.2016 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 30.06.2017 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼

ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 678.139,03 €; Landesmittel: 271.255,69 €

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:
Jugendliche sollen sich frühzeitig mit ihren eigenen beruflichen Perspektiven befassen und eine möglichst umfassende Berufsorientierung erhalten. Berufswunsch und Ausbildungsmöglichkeiten sollen passgenau miteinander in Einklang gebracht werden.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Verbesserung der Berufswahlkompetenz

Projekte der beruflichen Orientierung											
Zahl der Projekte	0	1	1	0	0%	1	1	0	0%	1	▲
Zahl zu erreichender Jugendlicher	0	ca. 300	ca. 300	0	0%	ca. 300	ca. 300	0	0%	ca. 400	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Das Programm konnte wie geplant durchgeführt werden.

ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 260.377,11 €; Landesmittel: - €

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:
Die Jugend-Scouts sollen arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren durch eine Vor-Ort-Beratung erreichen, die wegen persönlicher Merkmale vorhandene Angebote zur beruflichen Eingliederung nicht oder nicht mehr in Anspruch nehmen oder noch nicht eingegliedert werden konnten. Diese Hilfestellung soll die dauerhafte Eingliederung der arbeitslosen Jugendlichen in das Ausbildungs- und Beschäftigungssystem unterstützen.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Unterstützung arbeitsloser Jugendlicher zur Integration in den Arbeitsmarkt.

Jugend-Scouts											
Zahl der Jugend-Scouts	20	20	20	0	0%	21	19	-2	-10%	19	►
Zahl zu erreichender Jugendlicher	ca. 1.315	ca. 1.315	ca. 1.315	0	0%	ca. 1.222	ca. 1.122	-100	-8%	ca. 1.122	►

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Das Projekt der Kreisverwaltung Birkenfeld wurde mangels personeller Besetzung storniert. Der Landkreis Trier-Saarburg hat das Projekt aufgrund trägerseitig vorgenommer konzeptioneller Anpassungen bei der regionalen Arbeit im Übergangsbereich storniert. Die restlichen Projekte konnten wie geplant durchgeführt werden.

ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 466.760,46 €; Landesmittel: 186.704,21 €

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:
Diese Projekte richten sich u.a. an Jugendliche (U25), die bereits am Übergang von der Schule in eine Berufsausbildung gescheitert sind oder an solche die im Rahmen des Übergangs erstmals Unterstützung benötigen. Diese sollen dazu motiviert werden, ihre Schulausbildung fortzusetzen oder eine Berufsausbildung aufzunehmen.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Erhöhung der Ausbildungsreife und Ausbildungsfähigkeit von Jugendlichen.

Verbesserung der Ausbildungschancen für Jugendliche											
Zahl der Projekte	23	21	20	-1	-5%	19	19	0	0%	15	▲
Zahl zu erreichender Jugendlicher	ca. 1.069	ca. 1.000	ca. 901	-99	-10%	ca. 889	ca. 889	0	0%	ca. 772	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Das Programm konnte wie geplant durchgeführt werden.

ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 1.737.104,72 €; Landesmittel: 551.186,23 €

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:
Für Jugendliche, denen es aufgrund ihrer persönlichen Voraussetzungen nicht gelingt, einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu finden und die auch nicht für eine Berufsvorbereitung im Rahmen einer berufsvorbereitenden Maßnahme geeignet sind und denen keine andere arbeitsmarktpolitische Integrationsmaßnahme angeboten wurde, werden in diesem Ansatz berufshinführende Maßnahmen durchgeführt. Zudem erfolgt eine intensive sozialpädagogische Betreuung. Damit werden die Chancen der Jugendlichen auf einen Berufseinstieg verbessert.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Integration arbeitsloser Jugendlicher in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.

Fit für den Job											
Zahl der Projekte	22	20	20	0	0%	20	20	0	0%	20	▲
Zahl zu erreichender Jugendlicher	ca. 510	ca. 445	ca. 443	-2	0%	ca. 443	ca. 443	0	0%	ca. 423	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Das Programm konnte wie geplant durchgeführt werden.

ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 1.518.653,69 €; bewilligte Landesmittel: 1.518.653,73 €

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2016
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 06 02 im Haushaltsjahr 2016
Aufgabenbereich: Arbeitsmarktpolitische Förderung

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2015 [1]	Planwert zum 30.06.2016 [1]	Istwert zum 30.06.2016 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2016 [1]	Istwert zum 31.12.2016 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 30.06.2017 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:
In den Projekten soll durch eine gezielte, individuelle und bedarfsorientierte Ausbildungsbetreuung die Zahl der Ausbildungsabbrüche gesenkt werden und Ausbildungsabbrecher/innen wieder in die berufliche Ausbildung integriert werden.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Erhöhung der Qualifikation der Arbeitskräfte mit Qualifizierungsbedarf

Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen											
Zahl der Projekte	7	6	6	0	0%	6	6	0	0%	5	▲
Zahl zu erreichender Personen	ca. 2.004	ca. 1.754	ca. 1.409	-345	-20%	ca. 1.409	ca. 1.409	0	0%	ca. 1.419	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Das Programm konnte wie geplant durchgeführt werden.

ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 346.965,76 €; Landesmittel: 262.128,92 €

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:
Durch gezielte Angebote soll die Zahl der funktionellen Analphabeten in Rheinland-Pfalz gesenkt werden. Die Projekte richten sich in erster Linie an lese- und schreibschwache Beschäftigte. Die Lernenden sollen insbesondere in die Lage versetzt werden, Lese- und Schreibanforderungen, mit denen Sie im Alltag und im Berufsleben konfrontiert werden, selbstständig bewältigen zu können.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Es werden grundlegende schriftsprachliche Kompetenzen sowie der Aufbau weiterer Grundbildungskenntnisse vermittelt.

Alphabetisierung von Beschäftigten											
Zahl der Projekte	5	5	5	0	0%	5	5	0	0%	5	▲
Zahl zu erreichender Personen	ca. 934	ca. 918	ca. 1.049	131	14%	ca. 1.049	ca. 1.049	0	0%	ca. 710	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Das Programm konnte wie geplant durchgeführt werden.

ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 503.050,47 €; Landesmittel: - €

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:
Die Heranführung und Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt soll durch geeignete Maßanhmen unterstützt werden. Grundlegende Voraussetzung zur Verbesserung der Chancen zur Integration in den Arbeitsmarkt sind Kenntnisse der deutschen Sprache.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Integration von Flüchtlingen in Arbeit und Ausbildung

Projekte für Flüchtlinge											
Zahl der Projekte	8	56	63	7	13%	62	65	3	5%	47	▲
Zahl zu erreichender Personen	ca. 768	ca. 10.310	ca. 11.875	1.565	15%	ca. 11.845	ca. 12.260	415	4%	ca. 3.014	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Die Prognose wurde übertroffen; nach Zeitpunkt der Erfassung des Berichts zum Leistungsauftrag zum 30.6.2016 kamen aufgrund des hohen Bedarfs der Zielgruppe drei weitere Projekte hinzu.

ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 2.052.325,51 €; Landesmittel: 1.331.723,59 €

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:
Angestrebt wird die Verbesserung der Arbeitsmarktrelevanz der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung, Erleichterung des Übergangs von Bildung zu Beschäftigung und Stärkung der Systeme der beruflichen Bildung und Weiterbildung und deren Qualität, unter anderem durch Mechanismen für die Antizipierung des Qualifikationsbedarfs, die Erstellung von Lehrplänen sowie die Einrichtung und Entwicklung beruflicher Bildungssysteme, darunter duale Bildungssysteme und Ausbildungswege durch die Entwicklung und Erprobung innovativer Ansätze in der allgemeinen und beruflichen Bildung.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Verbesserung der Arbeitsmarktrelevanz der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung und Weiterbildung.

Entwicklung und Erprobung innnovativer Ansätze											
Zahl der Projekte	14	12	13	1	8%	13	13	0	0%	13	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Das Programm konnte wie geplant durchgeführt werden.

ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds): 736.564,43 €; Landesmittel: 119.610,04 €

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲
bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ►
bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

Anlage 12

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2016
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 06 02 im Haushaltsjahr 2016
Aufgabenbereich: Anerkennung und Förderung der Schuldner- und Insolvenzberatung

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2015 [1]	Planwert zum 30.06.2016 [1]	Istwert zum 30.06.2016 [1]	Abweichung	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2016 [1]	Istwert zum 31.12.2016 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 30.06.2017 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼
Sicherstellung ausreichender Beratungskapazitäten											
Beratungsstellen gesamt	64	64	64	0	0,0%	64	64	0	0,0%	64	▲
Geförderte Beratungsstellen	53	53	53	0	0,0%	53	53	0	0,0%	53	▲
Geförderte Fachkräfte (in Vollzeit)	70,21	70,21	70,21	0,00	0,0%	70,21	70,21	0,00	0,0%	70,21	▲
Beratungsfälle mit mehr als 2 Beratungen im lfd. Jahr	13.980	7.000	7.000	0	0,0%	14.000	14.000	0	0,0%	7.000	▲
Kurzberatungen (bis zu 2 Beratungen)	10.070	5.500	5.050	-450	-8,2%	10.100	10.100	0	0,0%	5.500	▲
Sicherstellung und Weiterentwicklung der Beratungsqualität sowie Präventionsarbeit											
Abgeschlossene Beratungsverfahren einschl. Kurzberatungen	16.787	7.200	8.000	800	11,1%	16.500	16.500	0	0,0%	8.000	▲
landesweite Veranstaltungen/ Tagungen/ Schulungen/ Fortbildungen	8	4	4	0	0,0%	8	8	0	0,0%	4	▲
Zahl der abschließend bearbeiteten Anfragen an das Schuldnerfachberatungszentrum	214	240	158	-82	-34,2%	260	357	97	37,3%	150	▲
Zugriffe auf Infohomepage beim Schuldnerfachberatungszentrum	1.373.281	1.250.000	450.973	-799.027	-63,9%	1.100.000	1.096.558	-3.442	-0,3%	500.000	▲

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung (LSJV) ist die nach § 1 des Landesgesetzes zur Ausführung der Insolvenzordnung (AGInsO) zuständige Behörde für die Anerkennung von „geeigneten Stellen“ im Verbraucherinsolvenzverfahren. Gleichzeitig fördert das Landesamt gem. § 5 AGInsO die anerkannten geeigneten Stellen, soweit sie zur Sicherstellung eines ausreichenden Angebotes sowie zur qualifizierten Erfüllung der Aufgaben nach § 2 AGInsO erforderlich sind.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Sicherstellung ausreichender Beratungskapazitäten; Sicherung und Weiterentwicklung der Beratungsqualität; Stärkung der Prävention.

Erläuterungen:

Sämtliche Planwerte wurden erreicht bzw. überschritten.

Haushaltsansatz: 2.183.200 €

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲
bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ►
bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

Anlage 13

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2016
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 08 03 im Haushaltsjahr 2016
Aufgabenbereich: Produkt "Integrierte geowissenschaftliche Landesaufnahme" beim Landesamt für Geologie und Bergbau (LGB)

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2015 [1]	Planwert zum 30.06.2016 [1]	Istwert zum 30.06.2016 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2016 [1]	Istwert zum 31.12.2016 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 30.06.2017 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Die derzeit größtenteils nur analog vorhandenen und teilweise nicht aktuellen Daten sollen zielorientiert im Maßstab 1 : 25.000 oder 1 : 50.000 überarbeitet werden. Das LGB sichert über den Zeitraum von 15 Jahren die für die Erreichung des Zieles notwendige Überarbeitung von 28 Karten, jährlich also die Fertigstellung von durchschnittlich zwei Karten, sowie alle fünf Jahre eine umfangreiche Projektkartierung für ein besonders wichtiges Teilgebiet des Landes zu.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Der Leistungsauftrag beinhaltet: Aufbau eines geowissenschaftlichen Informationssystems, fachübergreifende Datenerhebung, Festlegung von Qualitätsstandards, Bedarfsorientierung, mögliche landesweite Flächendeckung, Möglichkeiten der Aktualisierung sowie projektorientierte Vorgehensweise.

Ziel:	Zielgröße(n)		Zeit	Beginn	Ende
	Kartenmanuskripte	28	15 Jahre	01.01.2007	31.12.2021
	Gesamtkosten / Jahr	ca. 300.000 €	1 Jahr	01.01.2016	31.12.2016

Soll	Stand
20	19

Integrierte geowissenschaftliche Landesaufnahme											
Mengen											
Anzahl Karten	2	0	0	0		2	2	0	0,0%	1	▲
Abarbeitungsgrad von insgesamt 28 Kartenmanuskripten	76,0%	77,0%	80,0%	3,0%	3,9%	85,0%	87,0%	2,0%	2,4%	88,0%	▲
Wirtschaftlichkeit / Kosten											
Gesamtkosten	476.043 €	190.000 €	198.361 €	8.361 €	4,4%	400.000 €	642.718 €	242.718 €	60,7%	230.000	▼
Anteil an den Gesamtleistungen des Landesamtes für Geologie und Bergbau	5,8%	4,0%	6,2%	2,2%	54,3%	6,0%	7,9%	1,9%	31,2%	5,0%	▼

Qualitäten / Bürgerorientierung

Ziel ist es, den Kunden wie der Landesregierung und deren nachgeordneten Behörden, Kommunen, Ingenieurbüros sowie Bürgerinnen und Bürgern als Planungsgrundlage zukünftig nicht einzelne thematische Karten, sondern fachübergreifende Geoinformationen und deren Interpretation zu allen wesentlichen Geothemen anzubieten.

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen

Die Blätter Neuwied und Otterberg wurden in 2016 veröffentlicht. Die GÜK Grünstadt ist ebenfalls in der Endbearbeitung. An den für 2017 geplanten Blättern Grünstadt-Ost sowie Bitburg wurde ebenfalls weiter gearbeitet, der Druck des Blattes Grünstadt-Ost wird erfolgen. Aus organisatorischen Gründen (Weggang eines Mitarbeiters) wird die Fertigstellung und der Druck des für 2018 vorgesehenen Blattes Bad Ems in 2017 vorgezogen. Im zweiten Halbjahr 2016 wurden die Arbeiten zum Leistungsauftrag extrem erhöht (vermehrte Stundenzahl, erhöhte Abarbeitungsgrad). Aus diesem Grund sind die Kosten zum 31.12.2016 höher als geplant.

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲
bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ►
bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

Anlage 14

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2016
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 09 19 im Haushaltsjahr 2016
Aufgabenbereich: Personalmanagement im Rahmen Erweiterter Selbstständigkeit von Schulen (PES) - Vertretung von Unterricht

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2015 [1]	Planwert zum 30.06.2016 [1]	Istwert zum 30.06.2016 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2016 [1]	Istwert zum 31.12.2016 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 30.06.2017 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

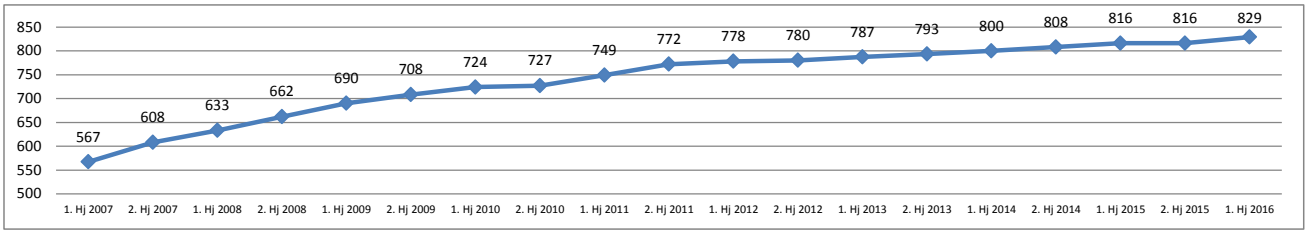
Der temporäre Unterrichtsausfall wegen Abwesenheit von Lehrkräften aus den unterschiedlichsten Gründen soll so weit wie möglich reduziert werden. Zugleich soll die Selbstverantwortung der Schulen im Rahmen der Qualitätsentwicklung im Bereich der Organisation und Durchführung von Vertretungsunterricht gestärkt werden. Anzustreben ist eine Reduzierung des temporären Unterrichtsausfalls an den PES-Schulen in einer Größenordnung auf ein Drittel bzw. auf die Hälfte bezogen auf den temporären Unterrichtsausfall an PES-Schulen in einem Schuljahr. Durch die intensive konzeptionelle Beschäftigung mit der Vertretung von Unterricht soll diesbezüglich eine Qualitätssteigerung bei den teilnehmenden Schulen bewirkt werden.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Die Ausweitung von PES auf freiwilliger Basis an Grundschulen, die Ganztags- oder Schwerpunktschulen sind, wird weiterverfolgt. Alle weiterführenden öffentlichen Schulen nehmen seit dem 01. August 2014 verpflichtend teil. Am 31. Dezember 2016 befanden sich 829 Schulen aller Schularten im PES, darunter 298 Grundschulen, die Ganztags- oder Schwerpunktschulen sind. Im Schuljahr 2015/2016 hatten die Schulen nach Regulierung einen temporären Unterrichtsausfall von 2,2 %. Die Schulen werden in unterschiedlich zugeschnittenen Fortbildungsveranstaltungen, Dienstbesprechungen und Rundschreiben regelmäßig über aktuelle Themen der Portaltechnik, des Arbeits- und Vertragsrechts und der Statistik informiert. Des Weiteren finden themenbezogene Schulungen in modularisierter Form statt. Für neu errichtete Schulen findet eine individuelle Beratung durch die PES-Beraterinnen und -Berater in Zusammenarbeit mit der Schulaufsicht statt. Die Schulungsaktivitäten werden kontinuierlich weitergeführt.

Mengen											
Anzahl der Schulen	816	820	821	1	0,1%	827	829	2	0,2%	833	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:



Anzahl der Schulungsmaßnahmen	31	15	18	3	20,0%	28	28	0	0,0%	16	▲
Temporärer Unterrichtsausfall	2,2%	2,5 % bis 3,0 %	2,1%	-0,4%	-16,0%	2,5 % bis 3,0 %	2,2%	-0,3%	-12,0%	2,5 % bis 3,0 %	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Ergebnisse für das 1. Schulhalbjahr 2016/2017 werden frühestens im Juli 2017 vorliegen. Daher ist eine Aussage zum IST-Wert zum 31. Dezember 2016 nicht möglich; stattdessen beziehen sich die Angaben auf das Schuljahr 2015/2016. Zur Erläuterung: Die Stichtage für den Abschluss der Schulhalbjahresstatistik und Schuljahresstatistik sind der 31. Januar bzw. der letzte Schultag im Schuljahr.

Wirtschaftlichkeit / Kosten	10.613.770	6.500.000	5.125.466	-1.374.534	-21,1%	11.000.000	9.648.100	1.351.900	-12,3%	6.500.000	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲
bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ►
bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2016
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 09 35 im Haushaltsjahr 2016
Aufgabenbereich: Pädagogisches Landesinstitut Rheinland-Pfalz (PL)

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2015 [1]	Planwert zum 30.06.2016 [1]	Istwert zum 30.06.2016 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2016 [1]	Istwert zum 31.12.2016 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 30.06.2017 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:

Das PL bietet Lehrkräften und Schulen bei der Wahrnehmung ihres Bildungs- und Erziehungauftrags, bei ihrer pädagogischen Weiterentwicklung, für Anforderungen der Schulentwicklung sowie bei der Bewältigung aktueller Aufgaben ein umfassendes Unterstützungssystem an Fort-und Weiterbildung, Beratung, Materialien und Medien sowie IT-Dienstleistungen.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Ein wesentliches Ziel ist eine dauerhafte und vergleichbare Darstellung der Angebote und Kostenstrukturen. Das fachlich zuständige Ministerium schließt hierfür Zielvereinbarungen mit dem PL ab. Die Laufzeit der Zielvereinbarung ist 2015-2016.

Lehrkräftefort- und -weiterbildung:											
Veranstaltungstage	4.810	2.500	2.586	86	3,4%	5.000	6.338	1338	26,8%	3.000	▲
Veranstaltungen	4.585	2.250	2.204	-46	-2,0%	4.500	4.930	430	9,6%	2.000	▲
Teilnehmer/innen	54.600	25.000	26.482	1.482	5,9%	50.000	55.296	5296	10,6%	25.000	▲
Weiterbildungslehrgänge (WBL) [1]	10	8	8	0	0,0%	11	10	-1	-9,1%	4	►
Geprüfte "WBL-Lehrkräfte" [2]	108	30	64	34	113,3%	80	86	6	7,5%	entfällt	▲
WBL: Externe Prüfungen (Unterrichtserlaubnis) [3]	9	10	35	25	250,0%	40	40	0	0,0%	entfällt	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

1) Der Lehrgang WuV wurde vom BM nicht weiter beauftragt
2) Das PL hat keinen Einfluss darauf, wie viele Personen sich beim BM zur Prüfung anmelden.
3) 7 externe Prüfungen und 33 Unterrichtserlaubnisse "Sport in der Primarstufe"

Unterstützung bei der Implementierung von kompetenzorientierten Rahmenlehrplänen und Bildungsstandards:											
Erstellung von Lehrplänen	0	3	0	-3	-100,0%	3	3	0	0,0%	3	▲
Erstellung von Handreichungen	9	4	3	-1	-25,0%	12	12	0	0,0%	4	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

In der Fachschule liegen eine große Zahl an fast fertigen Lehrplänen vor, die aufgrund der Verschiebung der Verordnung nicht fertiggestellt werden können.

Pädagogisches Beratungssystem:											
Beratungseinsätze	5.430	2.500	3.495	995	39,8%	5.500	5.937	437	7,9%	2.500	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Schulpsychologische Beratung:											
von Einzelpersonen	2.007	1.000	1.020	20	2,0%	2.000	2.073	73	3,7%	1.000	▲
Schulberatungen	2.252	1.200	1.163	-37	-3,1%	2.400	2.440	40	1,7%	1.200	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Veranstaltungen zum schuleigenen Krisenmanagement	25	10	12	2	20,0%	20	35	15	75,0%	10	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Angebote für Schulleitung und Schulaufsicht:											
Veranstaltungen	170	90	101	11	12,2%	180	196	16	8,9%	90	▲
Teilnehmer/innen	2.208	1.100	1.344	244	22,2%	2.200	2.675	475	21,6%	1.100	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

IT-Dienstleistungen/-Produkte:											
LMF											
1.500 Schulen	1.418	1.500	1.417	-83	-5,5%	1.420	1.415	-5	-0,4%	1.500	►
450.000 Schüler/innen	434.015	435.000	430.796	-4.204	-1,0%	430.000	433.069	3069	0,7%	435.000	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Das PL kann die Anzahl der teilnehmenden Schulen und Schüler/innen nicht beeinflussen, die vom PL bereitgestellte Software könnte mind. 1.500 Schulen und 450.000 Schüler/innen bedienen.

PL-Einnahmen	301.000 €	60.000 €	47.674 €	-12.326 €	-20,5%	120.000 €	195.771 €	75.771 €	63,1%	90.000	▲
PL-Ausgaben	21.884.450 €	10.491.200 €	9.225.524 €	-1.265.676 €	-12,1%	21.187.000 €	20.987.816 €	-199.184 €	-0,9%	11.151.800 €	▲

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲
bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ►
bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

Stichtag: 31.12.2016

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2016
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 14 10 im Haushaltsjahr 2016
Aufgabenbereich: Landesforsten Rheinland-Pfalz

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2015 [1]	Planwert zum 30.06.2016 [1]	Istwert zum 30.06.2016 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2016 [1]	Istwert zum 31.12.2016 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 30.06.2017 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:
Produktbereich Staatswaldbewirtschaftung: Bereitstellung des umweltfreundlichen Rohstoffs Holz und sonstiger Waldprodukte im Staatswald, Bewirtschaftung des Staatswaldes in Form der naturnahen Waldwirtschaft.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Einschlag und Verkauf des Rohstoffes Holz unter Beachtung der Nachhaltigkeit. Landesforsten wechselt zum 01.01.2017 gem. § 24 Abs. 4 Umsatzsteuergesetz von der Pauschal- zur Regelbesteuerung . Der vorgenannte Porgnose-Wert zum 30.06.2017 stellt den Nettowert ohne Umsatzstuer dar.

Ernte und Verkauf von Rohholz											
Mengen [Festmeter] [3]	1.012.859	510.000	476.556	-33.444	-6,6%	1.040.000	1.020.000	-20.000	-1,9%	470.000	►
Erlöse (€)	69.411.000	30.500.000	31.755.216	1.255.216	4,1%	68.640.000	68.770.250	130.250	0,2%	28.700.000 [4]	▲
Durchschnittserlös €/fm	69	60	67	7	11,1%	66	67	1	2,2%	61 [4]	▲

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:
Produktbereich Umweltvorsorge: Schützen der natürlichen Lebensgrundlagen und Sicherung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts durch Wahrung der vielfältigen Schutzfunktionen des Waldes.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Standortkartierung, Flächenmanagement, Entwicklung naturnaher Wälder. Sicherung der räumlich funktionalen Bedeutung, einer hierauf abgestimmten Bewirtschaftung und der wissenschaftlichen Begleitung vor dem Hintergrund der notwendigen Anpassungen auf die Herausforderungen des Klimawandels und im Hinblick auf die Sicherung seiner Zukunftsfähigkeit.

Neuanlage, Erhaltung und Wiederbegründung naturnaher Wälder											
Menge (ha)	724	230	366	136	59,1%	610	552	-58	-9,5%	320	►
Kosten (€)	3.625.594	2.660.000	2.741.818	81.818	3,1%	3.050.000	3.323.964	273.964	9,0%	2.450.000	►

Abweichungserläuterung :
Die Mengen- und Kostennachweisung erfasst nur Flächen und Maßnahmen im Rahmen der künstlichen Kulturbegründung. Die Werte berücksichtigen erstmals auch Maßnahmen auf den im Nationalpark gelegenen Staatswaldflächen. Die sich entwickelnden Sukzessions- und Naturverjüngungsflächen verursachen keine direkt zuordenbaren Kosten und sind daher buchungstechnisch und flächenmäßig hier nicht erfasst.

Waldökosystembezogene Planungen											
Betriebspläne (Forsteinrichtung) (ha)	60.000	30.000	30.000	0	0,0%	60.000	60.000	0	0,0%	22.000	▲
Standortkartierung (ha)	10.000	2.500	2.500	0	0,0%	5.000	5.000	0	0,0%	2.500	▲
Kosten (€)	2.385.000	1.229.050	1.125.000	-104.050	-8,5%	2.225.000	2.225.000	0	0,0%	832.500	▲
Erlöse (€)	40.000	19.000	18.700	-300	-1,6%	37.000	37.000	0	0,0%	13.000	▲

Abweichungserläuterung:
Die bisher aus dem ForeStClim Projekt generierten Flächen sind weitestgehend kartiert. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit zur Kartierung von neuen Prognoseflächen. Der Prognosewert für die Standortkartierung wurde daher entsprechend angepasst.

Flächen mit naturschutzbedingtem Nutzungsverzicht (jeweils ohne Redundanzen)											
Grossnaturschutzgebiet Bienwald nutzungsfreie Fläche (ha)	1.638	1.638	1.638	0	0,0%	1.638	1.638	0	0,0%	1.638	▲
Biosphärenreservat Kernzone nutzungsfreie Fläche (ha)	3.485	3.485	3.485	0	0,0%	3.485	3.485	0	0,0%	3.485	▲
Waldrefugien nutzungsfreie Fläche (ha)	2.334	2.334	2.334	0	0,0%	2.334	2.334	0	0,0%	2.334	▲
Naturwaldreservate nutzungsfreie Fläche (ha)	1.677	1.677	1.677	0	0,0%	1.677	1.677	0	0,0%	1.677	▲
Nationalpark Hunsrück-Hochwald nutzungsfreie Fläche (ha)	2.130 perspektivisch in 30 Jahren : 6.827 ha	2.130 perspektivisch in 30 Jahren : 6.827 ha	2.130 perspektivisch in 30 Jahren : 6.827 ha	0	0,0%	2.130 perspektivisch in 30 Jahren : 6.827 ha	2.130 perspektivisch in 30 Jahren : 6.827 ha	0	0,0%	2.130 perspektivisch in 30 Jahren : 6.827 ha	▲
Rezente Aue im Staatswald des Forstamtes Pfälzer Rheinauen (ha)	267 perspektivisch in 30 Jahren: 921 ha	267 perspektivisch in 30 Jahren: 921 ha	267 perspektivisch in 30 Jahren: 921 ha	0	0,0%	267 perspektivisch in 30 Jahren: 921 ha	267 perspektivisch in 30 Jahren: 921 ha	0	0,0%	267 perspektivisch in 30 Jahren: 921 ha	▲
∑Gesamtfläche	**11.153**	**11.153**	**11.153**	0	0,0%	**11.153**	**11.153**	0	0,0%	**11.153**	▲
∑ Nutzungsverzicht (€)	**1.270.080**	**1.270.080**	**1.270.080**	0	0,0%	**1.270.080**	**1.270.080**	0	0,0%	**1.270.080**	▲

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:
Produktbereich Erholung und Umweltbildung: Entwicklung und Stärkung des Wissens über das Ökosystem Wald und seiner nachhaltigen Nutzung.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
"Treffpunkt Wald", Waldführungen, Waldjugendspiele, Freiwilliges Ökologisches Jahr, Ganztagsschule und waldpädagogische Ferienbetreuung.

Landesweite Verwaltungsinitiative "Treffpunkt Wald"											
Veranstaltungen	270	140	140	0	0,0%	250	312	62	24,8%	95	▲

Anlage 16

Stichtag: 31.12.2016

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2016
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 14 10 im Haushaltsjahr 2016
Aufgabenbereich: Landesforsten Rheinland-Pfalz

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2015 [1]	Planwert zum 30.06.2016 [1]	Istwert zum 30.06.2016 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2016 [1]	Istwert zum 31.12.2016 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 30.06.2017 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼
Waldführungen, Waldprogramme und -Projekte (Halbtages- bis Mehrtagesangebote)											
Teilnehmende	83.215	35.000	27.800	-7.200	-20,6%	75.000	87.498	12.498	16,7%	32.000	▲
Kosten (€)	3.961.201	2.150.000	1.511.602	-638.398	-29,7%	3.800.000	3.638.503	-161.497	-4,2%	1.488.000	▲
Erlöse (€)	359.439	160.500	80.140	-80.360	-50,1%	325.000	359.439	34.439	10,6%	123.000	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Vor dem Hintergrund des trotz der im 1. Halbjahr extremen und zudem ungewöhnlich lange andauernden Schlechtwetterphase und den damit verbundenen Absagen von geplanten Programmen ist der zum Stichtag erreichte Ist-Wert umso erfreulicher. Dies spricht für die nach wie vor hohe Nachfrage nach qualitätsgesicherten waldpädagogischen Angeboten.

Wald-Jugendspiele (einschl. Spiele für Menschen mit Behinderung und grenzüberschreitende Spiele)											
Teilnehmende	18.066	17.900	16.565	-1.335	-7,5%	18.000	15.611	-2.389	-13,3%	860 Schulklassen [5]	►
Kosten (€)	1.039.469	1.040.000	713.025	-326.975	-31,4%	980.000	981.920	1.920	0,2%	892.000	►
Erlöse (€)	30.109	29.500	16.305	-13.195	-44,7%	27.000	30.109	3.109	11,5%	24.500	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandel und angepasster Klassenteiler verringern sich die Schülerzahlen/Klasse und damit auch die Teilnehmerzahlen. Zudem mussten im ersten Halbjahr zahlreiche geplante Veranstaltungen witterungsbedingt leider abgesagt werden. Eine Kompensation durch eine Neuterminierung der Veranstaltungen war aus verschiedenen Gründen -bis auf einen Fall- nicht möglich (Terminplanung der Schulen, Kapazitäten u.a.).

Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ) und Bundesfreiwilligendienst											
Teilnehmende	130	130	121	-9	-6,9%	140	129	-11	-7,9%	130 besetzte Teilnehmendenplätze 5)	►
Kosten (€)	160.551	172.000	160.362	-11.638	-6,8%	195.000	187.192	-7.808	-4,0%	195.000	►
Erlöse (€)	0	0	0	0	0,0%	0	0	0		0	

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Zum Stichtag befanden sich insgesamt 129 Teilnehmende, davon 11 Flüchtlinge, im FÖJ-Programm oder im Ökologischen Bundesfreiwilligendienst.

Ganztagsschul-Angebote											
Gruppen	21	20	21	1	5,0%	20	19	-1	-5,0%	15	►
Kosten (€)	171.865	190.000	119.965	-70.035	-36,9%	168.000	176.208	8.208	4,9%	160.000	►
Erlöse (€)	43.992	42.500	37.879	-4.621	-10,9%	39.000	43.992	4.992	12,8%	35.000	▲

Abweichungserläuterung :

Die Angebotsverträge werden jeweils für ein Schul**halbjahr** abgeschlossen. Vor dem Hintergrund der notwendigen Haushaltskonsolidierung und damit zurückgehender Haushaltsmittel ist damit zu rechnen, dass sich die Angebotsnachfrage auf Seiten der Schulen rückläufig entwickelt.

"Waldferien für Kids" (waldpädagogische Ferienbetreuung)											
Anzahl der Programmwochen	33	10	3	-7	-70,0%	22	29	7	31,8%	2.700 Teilnehmendentage [5]	▲

Zentrale Umweltbildungseinrichtungen											
Haus der Nachhaltigkeit (HdN) [7]											
Teilnehmer	38.000	15.000	9.155	-5.845	-39,0%	33.000	32.000	-1.000	-3,0%	11.700 Teilnehmende [5]	►
Kosten (€)	486.686	285.000	218.061	-66.939	-23,5%	480.600	518.044	37.444	7,8%	245.500	►
Erlöse (€)	112.531	54.000	34.562	-19.438	-36,0%	99.900	113.208	13.308	13,3%	39.000	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Trotz des im 1 Halbjahr weit hinter dem Planwert liegenden Istwertes (insbesondere wegen des verhaltenen Besucherinteresse an der Messe "Zukunftsenergie" wie auch der aufgrund der schlechten Witterung geringeren Besucherzahlen beim "Natursport Opening") konnte dennoch der Jahresplanwert annährend ereicht werden.

Walderlebniszentrum Soonwald (WEZ) [7]											
Teilnehmertage	13.942	5.000	5.550	550	11,0%	11.000	12.889	1.889	17,2%	5.700 Teilnehmendetage [5]	▲
Kosten (€)	392.704	160.000	160.068	68	0,0%	336.900	426.049	89.149	26,5%	161.000	▼
Erlöse (€)	179.932	82.000	67.656	-14.344	-17,5%	145.000	155.391	10.391	7,2%	69.000	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Durch die im 1. Halbjahr dort parallel erfolgte Unterbringung von unbegleiteten minderjähjrigen Asylbegehrenden als auch aufgrund der durch Wassserschäden in mehreren Appartments für einen längeren Zeitraum eingetretenen Nutzungsausfälle stand die Einrichtung WEZ in diesem Jahr nur zeitlich begrenzt für die Vermietung zur Verfügung. Umso erfreulicher ist daher der erreichte Jahres-Istwert, was nicht zuletzt für die Attraktivität der Einrichtung als auch für den Einsatz der Mitarbeiter/-innen vor Ort spricht.

Anlage 16

Stichtag: 31.12.2016

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2016
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 14 10 im Haushaltsjahr 2016
Aufgabenbereich: Landesforsten Rheinland-Pfalz

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2015 [1]	Planwert zum 30.06.2016 [1]	Istwert zum 30.06.2016 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2016 [1]	Istwert zum 31.12.2016 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 30.06.2017 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs:
Unterstützung anderer Waldbesitzer, Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, Aktive Arbeitsmarktpolitik für den ländlichen Raum, Aus- und Fortbildung.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Beratung, Bewirtschaftung von kommunalen und privaten Wäldern, Bereitstellung von Ausbildungsplätzen. Der Landesbetrieb Landesforsten Rheinland-Pfalz bildet weiterhin deutlich über seinem nachhaltigen Bedarf hinaus auf einem sehr hohen Niveau aus. Dies gilt sowohl für die Anzahl der Ausbildungsplätze als auch für die Qualität der Ausbildung in den verschieden Berufsbildern. So stellt Landesforsten gerade in strukturschwachen ländlichen Regionen hochwertige Ausbildungsplätze zur Verfügung und leistet damit einen wichtigen Beitrag, um junge Menschen für ihren Einstieg ins Berufsleben zu qualifizieren.

Ausbildung											
Auszubildende	133	133	130	-3	-2,3%	144	127	-17	-11,8%	127	►
Kosten (€)	4.236.300	4.340.000	3.566.852	-773.148	-17,8%	4.180.000	4.106.190	-73.810	-1,8%	3.600.000	►

Abweichungserläuterung :

Im Hinblick auf die notwendigen Haushalts- und arbeitsmarktpolitischen Anpassungsmaßnahmen sieht insbesondere das neue Ausbildungskonzept für Forstwirt-Auszubildende ab 2014 nur noch 24 Ausbildungsplätze/Ausbildungjahr vor (Vorjahre: 40 Plätze/Ausbildungsjahr). Die Umsetzungskonzeption zu Landesforsten -Zukunftswerkstatt 2020 - und die hierauf basierende Dienstvereinbarung über die "Grundsätze der Entwicklung der Personalstruktur bei Landesforsten" sieht künftig noch 132 Ausbildungsverhätlnisse über alle Beschäftigungsgruppen hinweg vor. Selbst dieser gegenüber dem bisherigen Planwert von 180 Ausbildungsplätzen stark reduzierte Zielwert übersteigt nach wie vor deutlich den bedarfsorientierten Einstellungskorridor des Landesbetriebes. Der Planwert 2016 berücksichtigte außerdem noch bis zu 10 Ausbildungsplätze für Asylbegehrende.

Dienstleistungen für kommunale und private Waldbesitzer											
Staatlicher Revierdienst in Kommunalwäldern											
Fläche (ha)	276.200	276.200	276.300	100	0,0%	275.100	274.200	-900	-0,3%	274.200	►
Kosten (€)	11.329.722	10.800.000	11.450.000	650.000	6,0%	11.450.000	11.527.762	77.762	0,7%	11.350.000	▲
Erlöse/Betriebskostenbeiträge (€)	11.329.722	10.800.000	11.450.000	650.000	6,0%	11.450.000	11.527.762	77.762	0,7%	11.350.000	▲
Bewirtschaftung privater Wälder und Beratung privater Waldbesitzer											
Fläche (ha)	164.700	164.700	163.900	-800	-0,5%	163.400	163.200	-200	-0,1%	163.200	►
Kosten (€)	4.256.157	1.950.000	1.706.627	-243.373	-12,5%	4.300.000	3.634.181	-665.819	-15,5%	1.850.000	►
Erlöse/Gebühren (€)	1.119.966	560.000	698.156	138.156	24,7%	1.150.000	1.542.865	392.865	34,2%	1.050.000	▲

Förderung des Cluster Forst und Holz im Leistungsauftrag											
Geförderte Projekte (Gesamtvolumen in €)	0	900.000	0		-100,0%	0	600.000	600.000		400.000 [6]	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Vor dem Hintergrund, dass an die Umsetzung des rheinland-pfälzischen operationellen EFRE- Programms in der laufenden Förderperiode 2014-2020 nochmals erhöhte administrative Anforderungen an alle Beteiligten gestellt werden, wurde in der Zwischenzeit entschieden, die rheinland-pfälzische "Clusterinitiative Forst und Holz (Bau)" zukünftig ausschließlich aus Landesmitteln zu finanzieren.

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲

bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ►

bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

3) fm = Verkaufsmenge

4) Landesforsten wechselt zum 01.01.2017 gem. § 24 Abs. 4 Umsatzsteuergesetz von der Pauschal- zur Regelbeteuerung . Der vorgenannte Wert stellt den Nettowert ohne Umsatzstuer dar.

5) Für den neuen Dopppelhaushalt 2017/2018 wurden teilweise neue Bezugseinheiten eingeführt. Insoweit ergibt sich hierdurch ein Systembruch zu den bisher verwandten Bezugsparametern.

6) Bewilligungsmittel

7) Das HdN/WEZ sind integraler Bestandteil des Leistungsauftrags Erholung und Umweltbildung. Insoweit sind die ausgewiesenen Kosten/Erlöse für die Einrichtungen bereits anteilig bei den Produkten Treffpunkt Wald und "Waldführungen" enthalten.

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2016
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 14 51 im Haushaltsjahr 2016
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Westerwald-Osteifel

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2015 [1]	Planwert zum 30.06.2016 [1]	Istwert zum 30.06.2016 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2016 [1]	Istwert zum 31.12.2016 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 30.06.2017 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Beratung:
Beratung in Tierproduktion, Pflanzenbau, Bienenkunde und Ernährung.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Im Planungszeitraum soll in agrarwirtschaftlichen Betrieben zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Sicherung einer umweltgerechten Produktion qualifizierte Beratung nachfrageorientiert und kostengünstig angeboten werden.
Beim Fachzentrum Bienen und Imkerei soll durch umfangreiche Untersuchungen im Pathologielabor eine Verbesserung der Bienengesundheit und damit eine Verringerung der Völkerverluste erreicht werden. Durch umfangreiche Untersuchungen eingesandter Honigproben im Honiglabor soll die Sicherstellung einer nachhaltigen Honigqualität erreicht werden.

Beratung											
Anzahl Beratungen Agrarwirtschaft	7.365	4.000	3.031	-969	-24,2%	8.000	6.710	-1.290	-16,1%	3.000	▼
Untersuchungen Pathologielabor (Bienen)	3.788	2.000	2.017	17	0,8%	4.000	4.705	705	17,6%	1.900	▲
Untersuchungen Honiglabor	937	400	33	-367	-91,8%	800	635	-165	-20,6%	50	▼

Qualitäten / Bürgerorientierung:
Die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe soll gesteigert und der Einsatz umweltgerechterer Produktionsverfahren intensiviert werden.

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Der Ausfall von Beratungskräften und die Komplexität der Beratungsfragen haben dazu geführt, dass die Zahl der Beratungen in der Agrarwirtschaft stetig zurück geht. Eine Trendwende ist nur mit entsprechenden Personalnachführungen möglich. Die Zahl der Honiguntersuchungen war rückläufig, da durch die witterungsbedingte späte und geringe Ernte insgesamt weniger Honig bei den Imkern angefallen ist und damit auch weniger Honig für die Qualitätsanalytik angestellt werden konnte.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Fachliche Weiterbildung und Information:
Berufsbezogene Erwachsenenbildung in Tierhaltung, Pflanzenbau, Bienenkunde und Ernährung.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Für die agrarwirtschaftlichen Betriebe soll die fachliche Weiterbildung und Information nachfrageorientiert und kostengünstig sichergestellt werden. Neben klassischen Weiterbildungsveranstaltungen erschließen sich für die zielgruppenorientierte Information der Betriebe Rundschreiben sowie die elektronischen Kommunikationswege.

Weiterbildung											
Anzahl zielgruppenorientierter Beratungsrundschreiben/ -Faxe, -Mails und Veröffentlichungen	265	125	110	-15	-12,0%	250	486	236	94,4%	110	▲
Anzahl Lehrgänge mit Zertifikat	2	2	1	-1	-50,0%	4	2	-2	-50,0%	1	▼
Kosten pro Lehrgangsteilnehmer	163,50 €	200,00 €	163,50 €	-36,50 €	-18,3%	200,00 €	163,50 €	-36,50 €	-18,3%	165,0 €	▼

Qualitäten / Bürgerorientierung:
Beratungsrundschreiben/ -Faxe, -Mails und Veröffentlichungen sind sehr probate Mittel, Beratungsaussagen zielgerichtet und zeitnah an das Klientel zu vermitteln.

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Um den Kunden ein bestmögliches Beratungsangebot zeitnah und aktuell zukommen zu lassen, wurde die Zahl der Rundschreiben und Mailings aufgrund des schwierigen Wirtschaftsjahres ausgedehnt und intensiviert. Die Zahl der Lehrgänge mit Zertifikat soll nachfrageorientiert angeboten und durchgeführt werden. Für den Dienstbezirk sind deshalb zwei Lehrgänge zur Sachkunde jährlich ausreichend.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Versuchswesen:
Versuchswesen in Pflanzenbau und Grünland: am DLR Westerwald-Osteifel werden Versuchsfelder im Bereich Landwirtschaft unterhalten.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Ziel ist es, Innovationen für die Praxisbetriebe zu entwickeln und/oder auf Praxistauglichkeit zu testen. Die Ergebnisse des Versuchswesens sind Grundlage der Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie der Beratungsarbeit und Basis für die Wettbewerbskraft und Umweltverträglichkeit der rheinland-pfälzischen Agrarwirtschaft.

Versuchswesen											
Gesamtkosten	138.800 €	75.000 €	48.108 €	-26.892 €	-35,9%	150.000 €	134.726 €	-15.274 €	-10,2%	69.000 €	▲
Anzahl Versuchsfragen	37	25	23	-2	-8,0%	25	23	-2	-8,0%	17	►

Anlage 17

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2016
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 14 51 im Haushaltsjahr 2016
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Westerwald-Osteifel

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2015 [1]	Planwert zum 30.06.2016 [1]	Istwert zum 30.06.2016 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2016 [1]	Istwert zum 31.12.2016 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 30.06.2017 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼
Bodenordnung											
Kosten Bodenordnungsverfahren	4.275.698 €	2.275.000 €	1.710.174 €	-564.826 €	-24,8%	4.550.000 €	4.175.030 €	-374.970 €	-8,2%	2.275.000 €	▲
Verfahrensfläche											
projektbezogene Untersuchung	0 ha	0 ha	0 ha			2.306 ha	1.015 ha	-1.291 ha	-56,0%	0 ha	▼
Anordnung neuer Verfahren	958 ha	0 ha	0 ha			2.673 ha	1.266 ha	-1.407 ha	-52,6%	0 ha	▼
Vermessungskonzept	2.567 ha	0 ha	0 ha			2.673 ha	1.266 ha	-1.407 ha	-52,6%	0 ha	▼
Anlagenplan	1.648 ha	0 ha	0 ha			906 ha	420 ha	-486 ha	-53,6%	0 ha	▼
Besitzübergang	2.175 ha	0 ha	0 ha			0 ha	11 ha	11 ha	100,0%	0 ha	▲
Grundbuchberichtigung	2.791 ha	0 ha	0 ha			1.232 ha	727 ha	-505 ha	-41,0%	0 ha	▼
Katasterberichtigung	2.767 ha	0 ha	0 ha			1.232 ha	716 ha	-516 ha	-41,9%	0 ha	▼
Verfahrensabschluss	2.668 ha	0 ha	0 ha			3.315 ha	3.490 ha	175 ha	5,3%	0 ha	▲

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Bodenordnung:
Es sollen Maßnahmen der Agrarstrukturverbesserung zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und des Weinbaus und die Mitwirkung bei der Umsetzung landespflegerischer Planungen in der Fläche erfolgen.
Die Vorbereitung und Durchführung der ländlichen Bodenordnung richtet sich nach den Leitlinien Ländliche Bodenordnung in Rheinland-Pfalz. Das Programm "Ländliche Bodenordnung 2007 bis 2013" enthält die hierzu maßgeblichen Arbeitsvorgaben.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Maßnahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung und Agrarstrukturverbesserung sollen zur Belebung der Wirtschaftskraft und Beschäftigung im ländlichen Raum, zur Förderung, Sicherung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und des Weinbaus, zur Ermöglichung und Unterstützung einer bedarfsgerechten Infrastrukturausstattung, zur wirksamen Unterstützung der Gemeindeentwicklung, zum nachhaltigen Schutz und zur Entwicklung natürlicher Lebensgrundlagen, zur Unterstützung der Wasserwirtschaft durch Flächenmanagement, zum Ordnen, Erschließen und nachhaltigen Entwickeln von Waldflächen und zum Fördern des ländlichen Tourismus und von Kooperationen in der gesamten Fläche des Landes erfolgen.

Qualitäten / Bürgerorientierung:
Gesamtziel ist es, für alle Maßnahmenbereiche in jedem einzelnen Bodenordnungsverfahren im notwendigen und zweckmäßigen Umfang eine größtmögliche Wertschöpfung (Leistungswirkung) zu erzielen.

Abweichungserläuterung:
PROJEKTBEZOGENE UNTERSUCHUNG: Der Untersuchungsumfang zu den vorgesehenen Verfahren reduzierte sich auf den notwendigen Umfang
ANORDNUNG / VERMESSUNGSKONZEPT: Verzögerungen in einem durch den Landesbetrieb Mobilität durchgeführten Planfeststellungsverfahren
ANLAGENPLAN: Verzögerungen durch personelle (krankheitsbedingte) Engpässe im Baubereich
GRUNDBUCH- / KATASTERBERICHTIGUNG: Zurückstellung des Rechtsübergangs in den neuen Bestand wegen noch notwendiger Ausbaumaßnahmen in Verbindung mit Grundstücksveränderungen
Gegensteuerungsmaßnahmen sind insgesamt nicht erforderlich. Die Jahresplanungen sind unter Berücksichtigung der komplexen Verfahrensabläufe und der rückläufigen personellen Ressourcen anzupassen.

Erläuterungen zu den Verfahrensflächen
Der Plan- und Istwert zum Stichtag 30. Juni kann aufgrund der vegetationsbedingten landwirtschaftlichen bzw. weinbaulichen Nutzung der Flächen lediglich mit 0 ha angegeben werden.

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲
bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ►
bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

Anlage 18

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2016
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 14 52 im Haushaltsjahr 2016
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Eifel

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2015 [1]	Planwert zum 30.06.2016 [1]	Istwert zum 30.06.2016 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2016 [1]	Istwert zum 31.12.2016 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 30.06.2017 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Schule:

Unterricht in der "Berufsbildenden Schule Landwirtschaft" gemäß Landesgesetz für die Schulen in Rheinland-Pfalz; eingerichtet sind Berufs- sowie Fachschul- und Technikerklassen für Landwirte.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

In der agrarwirtschaftlichen Aus- und Fortbildung soll fachbezogener Unterricht für alle Schülerinnen und Schüler an den Agrarwirtschaftlichen Schulen kostengünstig auf hohem Qualitätsniveau erteilt werden.

Schule											
Berufsschule											
Anzahl Klassen aller Fachrichtungen	5	4	5	1	25,0%	4	4	0	0,0%	4	▲
Anzahl Schüler aller Fachrichtungen	90	71	90	19	26,8%	71	78	7	9,9%	78	▲
Fachschule (inkl. Techniker)											
Anzahl Klassen aller Fachrichtungen	3	3	3	0	0,0%	3	2	-1	-33,3%	2	▼
Anzahl Schüler aller Fachrichtungen	46	40	46	6	15,0%	40	40	0	0,0%	40	▲
Durchschn. Kosten pro Unterrichtsstunde und Schüler	7,23 €	9,00 €	6,07 €	-2,93 €	-32,6%	9,00 €	5,55 €	-3,45 €	-38,3%	8,50 €	▲

Qualitäten / Bürgerorientierung:

Einsatz moderner Unterrichtsmittel (E-learning, Smartboard); Einsatz von Praktikern zu ausgewählten Unterrichtseinheiten zur optimierten Verknüpfung von Theorie und Praxis, Lehrerfortbildung: Einführung aktueller EDV-Programme.

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Im Jahr 2016/17 wurde kein Techniker Lehrgang angeboten. Der gemeinsame Kurs der Techniker/Meister wurde nach Festlegung der Zielzahlen 2015/16 geplant. Diese Weiterbildungsform soll alle zwei Jahre angeboten werden.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Beratung:

Beratung in Pflanzenbau und Grünland, Tierhaltung sowie "Energie und Landwirtschaft".

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Im Planungszeitraum soll in agrarwirtschaftlichen Betrieben zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Sicherung einer umweltgerechten Produktion qualifizierte Beratung in Tierproduktion, Grünlandbewirtschaftung, Pflanzenbau sowie Energie und Landwirtschaft nachfrageorientiert und kostengünstig angeboten werden.

Beratung											
Anzahl Beratungen Pflanzenbau und Grünland	11.113	2.750	4.259	1.509	54,9%	5.500	8.656	3.156	57,4%	3.500	▲
durchschn. Kosten pro Beratung	30,46 €	45,00 €	29,61 €	-15,39 €	-34,2%	45,00 €	33,33 €	-11,67 €	-25,9%	45,00 €	▲
Anzahl Beratungen Energie und Landwirtschaft	580	150	829	679	452,7%	300	947	647	215,7%	200	▲
durchschn. Kosten pro Beratung	71,52 €	200,00 €	27,68 €	-172,32 €	-86,2%	200,00 €	54,55 €	-145,45 €	-72,7%	100,00 €	▲
Anzahl Beratungen Tierhaltung	2.384	1.000	780	-220	-22,0%	2.000	1.770	-230	-11,5%	800	►
durchschn. Kosten pro Beratung	145,66 €	200,00 €	211,59 €	11,59 €	5,8%	200,00 €	208,38 €	8,38 €	4,2%	200,00 €	►

Qualitäten / Bürgerorientierung:

Einheit von Unterricht, Beratung und Versuchswesen gewährleistet die Praxisnähe der Beratung.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Fachliche Weiterbildung und Information:

Berufsbezogene Erwachsenenbildung in Tierproduktion, Grünland, Pflanzenbau und Nachwachsende Rohstoffe (NaWaRo).

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Für die agrarwirtschaftlichen Betriebe soll die fachliche Weiterbildung und Information unter besonderer Berücksichtigung umweltpolitischer und gesellschaftspolitischer Vorgaben nachfrageorientiert und kostengünstig sichergestellt werden.

Weiterbildung											
Anzahl zielgruppenorientierter Beratungsrundschreiben/ -Faxe, -Mails und Veröffentlichungen	944	250	262	12	4,8%	500	830	330	66,0%	300	▲
Anzahl Weiterbildungsveranstaltungen	87	40	45	5	12,5%	80	69	-11	-13,8%	40	►

Qualitäten / Bürgerorientierung:

Zielgruppenerreichung durch den Einsatz moderner Medien wie z.B. Webinare

---

Anlage 18

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2016
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 14 52 im Haushaltsjahr 2016
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Eifel

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2015 [1]	Planwert zum 30.06.2016 [1]	Istwert zum 30.06.2016 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2016 [1]	Istwert zum 31.12.2016 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 30.06.2017 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼
Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Versuchswesen: Versuchswesen in Pflanzenbau, Grünland und Nachwachsende Rohstoffe.											
Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen: Am DLR Eifel wird ein Versuchsfeld im Bereich Landwirtschaft unterhalten. Die Versuchsergebnisse sind Grundlage der Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie der Beratungsarbeit und dienen der Wissensgenerierung für eine nachhaltige Agrarwirtschaft.											
Versuchswesen											
Gesamtkosten	453.755 €	225.000 €	150.537 €	-74.463 €	-33,1%	450.000 €	431.486 €	-18.514	-4,1%	225.000 €	▲
Anzahl Versuchsfragen	50	50	40	-10	-20,0%	40	40	0	0,0%	50	▲
Qualitäten / Bürgerorientierung: Effizienzsteigerung durch länder- und grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Erfahrungsaustausch (Nordrhein-Westfalen, Deutschsprachige Gemeinschaft, Wallonische Region und Luxemburg).											
Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Bodenordnung: Es sollen Maßnahmen der Agrarstrukturverbesserung zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und die Mitwirkung bei der Umsetzung landespflegerischer Planungen in der Fläche erfolgen. Die Vorbereitung und Durchführung der ländlichen Bodenordnung richtet sich nach den Leitlinien ländliche Bodenordnung in Rheinland-Pfalz. Das Programm "Ländliche Bodenordnung 2007 bis 2013" enthält die hierzu maßgeblichen Arbeitsvorgaben.											
Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen: Maßnahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung und Agrarstrukturverbesserung sollen zur Belebung der Wirtschaftskraft und Beschäftigung im ländlichen Raum, zur Förderung, Sicherung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft, zur Ermöglichung und Unterstützung einer bedarfsgerechten Infrastrukturausstattung, zur wirksamen Unterstützung der Gemeindeentwicklung, zum nachhaltigen Schutz und zur Entwicklung natürlicher Lebensgrundlagen, zur Unterstützung der Wasserwirtschaft durch Flächenmanagement, zum Ordnen, Erschließen und nachhaltigen Entwickeln von Waldflächen und zum Fördern des Ländlichen Tourismus und von Kooperationen in der gesamten Fläche des Landes erfolgen.											
Bodenordnung											
Kosten Bodenordnungsverfahren	2.873.597 €	1.425.000 €	1.161.600 €	-263.400 €	-18,5%	2.850.000 €	2.794.821 €	-55.179	-1,9%	2.850.000 €	▲
Verfahrensfläche											
Projektbezogene Untersuchung	1.939 ha	0 ha	0 ha			610 ha	610 ha	0 ha	0,0%	0 ha	▲
Anordnung neuer Verfahren	1.639 ha	0 ha	0 ha			805 ha	785 ha	-20 ha	-2,5%	0 ha	►
Vermessungskonzept	1.639 ha	0 ha	0 ha			610 ha	590 ha	-20 ha	-3,3%	0 ha	►
Anlagenplan	1.076 ha	0 ha	0 ha			625 ha	621 ha	-4 ha	-0,6%	0 ha	►
Besitzübergang	953 ha	0 ha	0 ha			2.576 ha	2.608 ha	32 ha	1,2%	0 ha	▲
Grundbuchberichtigung	32 ha	0 ha	0 ha			5.542 ha	3.265 ha	-2.277 ha	-41,1%	0 ha	▼
Katasterberichtigung	32 ha	0 ha	0 ha			5.542 ha	3.265 ha	-2.277 ha	-41,1%	0 ha	▼
Verfahrensabschluss	0 ha	0 ha	0 ha			2.602 ha	1.108 ha	-1.494 ha	-57,4%	0 ha	▼

Qualitäten / Bürgerorientierung:

Gesamtziel ist es, für alle Maßnahmen in jedem einzelnen Bodenordnungsverfahren im notwendigen und zweckmäßigen Umfang eine größtmögliche Wertschöpfung (Leistungswirkung) zu erzielen.

Abweichungserläuterung:

"PROJEKTBEZOGENE UNTERSUCHUNG / ANORDNUNG / VERMESSUNGSKONZEPT / ANLAGENPLAN: Reduzierung der Verfahrensflächen
GRUNDBUCH- / KATASTERBERICHTIGUNG: Verzögerungen beim Katasterberichtigungsprozess verursacht durch die Größe eines Verfahrens und den damit verbundenen großen Datenmengen
VERFAHRENSABSCHLUSS: In mehreren Verfahren sind noch Restmaßnahmen auszuführen, die vor der Erstellung der Schlussverwendungsnachweise finanziell abzuwickeln sind.
Gegensteuerungsmaßnahmen sind insgesamt nicht erforderlich. Die Jahresplanungen sind unter Berücksichtigung der komplexen Verfahrensabläufe und der rückläufigen personellen Ressourcen anzupassen.

Erläuterungen zu den Verfahrensflächen

Der Plan- und Istwert zum Stichtag 30. Juni kann aufgrund der vegetationsbedingten landwirtschaftlichen bzw. weinbaulichen Nutzung der Flächen lediglich mit 0 ha angegeben werden.

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲
bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ►
bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

Anlage 19

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2016
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 14 53 im Haushaltsjahr 2016
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Rheinpfalz

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2015 [1]	Planwert zum 30.06.2016 [1]	Istwert zum 30.06.2016 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2016 [1]	Istwert zum 31.12.2016 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 30.06.2017 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Schule:
Unterricht in der "Berufsbildenden Schule Agrarwirtschaft" gemäß Landesgesetz für die Schulen in Rheinland-Pfalz; eingerichtet sind Berufs- und Fachschulklassen für Winzer und Gärtner.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
In der agrarwirtschaftlichen Aus- und Fortbildung soll fachbezogener Unterricht für alle Schülerinnen und Schüler an den Agrarwirtschaftlichen Schulen kostengünstig auf hohem Qualitätsniveau erteilt werden.

Schule											
Berufsschule											
Anzahl Klassen aller Fachrichtungen	20	21	20	-1	-4,8%	20	22	2	10,0%	22	▲
Anzahl Schüler aller Fachrichtungen	386	375	376	1	0,3%	370	414	44	11,9%	405	▲
Fachschule											
Anzahl Klassen aller Fachrichtungen	3	1	0	-1	-100,0%	3	4	1	33,3%	3	▲
Anzahl Schüler aller Fachrichtungen	77	15	0	-15	-100,0%	75	75	0	0,0%	60	▲
Durchschn. Kosten pro Unterrichtsstunde und Schüler	6,45 €	7,00 €	6,25 €	-0,75 €	-10,7%	6,50 €	7,16 €	1	10,2%	7,00 €	►

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Die höheren durchschn. Kosten/Ustd und Schüler sind auf die zusätzlichen Klassen zurückzuführen.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Dualer Studienganges Weinbau und Oenologie:
Durchführung des Dualen Studienganges Weinbau und Oenologie mit den Kooperationspartnern der Fachhochschulen Ludwigshafen, Bingen und Kaiserslautern.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Eine zielgerichtete, wissenschaftlich und praktisch fundierte Ausbildung von Führungskräften in den gleichberechtigten Bereichen Weinbau, Oenologie und BWL/Marketing für die nationale und internationale Weinwirtschaft wird angestrebt.

Dualer Studiengang Weinbau und Oenologie											
Anzahl Studierende	179	161	172	11	6,8%	200	182	-18	-9,0%	180	►
Anzahl an Kooperationsbetrieben	290	290	300	10	3,4%	300	300	0	0,0%	300	▲
Anzahl der Absolventen	29	18	7	-11	-61,1%	18	29	11	61,1%	15	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Es kommt hinsichtlich der Stichtage 30.06. und 31.12. immer wieder zu unvorhersehbaren Abweichungen, die sich aber wie im Jahre 2016 aufheben, so dass in der Summe der Istwerte beider Termine genau die Summe der Planwerte erreicht wurden.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Beratung:
Beratung in Weinbau & Oenologie.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Im Planungszeitraum soll in weinbaulichen Betrieben zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Sicherung einer umweltgerechten Produktion qualifizierte Beratung einschließlich Stellungnahmen und Analysen im akkreditierten Analyse- und Diagnoselabor des DLR Rheinpfalz nachfrageorientiert und kostengünstig angeboten werden.

Beratung											
Pflanzenschutzdatenbank für Sonderkulturen: Anzahl Nutzer	186.387	105.000	96.521	-8.479	-8,1%	170.000	186.407	16.407	9,7%	100.000	▲
Nach Bonitursystem Neustadt bonitierte Fläche	234 ha	240 ha	240 ha	0 ha	0,0%	240 ha	240 ha	0 ha	0,0%	240 ha	▲
Im Minimalschnittsystem bewirtschaftete Fläche	910 ha	920 ha	910 ha	-10 ha	-1,1%	610 ha	610 ha	0 ha	0,0%	590 ha	▲
Im Rahmen von Bewirtschaftungsverträgen bewirtschaftete Flächen	520 ha	520 ha	530 ha	10 ha	1,9%	530 ha	530 ha	0 ha	0,0%	551 ha	▲
Ökologisch bewirtschaftete Fläche	2.050 ha	2.100 ha	2.150 ha	50 ha	2,4%	1.800 ha	1.800 ha	0 ha	0,0%	1.854 ha	▲
Oenologie: Ablehnungsquote bei AP	2%	2%	2%	0%	0%	2%	2%	0%	0%	2%	▲
Oenologie: Durchgeführte FTIR Untersuchungen	46.228	10.000	11.315	1.315	13,2%	45.000	50.988	5.988	13,3%	11.000	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Der lange Herbst 2016 bedingte eine höhere Anzahl von Reifemessungen und Analysen von Versuchsvarianten.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Weiterbildung:
Berufsbezogene Erwachsenenbildung in Weinbau & Oenologie, Phytomedizin, Gartenbau und Ernährung.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Anlage 19

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2016
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 14 53 im Haushaltsjahr 2016
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Rheinpfalz

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2015 [1]	Planwert zum 30.06.2016 [1]	Istwert zum 30.06.2016 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2016 [1]	Istwert zum 31.12.2016 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 30.06.2017 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼

Für die weinbaulichen und gartenbaulichen Betriebe soll die fachliche Weiterbildung und Information nachfrageorientiert und kostengünstig sichergestellt werden. Neben klassischen Weiterbildungsveranstaltungen erschließen sich für die zielgruppenorientierte Information der Betriebe Rundschreiben sowie die elektronischen Kommunikationswege. Eine Steigerung der Teilnehmerzahl in Weiterbildungsveranstaltungen wird angestrebt.

Weiterbildung											
Anzahl zielgruppenorientierter Beratungsrundschreiben/ -Faxe, -Mails und Veröffentlichungen	944	750	405	-345	-46,0%	750	827	77	10,3%	400	▲
Anzahl Lehrgänge mit Zertifikat	10	5	3	-2	-40,0%	5	5	0	0,0%	3	▲
Kosten pro Lehrgangsteilnehmer	160 €	160 €	157 €	-3 €	-2,0%	160 €	160 €	0	0,0%	160	▲

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Forschung / Versuchswesen:

Angewandte Forschung in Weinbau & Oenologie, Phytomedizin im Weinbau und Phytomedizin im Gartenbau.
Versuchswesen in Weinbau & Oenologie, Phytomedizin und Gartenbau: am DLR Rheinpfalz werden Lehr- und Versuchsbetriebe im Bereich Weinbau, Obstbau, Gemüsebau, Zierpflanzenbau sowie Heil- und Gewürzpflanzenbau unterhalten.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Ziel des **Versuchswesens** ist es, Innovationen für die Praxisbetriebe zu entwickeln und/oder auf Praxistauglichkeit zu testen. Die Ergebnisse des Versuchswesens sind Grundlage der Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie der Beratungsarbeit.
Forschung in Weinbau, Oenologie und Phytomedizin Weinbau im Kompetenzzentrum Weinforschung für das gesamte Land Rheinland-Pfalz.
Ziel ist die Erforschung komplexer Wirkzusammenhänge im Kontext Gesunderhaltung von Reben und Trauben, nachhaltiger Erzeugung hochwertiger Trauben, qualitätsorientierter und ressourcenschonender Traubenverarbeitung und Weinbereitung und ihrer gezielten Steuerung, sowie - der Bereitstellung betriebswirtschaftlicher Instrumente zur Verbesserung des Betriebserfolges. Hierbei werden in Kooperationen mit nationalen und internationalen Forschungseinrichtungen und Universitäten neue Methoden entwickelt und angewandt, um für bisher nicht verstandene Probleme und Phänomene eine wissensbasierte Lösung zu generieren.

Angewandte Forschung und Versuchswesen											
Zahl der Forschungsprojekte	91	90	92	2	2,2%	90	98	8	8,9%	95	▲
davon Drittmittelfinanziert	61	55	57	2	3,6%	55	65	10	18,2%	62	▲
Höhe der Drittmittel für angewandte Forschung	1,5 Mio €	1,3 Mio €	1,2 Mio €	-0,1 Mio €	-7,7%	1,5 Mio €	2,1 Mio €	0,6	40,0%	1,5 Mio €	▲
Gesamtkosten Versuchswesen	3.279.222 €	1.700.000 €	1.351.461 €	-348.539 €	-20,5%	3.300.000 €	3.251.373 €	-48.627	-1,5%	1.500.000 €	▲
Anzahl Versuche/Untersuchungen	5.346	2.000	3.013	1.013	50,7%	5.500	5.754	254	4,6%	2.500	▲

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Bodenordnung:

Es sollen Maßnahmen der Agrarstrukturverbesserung zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und des Weinbaus und die Mitwirkung bei der Umsetzung landespflegerischer Planungen in der Fläche erfolgen. Hochwasserschutzmaßnahmen des Bundes und des Landes werden bodenordnerisch begleitet. Die Vorbereitung und Durchführung der ländlichen Bodenordnung richtet sich nach den Leitlinien ländliche Bodenordnung in Rheinland-Pfalz. Das Programm "Ländliche Bodenordnung 2007 bis 2013" enthält die hierzu maßgeblichen Arbeitsvorgaben.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Maßnahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung und Agrarstrukturverbesserung sollen zur Belebung der Wirtschaftskraft und Beschäftigung im ländlichen Raum, zur Förderung, Sicherung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und des Weinbaus, zur Ermöglichung und Unterstützung einer bedarfsgerechten Infrastrukturausstattung, zur wirksamen Unterstützung der Gemeindeentwicklung, zum nachhaltigen Schutz und zur Entwicklung natürlicher Lebensgrundlagen, zur Unterstützung der Wasserwirtschaft durch Flächenmanagement, zum Ordnen, Erschließen und nachhaltigen Entwickeln von Waldflächen und zum Fördern des Ländlichen Tourismus und von Kooperationen in der gesamten Fläche des Landes erfolgen.

Bodenordnung											
Kosten Bodenordnungsverfahren	2.450.910 €	1.300.000 €	1.126.293 €	-173.707 €	-13%	2.400.000 €	2.570.918 €	170.918	7,1%	1.250.000 €	►
Verfahrensfläche											
Projektbezogene Untersuchung	709 ha	0 ha	0 ha			443 ha	63 ha	-380 ha	-85,8%	0 ha	▼
Anordnung neuer Verfahren	419 ha	0 ha	0 ha			347 ha	691 ha	344 ha	99,1%	0 ha	▲
Vermessungskonzept	91 ha	0 ha	0 ha			392 ha	111 ha	-281 ha	-71,7%	0 ha	▼
Anlagenplan	864 ha	0 ha	0 ha			2.240 ha	529 ha	-1.711 ha	-76,4%	0 ha	▼
Besitzübergang	1.148 ha	0 ha	0 ha			488 ha	124 ha	-364 ha	-74,6%	0 ha	▼
Grundbuchberichtigung	755 ha	0 ha	0 ha			1.136 ha	373 ha	-763 ha	-67,2%	0 ha	▼
Katasterberichtigung	436 ha	0 ha	0 ha			1.020 ha	257 ha	-763 ha	-74,8%	0 ha	▼
Verfahrensabschluss	93 ha	0 ha	0 ha			924 ha	1.725 ha	801 ha	86,7%	0 ha	▲

Qualitäten / Bürgerorientierung:

Gesamtziel ist es, für alle Maßnahmen in jedem einzelnen Bodenordnungsverfahren im notwendigen und zweckmäßigen Umfang eine größtmögliche Wertschöpfung (Leistungswirkung) zu erzielen.

Anlage 19

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2016
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 14 53 im Haushaltsjahr 2016
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Rheinpfalz

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2015 [1]	Planwert zum 30.06.2016 [1]	Istwert zum 30.06.2016 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2016 [1]	Istwert zum 31.12.2016 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 30.06.2017 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼

Abweichungserläuterung:

PROJEKTBEZOGENE UNTERSUCHUNG / VERMESSUNGSKONZEPT: Zurückstellung der Arbeiten wegen des bestehenden Moderationsbedarfs vor Ort
ANLAGENPLAN: Verzögerungen a) wegen personeller Engpässe im Bau- und Landespflegebereich und b) wegen fehlender externer Artenschutz- und Verträglichkeitsprüfungen
BESITZÜBERGANG: Verzögerung wegen einer außerplanmäßig durchzuführenden Kampfmittelsondierung in einem Verfahren
GRUNDBUCH- / KATASTERBERICHTIGUNG: Verschiebung des Vollzugs wegen a) der Berücksichtigung einer noch ausstehenden Spruchstellenentscheidung und b) der Berücksichtigung einer vorab durchzuführenden Datenbereinigung durch das Vermessungs- und Katasteramt
Gegensteuerungsmaßnahmen sind insgesamt nicht erforderlich. Die Jahresplanungen sind unter Berücksichtigung der komplexen Verfahrensabläufe und der rückläufigen personellen Ressourcen anzupassen.

Erläuterungen zu den Verfahrensflächen

Der Plan- und Istwert zum Stichtag 30. Juni kann aufgrund der vegetationsbedingten landwirtschaftlichen bzw. weinbaulichen Nutzung der Flächen lediglich mit 0 ha angegeben werden. Niedrigerer Kostenwert aufgrund geändertem Berichtszeitraum.

---

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲
bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ►
bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

Anlage 20

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2016
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 14 54 im Haushaltsjahr 2016
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Mosel

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2015 [1]	Planwert zum 30.06.2016 [1]	Istwert zum 30.06.2016 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2016 [1]	Istwert zum 31.12.2016 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 30.06.2017 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Schule:
Unterricht in der "Berufsbildenden Schule" gemäß Landesgesetz für die Schulen in Rheinland-Pfalz; eingerichtet sind Berufsschulklassen für Winzer und Weintechnologen (vormals: Weinküfer).

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
In der agrarwirtschaftlichen Aus- und Fortbildung soll fachbezogener Unterricht für alle Schülerinnen und Schüler an den Agrarwirtschaftlichen Schulen kostengünstig auf hohem Qualitätsniveau erteilt werden.

Schule											
Berufsschule											
Anzahl Klassen aller Fachrichtungen	6	4	6	2	50,0%	7	7	0	0,0%	7	▲
Anzahl Schüler aller Fachrichtungen	117	70	116	46	65,7%	130	123	-7	-5,4%	130	►
Durchschn. Kosten pro Unterrichtsstunde und Schüler	7,66 €	8,00 €	3,91 €	-4,09 €	-51,1%	8,00 €	5,70 €	-2,30 €	-28,8%	8,00 €	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Schulanmeldungen erfolgen kurzfristig und die Anzahl der Schüler unterliegt während des Schuljahres einer gewissen Fluktuation, so dass eine punktgenaue Planung der Schülerzahlen schwierig ist. Eine Abweichung von "nur" etwa 5 % ist daher bei der relativ geringen Gesamtschülerzahl als normal anzusehen.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Beratung:
Beratung in Weinbau.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Im Planungszeitraum soll Weinbaubetrieben zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Sicherung einer umweltgerechten Produktion qualifizierte Beratung zu Weinbau und Oenologie nachfrageorientiert und kostengünstig angeboten werden.

Beratung											
Weinbau Oenologie: Anzahl Beratungen	12.994	5.000	3.347	-1.653	-33,1%	7.500	7.977	477	6,4%	3.500	▲
durchschn. Kosten pro Beratung	27,80 €	30,00 €	49,68 €	19,68 €	65,6%	30,00 €	47,36 €	17,36 €	57,9%	30,00 €	▼

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
In den vergangenen Jahren wurde die individuelle Einzelberatung kontinuierlich zugunsten von Weiterbildungsveranstaltungen und Gruppenberatungen reduziert. Die verbliebenen Individualberatuingen sind als "Spezialberatungen" anzusehen und zeitlich aufwändiger, was die Kosten der einzelnen Beratung steigen lässt; aufgrund der weiterhin sinkenden Anzahl der Beratungen sinken jedoch auch die Gesamtkosten.
Nach einem unkomplizierten Weinjahrgang 2015 und einem reibungslosen Leseherbst 2016 entstand kaum oenologischer Beratungsbedarf in 2016. Die geleisteten Beratungen sind zum großen Teil auf die schwierige Pflanzenschutzsituation und daraus resultierenden Beratungsbedarf in 2016 zurückzuführen.
Im Allgemeinen trägt jedoch auch die dünne Personaldecke und die Priorisierung anderer Aufgaben (Schule, Agrarprüfdienst) dazu bei, dass Beratung in 2016 nicht immer nachfrageorientiert angeboten werden konnte.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Weiterbildung:
Berufsbezogene Erwachsenenbildung.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Für die agrarwirtschaftlichen Betriebe soll die fachliche Weiterbildung und Information nachfrageorientiert und kostengünstig sichergestellt werden. Für die zielgruppenorientierte Information der Betriebe eignen sich Rundschreiben sowie die elektronischen Kommunikationswege.

Weiterbildung											
Anzahl zielgruppenorientierter Beratungsrundschreiben/ -Faxe, -Mails und Veröffentlichungen	139	150	26	-124	-82,7%	50	42	-8	-16,0%	35	▼
Anzahl Lehrgänge mit Zertifikat	3	1	2	1	100,0%	3	2	-1	-33,3%	02	▼
Kosten pro Lehrgangsteilnehmer	0,00 €	155,00 €	27,56 €	-127,44 €	-82,2%	155,00 €	28,00 €	-127,00 €	-81,9%	155,00 €	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
Beratungsrundschreiben richten sich sowohl nach dem Bedarf von Beratung, der insgesamt 2016 geringer war (vgl. Erläuterungen "Beratung"), wie auch an den personellen Kapazitäten. Erfahrungsgemäß wird der Beratungsbedarf 2017 wieder ansteigen.
Die relative Veränderung bei den Lehrgängen mit Zertifikat ist der geringen absoluten Anzahl geschuldet. Aufgrund mangelnder Nachfrage wurde ein Lehrgang (von drei geplanten) nicht angeboten.
Beratungsrundschreiben, Lehrgängen und Weiterbildungsveranstaltungen werden gegenüber Einzelberatung Vorrang gegeben, so dass eine bedarfsgerechte Deckung gewährleistet werden kann.

Anlage 20

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2016
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 14 54 im Haushaltsjahr 2016
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Mosel

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2015 [1]	Planwert zum 30.06.2016 [1]	Istwert zum 30.06.2016 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2016 [1]	Istwert zum 31.12.2016 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 30.06.2017 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼
Versuchswesen											
Gesamtkosten	490.225 €	250.000 €	141.742 €	-108.258 €	-43,3%	500.000 €	378.981 €	-121.019 €	-24,2%	250.000 €	▲
Anzahl Versuchsfragen	60	40	20	-20	-50,0%	40	40	0	0,0%	40	▲

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Versuchswesen:
Versuchswesen im Weinbau: am DLR Mosel wird ein Versuchsbetrieb im Weinbau unterhalten.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Ziel ist es, Innovationen für die Praxisbetriebe zu entwickeln und/oder auf Praxistauglichkeit zu testen. Die Ergebnisse des Versuchswesens sind Grundlage der Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie der Beratungsarbeit und Basis für die Wettbewerbskraft und Umweltverträglichkeit der rheinland-pfälzischen Agrarwirtschaft.

Bodenordnung											
Kosten Bodenordnungsverfahren	3.607.758 €	1.850.000 €	1.471.439 €	-378.561 €	-20,5%	3.500.000 €	3.307.905 €	-192.095 €	-5,5%	1.750.000 €	▲
Verfahrensfläche											
Projektbezogene Untersuchung	0 ha	0 ha	0 ha			221 ha	221 ha	0 ha	0,0%	0 ha	▲
Anordnung neuer Verfahren	937 ha	0 ha	0 ha			0 ha	0 ha	0 ha	0,0%	0 ha	▲
Vermessungskonzept	937 ha	0 ha	0 ha			0 ha	0 ha	0 ha	0,0%	0 ha	▲
Anlagenplan	269 ha	0 ha	0 ha			1.150 ha	1.135 ha	-15 ha	-1,3%	0 ha	►
Besitzübergang	2.799 ha	0 ha	0 ha			425 ha	556 ha	131 ha	30,8%	0 ha	▲
Grundbuchberichtigung	1.371 ha	0 ha	0 ha			5.765 ha	3.651 ha	-2.114 ha	-36,7%	0 ha	▼
Katasterberichtigung	1.371 ha	0 ha	0 ha			5.765 ha	3.289 ha	-2.476 ha	-42,9%	0 ha	▼
Verfahrensabschluss	640 ha	0 ha	0 ha			3.133 ha	667 ha	-2.466 ha	-78,7%	0 ha	▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Bodenordnung:
Es sollen Maßnahmen der Agrarstrukturverbesserung zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und des Weinbaus und die Mitwirkung bei der Umsetzung landespflegerischer Planungen in der Fläche erfolgen. Die Vorbereitung und Durchführung der ländlichen Bodenordnung richtet sich nach den Leitlinien ländliche Bodenordnung in Rheinland-Pfalz. Das Programm "Ländliche Bodenordnung 2007 bis 2013" enthält die hierzu maßgeblichen Arbeitsvorgaben.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:
Maßnahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung und Agrarstrukturverbesserung sollen zur Belebung der Wirtschaftskraft und Beschäftigung im ländlichen Raum, zur Förderung, Sicherung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und des Weinbaus, zur Ermöglichung und Unterstützung einer bedarfsgerechten Infrastrukturausstattung, zur wirksamen Unterstützung der Gemeindeentwicklung, zum nachhaltigen Schutz und zur Entwicklung natürlicher Lebensgrundlagen, zur Unterstützung der Wasserwirtschaft durch Flächenmanagement, zum Ordnen, Erschließen und nachhaltigen Entwickeln von Waldflächen und zum Fördern des Ländlichen Tourismus und von Kooperationen in der gesamten Fläche des Landes erfolgen.

Qualitäten / Bürgerorientierung:
Gesamtziel ist es, für alle Maßnahmenbereiche in jedem einzelnen Bodenordnungsverfahren im notwendigen und zweckmäßigen Umfang eine größtmögliche Wertschöpfung (Leistungswirkung) zu erzielen.

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:
ANLAGENPLAN: Verzögerungen wegen eines aufwändigen Abstimmungsprozesses mit der Stadt Trier in einem Verfahren
GRUNDBUCH- / KATASTERBERICHTIGUNG: In fünf Verfahren wurde der aufwändige EDV-gestützte Berichtigungsprozess im Nov./Dez. 2016 in Gang gesetzt. Mit dem Vollzug ist im Januar 2017 zu rechnen.
VERFAHRENSABSCHLUSS: Verzögerungen durch personelle Engpässe im Verwaltungsbereich (bedingt durch Krankheit und Versetzung je eines Mitarbeiters)
Gegensteuerungsmaßnahmen sind insgesamt nicht erforderlich. Die Jahresplanungen sind unter Berücksichtigung der komplexen Verfahrensabläufe und der rückläufigen personellen Ressourcen anzupassen.

Erläuterungen zu den Verfahrensflächen
Der Plan- und Istwert zum Stichtag 31. Juli kann aufgrund der vegetationsbedingten landwirtschaftlichen bzw. weinbaulichen Nutzung der Flächen lediglich mit 0 ha angegeben werden.

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielüberfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲
bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ►
bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

Anlage 21

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2016
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 14 55 im Haushaltsjahr 2016
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Rheinhessen-Nahe-Hunsrück

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2015 [1]	Planwert zum 30.06.2016 [1]	Istwert zum 30.06.2016 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2016 [1]	Istwert zum 31.12.2016 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 30.06.2017 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼
Schule											
Berufsschule											
Anzahl Klassen aller Fachrichtungen	31	28	31	3	10,7%	28	33	5	17,9%	31	▲
Anzahl Schüler aller Fachrichtungen	659	600	659	59	9,8%	600	628	28	4,7%	660	▲
Fachschule											
Anzahl Klassen aller Fachrichtungen	10	8	10	2	25,0%	8	10	2	25,0%	10	▲
Anzahl Schüler aller Fachrichtungen	192	160	192	32	20,0%	160	182	22	13,8%	195	▲
Anzahl Schüler sonstiger Klassen	0	18	0	-18	-100,0%	18	0	-18	-100,0%	entfällt	
Durchschn. Kosten pro Unterrichtsstunde und Schüler	7,08 €	9,76 €	6,29 €	-3,47 €	-35,6%	9,76 €	7,57 €	-2,19 €	-22,4%	7,00 €	▲

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Schule:

Unterricht in der "Berufsbildenden Schule Landwirtschaft" gemäß Landesgesetz für die Schulen in Rheinland-Pfalz; eingerichtet sind Berufs-, Berufsfachschul-, Berufsoberschul-, Fachschul- und Technikerklassen für Landwirte, Winzer, Gärtner, Pferdewirte und Forstwirte.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

In der agrarwirtschaftlichen Aus- und Fortbildung soll fachbezogener Unterricht für alle Schülerinnen und Schüler an den Agrarwirtschaftlichen Schulen kostengünstig auf hohem Qualitätsniveau erteilt werden. Durch intensivierten Förderunterricht soll der Anteil der Schule an den Gesamtleistungen der Dienststelle gesteigert werden.

Abweichungserläuterungen und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Anzahl Schüler sonstiger Klassen: keine Klassenbildung in der Berufsfachschule und Berufsoberschule; zu geringe Anmeldezahlen; Gegenmaßnahmen: Werbung auf Ausbildungsbörsen intensivieren.

Beratung zu Ackerbau sowie Weinbau, Oenologie und Weinmarketing (WOW)											
Anzahl Beratungen Ackerbau	10.815	4.500	3.625	-875	-19,4%	9.000	6.079	-2.921	-32,5%	5.500	▼
durchschn. Kosten je Ackerbauberatung	61,30 €	45,00 €	51,19 €	6,19 €	13,8%	45,00 €	54,71 €	9,71 €	21,6%	60,00 €	▼
Anzahl Beratungen WOW	11.323	5.000	2.975	-2.025	-40,5%	10.000	7.898	-2.102	-21,0%	5.750	▼
durchschn. Kosten pro Beratung WOW	44,37 €	45,00 €	55,33 €	10,33 €	23,0%	45,00 €	50,64 €	5,64 €	12,5%	40,00 €	►

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Beratung:

Beratung in Ackerbau sowie Weinbau, Oenologie und Weinmarketing (WOW).

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Im Planungszeitraum soll in agrarwirtschaftlichen Betrieben zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Sicherung einer umweltgerechten Produktion qualifizierte Beratung nachfrageorientiert und kostengünstig angeboten werden.

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Anzahl Beratungen Ackerbau:
Die geringere Anzahl der Beratungen im Ackerbau (- 20 %) gegenüber der Zielvorgabe ist durch Personalknappheit zu erklären. Gegensteuerungsmaßnahmen: bessere Personalausstattung.
durchschn. Kosten je Ackerbauberatung: Die höheren Kosten in der Ackerbauberatung sind der Witterung und damit einhergehenden schwierigen Bodenverhältnisse zeitaufwänderiger und intensiver erfolgen mussten. Keine Gegensteuerungsmaßnahmen.
Wb: Die hohen Befallsprobleme mit Peronospora in diesem Jahr haben offensichtlich nicht zu einer wesentlich höheren (telefonischen) Beratungsanfrage geführt. Desweiteren wurde im Rebschutzfax (2 mal pro Woche) eine sehr umfängliche Beratung geleistet, welche einen persönlichen Kontakt vielfach nicht erforderlich machte. Das optimale Herbstwetter hat keinen Kirschessigfliegenbefall zugelassen und die Trauben von Botrytis verschont. Dies hat die Beratungsanfrage im Weinbau und Rebschutz in diesem Zeitraum vermindert.
Oe: Im Bereich der oenologischen Beratung wurden weniger Einzel- als auch Gruppenberatungen durchgeführt, da sich der Jahrgang 2016 wider Erwarten wenig problematisch darstellte, was die Nachfrage reduzierte. Dadurch stiegen auch die Kosten pro Beratung.
Eine intensivere Nachfrage ist bei problematischerem Jahrgangsverlauf im nächsten Jahr durchaus zu erwarten.

Weiterbildung											
Anzahl zielgruppenorientierter Beratungsrundschreiben/ -Faxe, -Mails und Veröffentlichungen	758	500	292	-208	-41,6%	1.000	889	-111	-11,1%	380	►
Anzahl Lehrgänge mit Zertifikat	8	5	7	1	40,0%	11	8	-3	-27,3%	4	▼
Kosten pro Lehrgangsteilnehmer	157,20 €	180,00 €	53,98 €	-126,02 €	-70,0%	180,00 €	65,34 €	-114,66 €	-63,7%	150,00 €	▲

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Weiterbildung:

Berufsbezogene Erwachsenenbildung in Tierproduktion, Pflanzenbau, Weinbau und Ernährung. An Lehrgängen mit Abschlusszertifikat werden Lehrgänge zum Erwerb der Sachkunde im Pflanzenschutz und zur Qualifikation als Kultur- und Weinbotschafter angeboten.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Für die agrarwirtschaftlichen Betriebe soll die fachliche Weiterbildung und Information nachfrageorientiert und kostengünstig sichergestellt werden. Neben klassischen Weiterbildungsveranstaltungen erschließen sich für die zielgruppenorientierte Information der Betriebe Rundschreiben sowie die elektronischen Kommunikationswege. Die Zugriffszahlen auf Fachinformationen der Internetportale sollen erhöht werden.

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2016
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 14 55 im Haushaltsjahr 2016
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Rheinhessen-Nahe-Hunsrück

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2015 [1]	Planwert zum 30.06.2016 [1]	Istwert zum 30.06.2016 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2016 [1]	Istwert zum 31.12.2016 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 30.06.2017 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

LW (Soll: 840, Ist: 561); WOW (Soll: 160, Ist: 328)
Die Anzahl der Beratungsrundschreiben im Ackerbau hängt von der jeweiligen Bestandsentwicklung, dem Krankheits- und Schädlingsauftreten sowie hauptsächlich vom Witterungsverlauf ab. In Anbetracht der hohen Niederschläge im Berichtszeitraum und des extremen Krankheitsbefalls in allen Ackerkulturen wäre demnach eine höhrere Zahl an Beratungsrundschreiben zu erwarten. Dies war aber nicht der Fall, da zwei Berater krankheitsbedingt im gesamten Berichtszeitraum ausfielen. Besonders gravierend machte sich dies im Kartoffelbau bemerkbar. Hier konnten keine Rundschreiben verschickt werden. Gegensteuerungsmaßnahmen: bessere Personalausstattung.

Anzahl Lehrgänge mit Zertifikat:
LW: Sachkunde-Lehrgänge 5 (3 KH, 1 SIM, 1 NW); Teilnehmer gesamt: 154, Prüfungen gesamt: 236 (inkl. Nach- und Einzelprüfungen)
Wb: In 2016 wurden aufgrund einer geringeren Nachfrage 2 Lehrgänge mit insgesamt 130 Personen angeboten.
Wm: In 2016 wurde ein Lehrgang KuWeiBos Rheinhessen mit 24 TN und Prüfungen beendet. Der Lehrgang Nahe mit 16 TN endet 2017 mit den Prüfungen, die entsprechenden Kennzahlen werden erst mit Abschluss des Lehrgangs in 2017 verbucht. Dies ist mit ein Grund, weshalb hier die Kosten pro Lehrgangsteilnehmer in 2016 höher liegen, da die Verrechnung der Kosten nur mit den bis zum 31.12.2016 verbuchten Kennzahlen erfolgt.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Versuchswesen:

Am Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Rheinhessen-Nahe-Hunsrück werden ein Versuchsfeld im Bereich Landwirtschaft sowie Versuchsbetriebe im Weinbau unterhalten und die Koordinierung des rheinland-pfälzischen Versuchswesens im Pflanzenbau durchgeführt.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Ziel ist es, Innovationen für die Praxisbetriebe zu entwickeln und/oder auf Praxistauglichkeit zu testen. Die Ergebnisse des Versuchswesens sind Grundlage der Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie der Beratungsarbeit und Basis für die Wettbewerbskraft und Umweltverträglichkeit der rheinland-pfälzischen Agrarwirtschaft.

Versuchswesen (Weinbau u. Oenologie, Ackerbau)											
Gesamtkosten	1.305.734 €	875.000 €	515.914 €	-359.086 €	-41,0%	1.750.000 €	1.316.013 €	-433.987 €	-24,8%	650.000 €	▲
Anzahl Versuche	164	165	137	-28	-17,0%	165	162	-3	-1,8%	165	►

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Anzahl Versuche LW (inkl. Öko-Versuche): Soll = 70, Ist = 85
Anzahl Versuche WOW: Soll = 95 (Wb. 65, Oe. 30), Ist = 77 (Wb. 52, Oe. 25)
Wb: 2016 wurden im Weinbau 52 Versuche durchgeführt (Quelle: Lotus-Notes-Versuchsdatenbank). Die weinbauliche Versuchstätigkeit musste aufgrund des Personalrückganges bereits in 2015 deutlich reduziert werden. Sollte sich die Personalsituation in 2017 wieder verbessern (was derzeit nicht absehbar ist), ist auch eine intensivere Versuchstätigkeit möglich.
Oe: Die Anzahl der Versuche schwankt von Jahr zu Jahr und in Abhängigkeit von der Versuchsfrage. Im Hinblick auf die zur Verfügung stehenden Ressourcen könnte durch Erfassung der gesamten Versuchsvarianten Kosten und Leistung besser in Relation gestellt werden. Die Anzahl der oenologischen realisierten Versuche betrug im HHJahr 2016 fünfundzwanzig und werden im HHJahr 2017 weitergeführt.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Bodenordnung:

Es sollen Maßnahmen der Agrarstrukturverbesserung zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und des Weinbaus und die Mitwirkung bei der Umsetzung landespflegerischer Planungen in der Fläche erfolgen.
Die Vorbereitung und Durchführung der ländlichen Bodenordnung richtet sich nach den Leitlinien ländliche Bodenordnung in Rheinland-Pfalz. Das Programm "Ländliche Bodenordnung 2007 bis 2013" enthält die hierzu maßgeblichen Arbeitsvorgaben.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Maßnahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung und Agrarstrukturverbesserung sollen zur Belebung der Wirtschaftskraft und Beschäftigung im ländlichen Raum, zur Förderung, Sicherung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und des Weinbaus, zur Ermöglichung und Unterstützung einer bedarfsgerechten Infrastrukturausstattung, zur wirksamen Unterstützung der Gemeindeentwicklung, zum nachhaltigen Schutz und zur Entwicklung natürlicher Lebensgrundlagen, zur Unterstützung der Wasserwirtschaft durch Flächenmanagement, zum Ordnen, Erschließen und nachhaltigen Entwickeln von Waldflächen und zum Fördern des Ländlichen Tourismus und von Kooperationen in der gesamten Fläche des Landes erfolgen.

Bodenordnung											
Kosten Bodenordnungsverfahren	3.725.213 €	2.000.000 €	1.589.744 €	-410.256 €	-20,5%	3.700.000 €	3.545.760 €	-154.240 €	-4,2%	3.600.000 €	▲
Verfahrensfläche											
Projektbezogene Untersuchung	1.134 ha	0 ha	0 ha			1.004 ha	634 ha	-370 ha	-36,9%	0 ha	▼
Anordnung neuer Verfahren	349 ha	0 ha	0 ha			143 ha	143 ha	0 ha	0,0%	0 ha	▲
Vermessungskonzept	1.748 ha	0 ha	0 ha			377 ha	626 ha	249 ha	66,0%	0 ha	▲
Anlagenplan	756 ha	0 ha	0 ha			2.282 ha	2.266 ha	-16 ha	-0,7%	0 ha	►
Besitzübergang	519 ha	0 ha	0 ha			2.738 ha	2.331 ha	-407 ha	-14,9%	0 ha	►
Grundbuchberichtigung	1.845 ha	0 ha	0 ha			3.519 ha	1.579 ha	-1.940 ha	-55,1%	0 ha	▼
Katasterberichtigung	1.436 ha	0 ha	0 ha			3.459 ha	2.224 ha	-1.235 ha	-35,7%	0 ha	▼
Verfahrensabschluss	267 ha	0 ha	0 ha			2.024 ha	2.024 ha	0 ha	0,0%	0 ha	▲

Anlage 21

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2016
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 14 55 im Haushaltsjahr 2016
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Rheinhessen-Nahe-Hunsrück

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2015 [1]	Planwert zum 30.06.2016 [1]	Istwert zum 30.06.2016 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2016 [1]	Istwert zum 31.12.2016 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 30.06.2017 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼

Qualitäten / Bürgerorientierung:

Gesamtziel ist es, für alle Maßnahmenbereiche in jedem einzelnen Bodenordnungsverfahren im notwendigen und zweckmäßigen Umfang eine größtmögliche Wertschöpfung (Leistungswirkung) zu erzielen.

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

PROJEKTBEZOGENE UNTERSUCHUNG: Fertigstellung einer Untersuchung wegen personeller Engpässe erst im I. Quartal 2017
ANLAGENPLAN: Verzögerung bei der Erstellung eines Planes wegen umfangreicher artenschutzrechtlicher Aspekte
BESITZÜBERGANG: Verzögerung in einem Verfahren wegen der Elternzeit des federführenden Sachgebietsleiters sowie der Berücksichtigung vielfältiger Ansprüche öffentlicher Träger
GRUNDBUCH- / KATASTERBERICHTIGUNG: Verzögerungen bei der Datenaufbereitung wegen prioritärer anderer Aufgaben der Verfahrensbearbeiter.
Gegensteuerungsmaßnahmen sind insgesamt nicht erforderlich. Die Jahresplanungen sind unter Berücksichtigung der komplexen Verfahrensabläufe und der rückläufigen personellen Ressourcen anzupassen.

Erläuterungen zu den Verfahrensflächen

Der Plan- und Istwert zum Stichtag 30. Juni kann aufgrund der vegetationsbedingten landwirtschaftlichen bzw. weinbaulichen Nutzung der Flächen lediglich mit 0 ha angegeben werden.

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲
bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ►
bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

Anlage 22

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2016
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 14 56 im Haushaltsjahr 2016
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Westpfalz

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2015 [1]	Planwert zum 30.06.2016 [1]	Istwert zum 30.06.2016 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2016 [1]	Istwert zum 31.12.2016 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 30.06.2017 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Beratung:

Beratung in der Landwirtschaft.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Im Planungszeitraum soll in agrarwirtschaftlichen Betrieben zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Sicherung einer umweltgerechten Produktion qualifizierte Beratung nachfrageorientiert und kostengünstig angeboten werden.

Beratung Landwirtschaft											
Anzahl Beratungen Landwirtschaft	4.716	2.250	1.796	-454	-20,2%	4.500	4.697	197	4,4%	2.250	▲
durchschn. Kosten je Beratung Landwirtschaft	67,06 €	60,00 €	74,19 €	14,19 €	23,7%	60,00 €	68,95 €	8,95 €	14,9%	60,00 €	►

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Weiterbildung:

Berufsbezogene Erwachsenenbildung in Tierproduktion, Pflanzenbau und Ernährung.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Für die agrarwirtschaftlichen Betriebe soll die fachliche Weiterbildung und Information nachfrageorientiert und kostengünstig sichergestellt werden. Neben klassischen Weiterbildungsveranstaltungen erschließen sich für die zielgruppenorientierte Information der Betriebe Rundschreiben sowie die elektronischen Kommunikationswege.

Fachliche Weiterbildung und Information											
Anzahl zielgruppenorientierter Beratungsrundschreiben/ -Faxe, -Mails und Veröffentlichungen	74	50	31	-19	-38,0%	70	86	16	22,9%	30	▲
Anzahl Lehrgänge mit Zertifikat	7	1	1	0	0,0%	2	3	1	50,0%	1	▲
Kosten pro Lehrgangsteilnehmer	28,84 €	60,00 €	66,65 €	6,65 €	11,1%	60,00 €	42,32 €	-17,68 €	-29,5%	60,00 €	▲
Anzahl überwachter Betriebe im Rahmen der Milchgüteverordnung	3.302	3.000	3.132	132	4,4%	3.000	3.179	179	6,0%	3.000	▲

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

Aufgrund der extremen Wettersituation wurden zusätzliche Wetterfaxe versendet, wodurch sich die Anzahl der Veröffentlichungen erhöht hat.

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Versuchswesen:

Versuchswesen in Tierhaltung, Pflanzenbau und Grünland: am Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Westpfalz wird ein Versuchsbetrieb im Bereich Landwirtschaft unterhalten.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Ziel ist es, Innovationen für die Praxisbetriebe zu entwickeln und/oder auf Praxistauglichkeit zu testen. Die Ergebnisse des Versuchswesens sind Grundlage der Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie der Beratungsarbeit und Basis für die Wettbewerbskraft und Umweltverträglichkeit der rheinland-pfälzischen Agrarwirtschaft.

Versuchswesen											
Gesamtkosten	174.108 €	93.500 €	66.862 €	-26.638 €	-28,5%	187.000 €	182.066 €	-4.934 €	-2,6%	93.500 €	▲
Anzahl Versuchsfragen	38	40	41	1	2,5%	40	41	1	2,5%	40	▲

Kurzbeschreibung des Aufgabenbereichs - Bodenordnung:

Es sollen Maßnahmen der Agrarstrukturverbesserung zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und des Weinbaus und die Mitwirkung bei der Umsetzung landespflegerischer Planungen in der Fläche erfolgen.
Die Vorbereitung und Durchführung der ländlichen Bodenordnung richtet sich nach den Leitlinien Ländliche Bodenordnung in Rheinland-Pfalz. Das Programm "Ländliche Bodenordnung 2007 bis 2013" enthält die hierzu maßgeblichen Arbeitsvorgaben.

Globale Zielbeschreibung / Kernaussagen zu abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen:

Maßnahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung und Agrarstrukturverbesserung sollen zur Belebung der Wirtschaftskraft und Beschäftigung im ländlichen Raum, zur Förderung, Sicherung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und des Weinbaus, zur Ermöglichung und Unterstützung einer bedarfsgerechten Infrastrukturausstattung, zur wirksamen Unterstützung der Gemeindeentwicklung, zum nachhaltigen Schutz und zur Entwicklung natürlicher Lebensgrundlagen, zur Unterstützung der Wasserwirtschaft durch Flächenmanagement, zum Ordnen, Erschließen und nachhaltigen Entwickeln von Waldflächen und zum Fördern des Ländlichen Tourismus und von Kooperationen in der gesamten Fläche des Landes erfolgen.

Anlage 22

§ 7 Abs. 4 i.V.m. § 6 Abs. 6 Landeshaushaltsgesetz 2016
Bericht zum Leistungsauftrag im Bereich des Kapitels 14 56 im Haushaltsjahr 2016
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Westpfalz

Leistungen / Maßnahmen / Ziele	Istwert zum 31.12.2015 [1]	Planwert zum 30.06.2016 [1]	Istwert zum 30.06.2016 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognose-/ Planwert zum 31.12.2016 [1]	Istwert zum 31.12.2016 [1]	Abweichung [1]	Abweichung [%] [1]	Prognosewert zum 30.06.2017 [1]	Zielerreichung zum Berichtstag [2] ▲►▼
Bodenordnung											
Kosten Bodenordnungsverfahren	2.523.095 €	1.300.000 €	1.075.241 €	-224.759 €	-17,3%	2.600.000 €	2.413.345 €	-186.655 €	-7,2%	1.300.000 €	▲
Verfahrensfläche											
Projektbezogene Untersuchung	1.056 ha	0 ha	0 ha			0 ha	0 ha	0 ha	0,0%	0 ha	▲
Anordnung neuer Verfahren	0 ha	0 ha	0 ha			1.056 ha	1.153 ha	97 ha	9,2%	0 ha	▲
Vermessungskonzept	55 ha	0 ha	0 ha			1.001 ha	1.090 ha	89 ha	8,9%	0 ha	▲
Anlagenplan	1.582 ha	0 ha	0 ha			661 ha	541 ha	-120 ha	-18,2%	0 ha	▼
Besitzübergang	1.598 ha	0 ha	0 ha			458 ha	655 ha	197 ha	43,0%	0 ha	▲
Grundbuchberichtigung	1.169 ha	0 ha	0 ha			2.416 ha	2.419 ha	3 ha	0,1%	0 ha	▲
Katasterberichtigung	1.169 ha	0 ha	0 ha			2.416 ha	2.419 ha	3 ha	0,1%	0 ha	▲
Verfahrensabschluss	413 ha	0 ha	0 ha			1.810 ha	1.810 ha	0 ha	0,0%	0 ha	▲

Qualitäten / Bürgerorientierung:

Gesamtziel ist es, für alle Maßnahmenbereiche in jedem einzelnen Bodenordnungsverfahren im notwendigen und zweckmäßigen Umfang eine größtmögliche Wertschöpfung (Leistungswirkung) zu erzielen.

Abweichungserläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen:

ANLAGENPLAN: Verzögerung in einem Verfahren wegen erhöhtem Abstimmungsbedarf hinsichtlich des landespflegerischen Planungsbeitrages Gegensteuerungsmaßnahmen sind insgesamt nicht erforderlich. Die Jahresplanungen sind unter Berücksichtigung der komplexen Verfahrensabläufe und der rückläufigen personellen Ressourcen anzupassen.

Erläuterungen zu den Verfahrensflächen

Der Plan- und Istwert zum Stichtag 30. Juni kann aufgrund der vegetationsbedingten landwirtschaftlichen bzw. weinbaulichen Nutzung der Flächen lediglich mit 0 ha angegeben werden.

1) Maßeinheit für Kennzahlen bzw. Indikatoren betreffend die Bereiche Mengen, Wirtschaftlichkeit / Kosten oder Qualitäten / Bürgerorientierung.

2) bei Zielerreichung oder Zielübererfüllung (Zielerreichung = oder > 100%): ▲
bei negativer Abweichung der Zielerreichung bis 15% (Zielerreichung 85% bis 99%) - es ist eine kurze Erläuterung erforderlich: ►
bei negativer Abweichung der Zielerreichung von mehr als 15% (Zielerreichung < 85%) - es sind eine kurze Erläuterung und Vorschläge für Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich: ▼

Kosten- und Leistungsrechnung

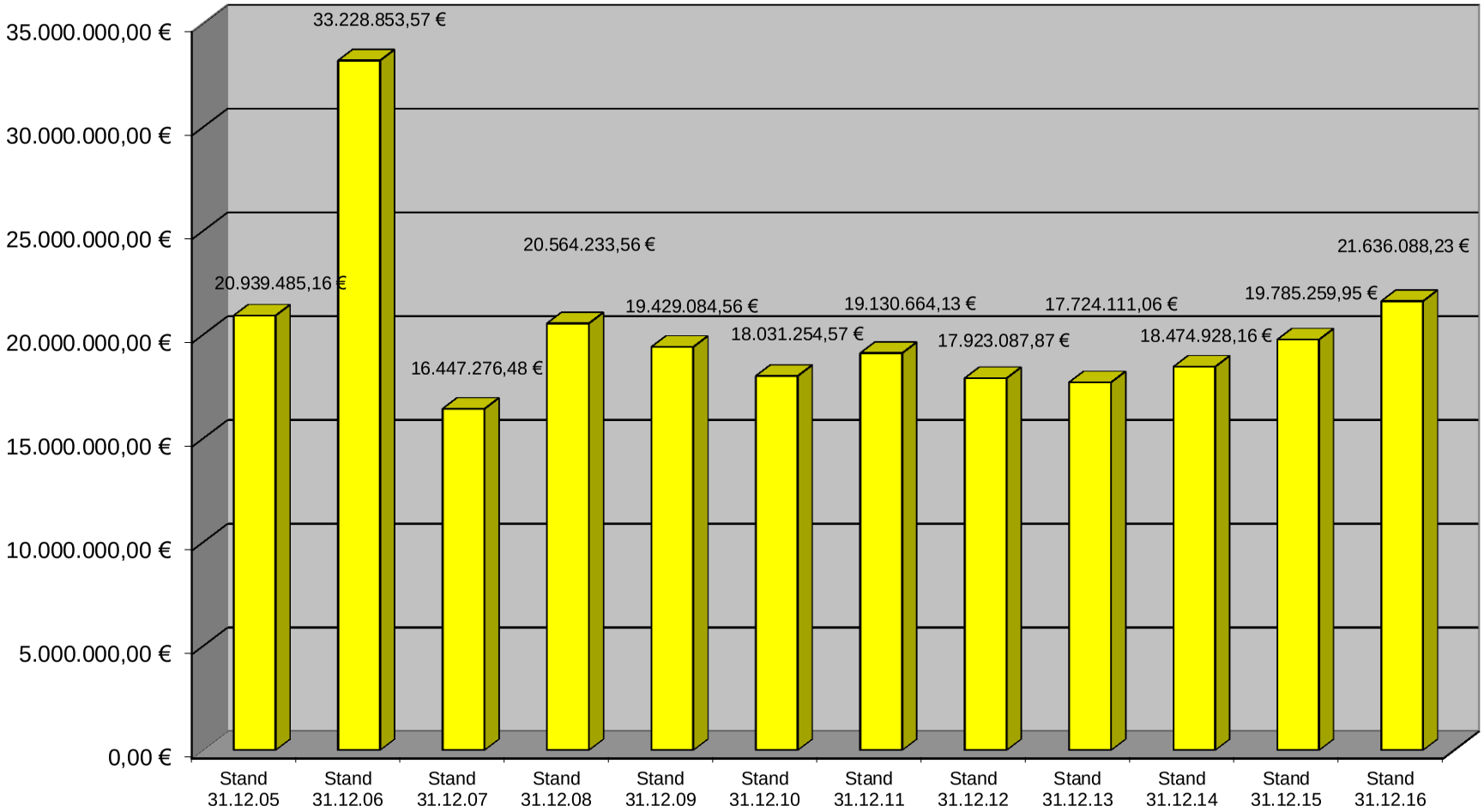
Einrichtung	Umsetzungsstatus
Kapitel 03 06 Statistisches Landesamt	Kostenarten-, Kostenstellen-, Kostenträgerrechnung, interne Leistungsverrechnung,
Kapitel 03 10 bis 03 14 Polizeibehörden u. -einrichtungen	Kostenstellenrechnung, Benchmarking, (Web-IRM@, MS Excel)
Kapitel 03 17 Landesbetrieb Daten und Information	Kaufmännische Buchführung (SAP R/3)
Kapitel 03 22 Vermessungs- und Katasterverwaltung	Einführung der KLR (MACH) zum 1.1.2010 Vollkostenrechnung mit Kostenarten-, Kostenstellen- und Kostenträgerrechnung, erste Benchmarks und Planzahlen MACH-Anlagenbuchhaltung Erweiterung und Neuaufstellung des Berichtswesens (Controlling Bericht) Erprobung eines Verfahrens zur Personalbemessung Umsetzung der Produktbereiche 1 u. 2 im 2. Quartal 2016 Vorbereitung auf Wechsel MACH WEB 2.0
Kapitel 03 80 SGD Nord	Kostenarten- und Kostenstellenrechnung, Kostenträgerrechnung, interne Leistungsverrechnung
Kapitel 03 82 Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion	Verfeinerung der Kostenstellenstrukturen und Produktkataloge, Einrichtung von Kennzahlen, Qualitätsindikatoren, Erweiterung des Berichtswesens (ISS), flächendeckender Einsatz der MACH-Zeiterfassung
Kapitel 04 04 Landesamt für Steuern	Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern, Produktivbetrieb ab Juli 2003 auf Basis der standardisierten Kosten- u. Leistungsrechnung RP mit Kostenarten-, -stellen u. -trägerrechnung
Kapitel 04 07 Landesamt für Finanzen	Vollkostenrechnung mit Kostenarten-, Kostenstellen- und Kostenträgerrechnung, GUV/Profitcenterabrechnung, (SAP ECC 6.0, Module FI und CO in Verbindung mit KLeist, IRMA, IPEMA und RAIKA)
Kapitel 04 10 Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung	Echtbetrieb mit kaufmännischer Buchführung (SAP R/3)
Kapitel 05 04 Arbeitsverwaltungen in den Justizvollzugsanstalten	Start 2004. Einsatz einer Access-basierten KLR in den vier Justizvollzugsanstalten (JVA) mit Eigenbetrieben; Implementierungsarbeiten der landeseinheitlichen KLR-Software (MACH) seit April 2010 in der Pilotanstalt JVSA Diez. Echtbetrieb ab Jan. 2016. Die JVA Koblenz befindet sich seit Sept. 2016 im Echtbetrieb. Die Überführung in den Echtbetrieb in der JVA Frankenthal ist nahezu abgeschlossen. Seit Nov. 2016 Roll-Out der Finanzbuchhaltung in der JVA Rohrbach. Test Aufschreibung auf Produkte in einem Teilbereich der JVSA Diez

Kapitel 06 04 **Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung**	Vollkostenrechnung, Entwicklung eines Produktcontrollings, Kennzahlen zu Kosten, Qualität und Quantität der bewerteten Produkte. Im Februar 2016 erfolgreiche Rezertifizierung des Systems nach ISO 9001:2008
Kapitel 06 13 – 06 15 **Landesschulen für Sinnesbehinderte**	Einführung der KLR seit 2010 (MACH), seit März 2011 Erfassung von Arbeitszeiten auf Produkte
Kapitel 08 03 **Landesamt für Geologie und Bergbau**	Kostenarten-, Kostenstellen- und Projektkostenrechnung, Plankostenrechnung stichprobenhaft, Verrechnungen gemäß Stufenleiterverfahren (MACH)
Kapitel 08 05 **Landesamt für Mess- und Eichwesen**	Kostenarten-, Kostenstellen- und Kostenträgerrechnung, Verrechnungen gemäß Stufenleiterverfahren (MACH)
Kapitel 08 06 **Landesbetrieb Mobilität**	Echtbetrieb mit kaufmännischer Buchführung (SAP-Module)
Kapitel 09 05 **Universität Mainz**	Kostenarten- und Kostenstellenrechnung; Einrichtung von Kostenträgern und Leistungsverrechnern (MACH), Kostenträgerrechnung noch nicht vollständig im Echtmandanten eingerichtet.
Kapitel 09 06 **Universität Trier**	Vollkostenrechnung mit Kostenarten-, Kostenstellen-, Kostenträgerrechnung (HIS), Systemanpassung für die Ermittlung von Gemeinkostenzuschlagssätzen auf Kostenträger, Verbesserung u. Aktualisierung der Inventardaten.
Kapitel 09 07 **TU Kaiserslautern**	Implementierung einer Vollkostenrechnung mit Kostenarten-, Kostenstellen- und Kostenträgerrechnung (MACH, HIS), Anlagenbuchhaltung, Anbindung an MACH Finanzen ist in der Umsetzung, Planung Einführung MACH Personal
Kapitel 09 09 **Universität Koblenz-Landau**	Kostenarten-, Kostenstellen- und Kostenträgerrechnung (HIS), Weiterer Ausbau des Berichtswesens
Kapitel 09 11 **Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer**	Prüfung und Vorbereitung der Beschaffung einer Kostenrechnungssoftware über die Leistungen über Eingabemasken eingetragen werden können.
Kapitel 09 35 **Pädagogisches Landesinstitut Rheinland-Pfalz**	Starttermin November 2015, Einführung der Haushaltsabwicklung über MACH mit Schnittstelle zu IRM@ in Verbindung mit Kostenarten, Kostenstellen, Kostenträgerrechnung und Budgetierung in Kombination mit der Veranstaltungssoftware VEWA
Kapitel 09 61 **FH Bingen**	Konzeption der KLR u. Systemimplementierung (HIS-COB), Kostenarten- und Kostenstellenrechnung ab 2013
Kapitel 09 62 FH Kaiserslautern	Kostenstellen u. Kostenträgerrechung (Drittmittelbereich) sind eingeführt. Trennungsrechnung wird weiter ausgebaut. Berichte werden aufgebaut. Abschluss des Projektes
Kapitel 09 64 **FH Ludwigshafen**	Kostenarten-, Kostenstellen- und Kostenträgerrechnung, Etablierung eines Berichtswesens (HIS), Einführung der Berichts- u. Budgetierungssoftware axi-on PAB, Systemanpassungen

Kapitel 09 65 **FH Mainz**	Kostenarten- und Kostenstellenrechnung (HIS), MS Excel, Personalkostenimport, Produktivbetrieb der Umsetzung der Trennungsrechnung im FSV
Kapitel 09 66 **FH Trier**	Kostenarten- und Kostenstellenrechnung (HIS), Einführung einer Kostenträgerrechnung für die Lehre, Aufbau eines Berichtswesens, Verfeinerung der Kostenstellen- und -trägerrechnung
Kapitel 09 67 **FH Worms**	Kostenarten-, Kostenstellen- u. Kostenträgerrechnung (HIS), Umsetzung der Trennungsrechnung, Weiterentwicklung des Berichtswesens u. die verursachungsgerechte Verteilung v. Kosten, Inventarisierung u. AfA, Validierung der Daten für die Bereiche Haushalt, KLR u. Personal
Kapitel 14 10 **Landesforsten Rheinland-Pfalz**	Echtbetrieb, Kostenarten-, Kostenstellen- und Kostenträgerrechnung auf Vollkostenbasis (MACH)
Kapitel 14 51 – 14 56 **Dienstleistungszentren Ländlicher Raum**	Flächendeckend eingeführt. Kostenarten-, Kostenstellen- und Kostenträgerrechnung mit dienststellenübergreifender Leistungsverrechnung im Stufenleiterverfahren (MACH) Auswertungstool MACH-BI
Kapitel 14 85 **Landesuntersuchungsamt**	Entwicklung einer Vollkostenrechnung im Fachbereich Tiermedizin mit Kostenarten-, Kostenstellen- und Kostenträgerrechnung inc. Zeitaufschreibung; Implementierung des Fachkonzeptes (MACH)
Kapitel 20 02 **Staatsbäder**	Kaufmännische Buchführung im Produktivbetrieb mit KLR seit 2006 (Systema)

Anlage 24

Entwicklung der Selbstbewirtschaftungsmittel
Zeitraum 2005 bis 2016



Anlage 25

Mittel der Titelgruppen 71 (DUV Speyer: TG 92) in der Sonderrechnung (Selbstbewirtschaftungsmittel)

Hochschule	Kapitel	Konto Nr.	Stand 31.12.00	Stand 31.12.01	Stand 31.12.02	Stand 31.12.03	Stand 31.12.04	Stand 31.12.05	Stand 31.12.06	Stand 31.12.07	Stand 31.12.08	Stand 31.12.09	Stand 31.12.10	Stand 31.12.11	Stand 31.12.12	Stand 31.12.13	Stand 31.12.14	Stand 31.12.15	Stand 31.12.16
Uni Mainz		8500	17.995.717,00 €	10.082.461,00 €	4.089.323,00 €	6.170.892,00 €	6.153.956,77 €												
Uni Mainz (Globalhaushalt)	09 05	8500						Einführung Globalhaushalt											
Uni Trier	09 06	8700	2.619.686,00 €	2.326.998,00 €	1.692.464,00 €	1.478.377,00 €	1.478.064,26 €	4.639.692,34 €	9.494.357,11 €	Einführung Globalhaushalt									
Uni Kaiserslautern	09 07	8600	7.190.430,00 €	6.876.997,00 €	5.815.968,00 €	3.536.973,00 €	2.939.818,85 €	3.015.155,70 €	5.873.710,62 €	Einführung Globalhaushalt									
Uni Koblenz-Landau	09 09	8800	3.038.289,00 €	3.683.142,00 €	3.155.150,00 €	3.335.330,00 €	3.350.573,94 €	3.350.573,94 €	3.350.573,94 €	7.449.336,72 €	9.090.902,19 €	7.797.440,05 €	5.538.606,02 €	5.538.606,02 €	4.088.963,43 €	3.938.963,43 €	3.938.963,43 €	5.352.240,42 €	5.352.240,42 €
DHV Speyer	09 10	9900										417.598,81 €	403.792,05 €	475.526,67 €	684.899,63 €	668.186,75 €	837.947,68 €	938.840,66 €	1.506.582,42 €
Uni Trier ZPID	09 14	8900												99.487,88 €	107.914,32 €	Verselbständigung ZPID			
FH Bingen	09 61	9200	868.237,00 €	1.188.996,00 €	1.006.956,00 €	1.166.148,00 €	1.231.157,16 €	802.852,52 €	411.675,30 €	586.446,34 €	1.803.205,40 €	2.139.733,39 €	2.601.603,25 €	3.242.584,31 €	3.142.584,31 €	3.238.731,56 €	3.238.304,68 €	2.670.486,51 €	2.665.592,42 €
FH Kaiserslautern	09 62	9300	664.146,00 €	2.442.180,00 €	2.652.100,00 €	3.194.094,00 €	3.733.497,17 €	4.129.000,90 €	4.770.522,12 €	Einführung Globalhaushalt									
Standort Zweibrücken			662.952,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €										
Standort Pirmasens			0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €										
FH Koblenz	09 63	9400	1.402.938,00 €	1.637.924,00 €	1.432.427,00 €	1.424.888,00 €	1.047.482,03 €	1.047.482,03 €	2.049.006,21 €	2.605.731,71 €	2.580.492,35 €	2.118.575,90 €	1.795.420,97 €	2.010.017,75 €	2.010.017,75 €	1.504.752,06 €	1.484.889,51 €	1.804.497,82 €	2.631.351,79 €
FH Ludwigshafen	09 64	9500	667.197,00 €	701.064,00 €	122.082,00 €	2.971,00 €	0,00 €	0,00 €	574.391,20 €	999.981,83 €	827.246,38 €	864.923,73 €	1.463.065,42 €	1.463.065,42 €	1.463.065,42 €	1.463.065,42 €	1.463.065,42 €	1.463.065,42 €	1.463.065,42 €
FH Mainz	09 65	9600	762.964,00 €	964.189,00 €	206.536,00 €	715.869,00 €	717.960,13 €	1.274.321,85 €	2.908.400,27 €	Einführung Globalhaushalt									
FH Trier	09 66	9700	1.906.841,00 €	1.783.369,00 €	1.626.867,00 €	1.744.954,00 €	1.421.488,55 €	1.864.301,19 €	2.089.458,99 €	2.507.227,35 €	3.032.668,83 €	2.732.321,35 €	2.849.974,10 €	2.922.583,32 €	3.046.850,25 €	3.531.619,08 €	4.132.964,68 €	4.177.336,36 €	4.638.463,00 €
Standort Birkenfeld			141.586,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €										
FH Worms	09 67	9800	900.619,00 €	595.012,00 €	766.185,00 €	528.595,00 €	473.713,90 €	816.104,69 €	1.706.757,81 €	2.298.552,53 €	3.229.718,41 €	3.358.491,33 €	3.378.792,76 €	3.378.792,76 €	3.378.792,76 €	3.378.792,76 €	3.378.792,76 €	3.378.792,76 €	3.378.792,76 €
		Summe:	38.821.602,00 €	32.282.332,00 €	22.566.058,00 €	23.299.091,00 €	22.547.712,76 €	20.939.485,16 €	33.228.853,57 €	16.447.276,48 €	20.564.233,56 €	19.429.084,56 €	18.031.254,57 €	19.130.664,13 €	17.923.087,87 €	17.724.111,06 €	18.474.928,16 €	19.785.259,95 €	21.636.088,23 €

Einzelaufgliederung nach Hochschulen zum Bericht der Landesregierung über Stand und Verwendung der Selbstbewirtschaftungsmittel nach Nr. 3.13 der VV zur Haushalts- und Wirtschaftsführung 2016

				Einzelaufgliederung der Entnahmen im Haushaltsjahr 2016									
					Konsumtive Ausgaben in 2016							Geplante Ausgaben 2017 für	
			Entnahmen bzw.	Summe der Investitionen	1.Forschung und Lehre		2. Verwaltung		3. Sonstiges		Summe 2016		
Kapitel	Stand 01.01.2016	Stand 31.12.2016	Zuführungen	in 2016	Personalausg.	Sachausg.	Personalausg.	Sachausg.	Personalausg.	Sachausg.	insgesamt	Investitionen	Konsumtiver Bereich
09 09	5.352.240,42	5.352.240,42	0,00	0,00							0,00		
09 10	938.840,66	1.506.582,42	567.741,76	0,00							0,00		
09 14			0,00	0,00							0,00		
09 61	2.670.486,51	2.665.592,42	-4.894,09	0,00						4.894,09	4.894,09		
09 63	1.804.497,82	2.631.351,79	826.853,97	0,00							0,00		
09 64	1.463.065,42	1.463.065,42	0,00	0,00							0,00		
09 66	4.177.336,36	4.638.463,00	461.126,64	0,00							0,00		
09 67	3.378.792,76	3.378.792,76	0,00	0,00							0,00		
Summe:	**19.785.259,95**	**21.636.088,23**	**1.850.828,28**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**4.894,09**	**4.894,09**	**0,00**	**0,00**
Zuführungen in die Selbstbewirtschaftung			1.855.722,37										
Entnahmen aus der Selbstbewirtschaftung:			-4.894,09										